Dienstag, 29. November 1983 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 278 - 48.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Andropow schreibt Kohl: Bundeskanzler Kohl hat einen zweiten Brief von Kreml-Chef Andropow erhalten. Darin kritisierte dieser die Nachrüstung in der Bundesrepublik, hebt aber hervor, daß er die entstandene Situation „nicht als unumkehrbar" ansehe. Das Schreiben deutet nach Bonner Interpretation auf die prinzipielle Bereitschaft Moskaus hin, den Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen noch einmal zu überdenken.

Neuwahlen in Japan: Ministerpräsident Nakasone hat das Unterhaus aufgelöst und für nächsten Monat Wahlen angesetzt. Damit soll die politische Krise gelöst werden, die sich aus der Verstrikkung des früheren Regierungschefs Tanaka in den Lockheed-Bestechungsskandal ergeben hat. (S. 2)

Shamir bei Reagan: US-Präsident Ronald Reagan hat gestern den neuen israelischen Ministerpräsidenten Shamir und dessen Außenminister Arens empfangen. Washington erhofft sich von dem Besuch der israelischen Delegation eine Neubegründung der bilateralen Beziehungen. (S. 1)

Stärker zur See: China will in den nächsten Jahren seine Marine erheblich verstärken. Geplant sei unter anderem der Bau von mehreren Flugzeugträgern, verlautete in Peking. Auch sollen bis zu ein Dutzend U-Boote mit Atomraketen in Dienst gestellt werden.

Weizsäcker nominiert: Die Nominierung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, für das Amt des Bundespräsidenten ist offiziell vom CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Kohl, bekanntgegeben worden. Kohl sagte, die Person Weizsäckers biete die Chance, das ganze Volk zu repräsentieren, wie es Anspruch und Ziel bei der Besetzung des Präsidentenamtes sei. (S. 1)

Warnung aus Helsinki: Das neutrale Finnland will ein neues Radarsystem zur Identifizierung von Marschflugkörpern entwickeln. Die Regierung befürchtet, daß im Konfliktfall der finnische Luftraum verletzt werden könnte. Die Armee würde versuchen, die Marschflugkörper abzuschießen, sagte ein hoher Offizier.

Bangladesch: Nach blutigen Straßenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten in Dacca hat das Militärregime das erst vor zwei Wochen aufgehobene öffentliche Betätigungsverbot für alle politischen Parteien wieder verhängt.

Heute: Bundeskanzler Kohl empfängt den CSU-Vorsitzenden Strauß in Bonn. – Verteidigungsausschuß des Bundestages setzt Anhörung über „alternative Strategien" fort. – Zweites Gespräch des israelischen Regierungschefs Shamir mit US-Präsident Reagan. – Verhandlungen zwischen USA und UdSSR über strategische Waffen (START) in Genf.

ZITAT DES TAGES



„Käme heute die 35-Stunden-Woche, dann müßte man für viele Betriebe gleich die Letzte Ölung mitliefern"

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) in einem Interview der Zeitschrift „Quick"

FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Öl: Die Einfuhr von Rohöl ging in den ersten drei Quartalen mit 54 Millionen Tonnen um 10,6 Prozent zurück; das Importvolumen von Halb- und Fertigprodukten stieg um 11,3 Prozent.

Mannesmann: Der Außenumsatz lag in den ersten neun Monaten mit 9,6 Milliarden DM 20 Prozent unter dem Vorjahrsniveau. (S. 13)

Commerzbank: Nach drei Jahren ohne Ausschüttung soll für 1983 eine Dividende von sechs DM pro 50-DM-Aktie gezahlt werden.

Golfkrise: Saudi-Arabien hat elf Supertanker (Kapazität 15 Millionen Barrel) gechartert, um genügend Öl-Exportreserven zu haben, falls das Öl Irans und Iraks infolge des Golfkriegs ausbleibt.

Konzession: China will künftig die Gründung 100prozentiger Töchter ausländischer Unternehmen zulassen.

Überschüsse: Die Leistungsbilanz weist für Oktober ein Plus von 2,9 Milliarden DM aus. Der Überschuß der Handelsbilanz erhöhte sich auf 4,176 Milliarden DM.

Börse: Nach festerer Eröffnung bröckelten die Kurse etwas ab. WELT-Aktienindex 149,4 (149,6). Am Rentenmarkt gaben öffentliche Anleihen nach. Dollar-Mittelkurs 2,7073 (2,7138) Mark. Goldpreis je Feinunze 394,25 (376,10) Dollar.

KULTUR

Literatur: Den französischen Prix Femina für den besten Roman 1983 erhielt Florence Delay für „Riche et legère". Der Prix Medici, eine der angesehensten Literaturauszeichnungen, ging an Jean Echenoz für „Cherokee".

Picasso: Einen Besucherrekord für die Berliner Neue Nationalgalerie brachte die Ausstellung „Picasso – das plastische Werk": 168 000 Menschen sahen die Schau, die jetzt nach nur zwei Monaten nach Düsseldorf geht.

SPORT

Fußball: Das Finale im Weltpokal zwischen dem HSV (Europacupsieger) und Porto Alegre (Südamerika-Meister) wird am 11. Dezember ab 7.30 Uhr aus Tokio im Fernsehen (ARD) übertragen.

Galopp: Die 24 Jahre alte Gudrun Heitz-Burst aus Iffezheim gewann den „Preis der Perlenkette", eine Rennserie für Damen. Zweite wurde die Frankfurterin Alexa Gräfin Solms-Hadik. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Weihnachtsgeschichte: Weihnachten einmal anders. Zum ersten Mal seit der Zeit vor der Nazi-Herrschaft hat ein großes Münchener Kaufhaus sämtliche Auslagen aus den Schaufenstern geräumt und dort stattdessen die Weihnachtsgeschichte nachgestellt. (S. 18)

Columbia im All: Die US-Raumfähre „Columbia" ist gestern planmäßig in Cape Canaveral gestartet; an Bord ein Deutscher, der Stuttgarter Physiker Ulf Merbold. (S. 18)

Wetter: Stark bewölkt, Regen oder Schnee. 2 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Neuer Andropow-Brief an Kohl: Tür zu Gesprächen bleibt offen

Kanzler weist auf Zusammenhang mit SED-Erklärung hin/Rede vor Diplomaten

BERNT CONRAD/DW. Bonn

Das jüngste Schreiben des sowjetischen Staats- und Parteichefs Juri Andropow an die Bundesregierung deutet nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl auf die prinzipielle Bereitschaft Moskaus hin, den einseitigen Abbruch der Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen noch einmal zu überdenken. Kohl zog daraus den Schluß, daß die Sowjetunion die gegenwärtige Situation nicht als unumkehrbar betrachte. Diese Aussage des Kanzlers fiel zeitlich zusammen mit dem Kommentar der sowjetischen Auslandsagentur „Nowosti", in dem es hieß: „Es ist noch Zeit für eine angemessene Lösung." Die Agentur erwähnte auch die Möglichkeit von „bi- oder multilateralen" Verhandlungen über Sicherheit und Rüstungsabbau.

Nach Angaben Kohls ist das Schreiben Andropows am vergangenen Freitag in Bonn eingegangen; es soll in den nächsten Tagen beantwortet werden. Der sowjetische Generalsekretär kritisiere darin einerseits den Nachrüstungsbeschluß des Bundestages, lasse aber andererseits erkennen, daß die Tür nicht zugeschlagen sei. Offensichtlich sei darin auch ein Signal Moskaus zu sehen, „einen Beitrag zu leisten, damit's weitergeht".

Kohl stellte einen Zusammenhang zwischen dem Brief Andropows und der jüngsten Rede von SED-Chef Erich Honecker sowie anderen Stimmen aus den Ostblockstaaten her, die übereinstimmend darauf hinausliefen, daß man alles tun sollte, um die bilateralen und die multilateralen Ost-West-Beziehungen möglichst unbeschädigt aufrechtzuerhalten. Er selbst habe bei Gesprächen mit Botschaftern aus den Warschauer-Pakt-Staaten während eines gestrigen Empfangs für das Diplomatische Korps in Bonn den Eindruck gewonnen, daß der Ost-West-Dialog weitergehen werde.

Der Kanzler zitierte zustimmend das sowjetische KP-Organ „Prawda", das am 21. November 1983 geschrieben habe, es gebe keine objektive Unmöglichkeit, die derzeitige unglückliche Lage zu überwinden. Kohls Kommentar: „Ich freue mich, mit der ‚Prawda' auch einmal übereinzustimmen."

Die positiven Stimmen aus dem Ostblock hatte Kohl zuvor auf dem Diplomatenempfang mit einem Plädoyer für „konstruktive und stabile Beziehungen mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa einschließlich der Sowjetunion" beantwortet. „In unserem Verhältnis zur Sowjetunion geht es uns darum, auch und gerade in schwieriger Zeit Dialog und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit fortzusetzen und unsere Beziehungen wo immer möglich zu verbessern", versicherte Kohl den versammelten Botschaftern.

Besondere Bedeutung maß der Kanzler der Deutschlandpolitik bei, die zugleich europäische Friedenspolitik sei. „Sie ist in ihrer geschichtlichen Zukunftsperspektive gerichtet auf die Überwindung der Teilung Deutschlands und der Spaltung Europas. Wir wollen unverändert auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft: Wenn sie aufeinander zugehen und ihre Möglichkeit der Zusammenarbeit nutzen, so leisten sie gerade in Zeiten zunehmender Spannungen im Ost-West-Verhältnis einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung des Friedens."

Oberstes Ziel aller Bundesregierungen, so fuhr Kohl fort, sei es gewesen, zugleich Frieden und Freiheit zu sichern.

DER KOMMENTAR

Signale

BERNT CONRAD

Nach anderen Politikern des Warschauer Pakts, wie SED-Chef Honecker und CSSR-Außenminister Choupek, hat jetzt auch Kreml-Chef Andropow die Absicht erkennen lassen, den Ost-West-Dialog, im Bereich der Rüstungskontrolle wie auf anderen Gebieten, nicht abreißen zu lassen. Dies deckt sich mit positiven Eindrücken, die Bundeskanzler Kohl gestern auf einem Diplomatenempfang bei Gesprächen mit Ostblock-Botschaftern gewonnen hat.

Die von Kohl begrüßten „Signale" bestätigen, daß die noch am vergangenen Wochenende von SPD-Politikern geschürten Ängste vor einer neuen „Eiszeit" im Ost-West-Verhältnis irreal gewesen sind. Der CSSR-Außenminister hat völlig recht: Das Leben endet nicht mit der westlichen Nachrüstung. Vor allem die wirtschaftlichen Interessen nicht nur der kleineren Warschauer-Pakt-Staaten, sondern auch der Sowjetunion, sprechen dafür, die Zusammenarbeit mit dem Westen nicht aufs Spiel zu setzen. Als weiteres Motiv für die differenzierteren Stimmen aus dem Osten kommt die Notwendigkeit hinzu, dem besonders in der „DDR" und der CSSR vorhandenen Unmut der Bevölkerung über zusätzliche sowjetische Raketenstationierungen entgegenzuwirken.

Der Bundesregierung passen die Entspannungssignale auch aus innenpolitischen Gründen ins Konzept, weil sie dazu beitragen, die von „Friedensbewegten" und Sozialdemokraten geschürte Hysterie besonders unter jungen Leuten abzubauen. Der Kanzler hat deshalb auf die östlichen Äußerungen mit der dezidierten „Bereitschaft zu einer breiten und langfristig angelegten Zusammenarbeit zwischen West und Ost" geantwortet. Für das innerdeutsche Verhältnis berief er sich auf eine besondere „Verantwortungsgemeinschaft".

Die Gemeinschaft sollte allerdings nicht bedeuten, daß nun weiteren Kreditwünschen der „DDR" Tür und Tor geöffnet wird. Das gilt auch für alle neuen Kreditwünsche Ost-Berlins. Hier muß dem Prinzip „Leistung und Gegenleistung" zunächst einmal wieder Geltung verschafft werden.

Kohl begründet Weizsäckers Nominierung

„Wirkung zielt auf Gemeinsamkeit der Demokraten" / Strauß stimmt zu

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat die Nominierung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), für das Amt des Bundespräsidenten vor allem mit dessen über Parteigrenzen hinweg reichenden Kraft zum Ausgleich begründet. Die Wahl von Weizsäckers zum Staatsoberhaupt ist für den 23. Mai 1984 in Bonn vorgesehen. Bundespräsident Karl Carstens hatte frühzeitig auf eine zweite Amtsperiode verzichtet. CDU und CSU verfügen in der Bundesversammlung über die absolute Mehrheit. Kohl hat inzwischen die Zustimmung des CDU-Präsidiums und des CSU-Vorsitzenden Strauß zu Weizsäcker eingeholt. Er hat auch die Vorsitzenden von FDP und SPD, Genscher und Brandt, unterrichtet.

Der Bundespräsident, so meinte Kohl, habe „keine sehr starke Machtposition im Sinne verfassungsrechtlicher Kompetenzen". Im Bewußtsein der Bevölkerung habe jedoch jeder Bundespräsident einen wichtigen Platz eingenommen und das Bild der Bundesrepublik Deutschland mitgeprägt. In einer Zeit, in der es besondere politische Herausforderungen gebe, sei es wichtig, „daß der Bundespräsident die Fähigkeit hat, mit seinen Gedanken über Parteigrenzen hinauszugreifen und mit seinen Worten von möglichst vielen verstanden zu werden". Die eigentliche Kompetenz des Staatsoberhauptes, so sagte Kohl, sei es, „Meinungsbildner zu sein und als ausgleichende Kraft zu wirken".

SEITE 4:
FDP-Sorgen nach der Entscheidung

Die Wirkung von Weizsäckers „zielt stets auf Grenzüberwindung zwischen den Parteien und auf Gemeinsamkeit der Demokraten, nicht auf Polarisierung". Ausdrücklich hob Kohl die Außen- und Deutschlandpolitik des CDU-Politikers hervor und dessen Engagement für die Menschen in der „DDR".

Kohl räumte ein, daß der nunmehr beschlossene Weggang von Weizsäckers aus Berlin für die Stadt „ein herber Verlust ist". Auch er sei bei dem Entscheidungsprozeß über den Kandidaten in einem „Zwiespalt" gewesen, denn es sei legitim, auch Parteiinteressen abzuwägen.

Er gehe davon aus, daß die Berliner CDU alsbald den Nachfolger bestimmen werde. Kohl nannte keinen Namen, obwohl es intern entschieden ist, daß dies der CDU-Fraktionsvorsitzende Eberhard Diepgen sein wird. Kohl meinte lediglich, der Nachfolger werde „keine Kopie" von Weizsäcker sein, sondern über ein „eigenes Profil" verfügen. Der Kanzler wies Spekulationen zurück, von Weizsäcker habe im Vorfeld erklärt, auch bei einer Nicht-Nominierung werde er nicht in Berlin bleiben. Auch die Erklärung der SPD, gegen Weizsäcker keinen Gegenkandidaten aufzustellen, habe die Entscheidung der Union nicht beeinflußt. Ohne Kritik, sondern mit Verständnis nahm nach Angaben eines Parteisprechers der Berliner Landesvorstand der CDU die Beweggründe von Weizsäckers zur Kenntnis. Wohl aber sei von Vorstandsmitgliedern Bedauern über den Weggang des Regierenden Bürgermeisters geäußert worden.

Japan wählt schon am 18. Dezember

rtr/DW. Tokio

Die japanische Regierung hat gestern die Konsequenzen aus dem Lockheed-Bestechungsurteil gegen den früheren Ministerpräsidenten Kakuei Tanaka gezogen und das Parlament aufgelöst. Für den 18. Dezember wurden Neuwahlen angesetzt, sechs Monate vor dem regulären Ende der Legislaturperiode.

Als Kaiser Hirohito das Auflösungsdekret unterzeichnete, befaßte sich das Parlament gerade mit einem Mißtrauensantrag von vier Oppositionsparteien gegen Regierungschef Yasuhiro Nakasone. Der Ministerpräsident hatte sich geweigert, den am 12. Oktober zu vier Jahren Haft verurteilten Tanaka zur Niederlegung seines Mandates zu zwingen.

Ungeachtet der Kritik, die in der Öffentlichkeit an seinem Verhalten in der Tanaka-Affäre geäußert worden ist, gehen Nakasone und seine Liberaldemokratische Partei (LDP) nach dem Urteil japanischer Meinungsforscher als Favoriten in den Wahlkampf. In den Zeitungen „Mainichi" und „Yomiuri" wurden Umfrageergebnisse veröffentlicht, nach denen 41 Prozent mit Nakasones Auftreten bei den jüngsten politischen Großereignissen, wie dem Besuch des US-Präsidenten, zufrieden waren.

Im bisherigen Parlament haben die Liberaldemokraten 285 Mandate, die Sozialisten 100, die Mittelparteien der Komeito („saubere Regierung") und der Demokratischen Sozialisten 34 beziehungsweise 31 und die Kommunisten 29. insgesamt 19 Sitze entfallen auf kleinere Gruppen.

Seite 2: Nakasones Wagnis

„DDR" wünscht von Bonn einen Warenkredit

o. Bonn

Die „DDR" hat auf unterer Beamtenebene – über die Treuhandstelle für den innerdeutschen Handel – den Wunsch nach einem Warenkredit für den Ankauf von Stahl in der Bundesrepublik Deutschland geäußert. Mit dieser Mitteilung wiesen Bonner Regierungskreise gestern Berichte über einen angeblich von Ost-Berlin beantragten neuen Milliarden-Kredit.

Der bei der Treuhandstelle ins Spiel gebrachte Warenkredit ist nach Bonner Darstellung eine im innerdeutschen Handel „ganz normale Sache", die mit dem als „Swing" bezeichneten Überziehungskredit nichts zu tun habe. Warenkredite würden von den betroffenen westdeutschen Firmen nach Absicherung durch Banken gewährt.

„Weder direkt noch indirekt ist in letzter Zeit irgendein Mitglied der Bundesregierung von der DDR wegen einer Neuauflage des im letzten Sommer gewährten Milliardenkredites angesprochen worden", wurde von offizieller Bonner Seite versichert. Allerdings rechnet man damit, daß Ost-Berlin irgendwann mit einem solchen Wunsch an die Bundesregierung herantreten wird. Dafür gelte dann auf jeden Fall die Bedingung, daß die „DDR" zunächst einmal mit den schon früher erwarteten Gegenleistungen rüberkommen müsse.

Auch Bundeskanzler Kohl bekräftigte gestern vor der Presse, ein neuer, vom Bund verbürgter Milliardenkredit für die „DDR" sei gegenwärtig nicht aktuell.

USA und Israel hoffen auf Hussein

Shamir in Washington / Neubegründung der amerikanisch-israelischen Beziehungen?

TH. KIELINGER, Bonn

Unter überaus strengen Sicherheitsvorkehrungen haben in Washington die zwei Tage dauernden Gipfelgespräche zwischen der amerikanischen und der israelischen Führung begonnen. Premierminister Itzak Shamir, in Begleitung von Verteidigungsminister Moshe Arens und einem Beraterstab, traf gestern mittag zum erstenmal mit Präsident Reagan und dessen Nahost-Beratern im Weißen Haus zusammen.

Der Besuch der israelischen Delegation kommt dem Versuch einer Neubegründung der amerikanisch-israelischen Beziehungen gleich. In Washington glaubt man, mit dem Paar Shamir–Arens eine umgänglichere Kombination von israelischen Führern vor sich zu haben, nach den Jahren, in denen Premierminister Begin und sein Verteidigungsminister Sharon für die amerikanische Diplomatie gleichsam unbezwingbare Hürden darstellten.

Die Interessen beider Länder, was Libanon angeht, sind nahezu identisch: Abzug aller fremden Truppen, darunter der 40 000 Mann syrischer regulärer Einheiten, Aufbau einer stabilen Zentralregierung in Beirut und Beibehaltung des am 17. Mai geschlossenen Truppenrückzugsabkommens. Identisch ist für beide auch das Hindernis, das diesen Plänen im Wege steht: Syrien und die hinter Syrien stehende sowjetische Unterstützung. Nur ein seiner Beziehungen zu den USA sicheres Israel kann einen Gegenpol zu der immer stärker werdenden militärischen Macht Syriens abgeben.

An diesem Punkt der Erkenntnis war das Weiße Haus Ende Oktober angelangt, als der Nationale Sicherheitsrat Präsident Reagan einen Plan zu enger strategischer Zusammenarbeit mit Israel unterbreitete. Reagan zeichnete das Dokument am 29. Oktober ab, das in den Rang eines offiziellen Leitfadens amerikanischer Politik für die Beziehungen zu Israel erhoben wurde.

Dabei muß man beachten, daß die neue, noch auszufüllende strategische Kooperation mit Israel innerhalb der Reagan-Administration nicht auf ungeteilten Beifall trifft. Vor allem Verteidigungsminister Weinberger und die Spitzen der Stäbe der Teilstreitkräfte erheben Bedenken. Im Pentagon gibt man den Beziehungen zu Israel und zu gemäßigten arabischen Staaten fast gleichrangigen Wert. Die langfristigen Planungen der US-Militärs kreisen weniger um Israel als um den Ernstfall einer Rohstoffkrise im Golf. Zudem hat man im Pentagon noch die vielen einseitigen Akte in Erinnerung, mit denen die israelische Politik in den Jahren 1981 und 1982 den amerikanischen Partner in Verlegenheit brachte. Genau vor zwei Jahren hatten Weinberger und sein Gegenüber Sharon schon einmal mit einem „Memorandum des Einverständnisses" amerikanisch-israelische strategische Zusammenarbeit befestigen

● Fortsetzung Seite 10

Größerer Aktionsradius für Chinas Seestreitkräfte

Modernisierungsprogramm geplant / Sorge wegen Vietnam

rtr, Peking

Die chinesischen Seestreitkräfte sollen in den nächsten Jahren als Teil einer neuen „aktiven" Verteidigungsstrategie deutlich ausgebaut werden und so einen weitaus größeren Operationsradius erreichen. Aus Kreisen, die den Streitkräften nahestehen, wurde jetzt bekannt, daß innerhalb des chinesischen Modernisierungsprogramms bei der Marine der Bau von bis zu fünf Flugzeugträgern geplant sei.

Im nächsten Jahrzehnt sollen nach diesen Informationen auch bis zu einem Dutzend U-Boote in Dienst genommen werden, die mit Atomraketen ausgerüstet sind. In das Modernisierungsprogramm würden auch die beiden größten Kriegsschiffsklassen einbezogen. Sowohl die Raketenzerstörer der Luta-Klasse als auch die Raketenfregatten der Jiangnan-Klasse sollen mit neuem elektronischen Gerät, verbesserten Raketen und Hubschraubern ausgestattet werden.

Geplant sei ferner die Entwicklung einer neuen Zerstörerklasse mit größerem Aktionsradius, die es der chinesischen Marine ermöglichen würde, auch außerhalb der chinesischen Gewässer zu operieren. Dazu soll auch das Hauptquartier der chinesischen Südflotte bei Zhangjiang, das rund 240 Kilometer von der Grenze zu Vietnam entfernt liegt, bedeutend verstärkt werden.

Die chinesische Marine war bislang traditionell gegenüber dem Heer und der Luftwaffe benachteiligt. Die angespannten Beziehungen zu Vietnam und die ständig stärker werdende militärische Präsenz sowjetischer Seestreitkräfte im Fernen Osten hätten zu einem Umdenken beigetragen. Mit besonderer Sorge beobachte die chinesische Regierung die vor Vietnam liegenden sowjetischen Marine- und U-Boot-Verbände, die von Marinekampfflugzeugen mit langer Reichweite unterstützt würden.

Als weiterer Grund für die Verstärkung der chinesischen Seestreitkräfte wurde in den militärischen Kreisen die begonnene Erschließung der Ölreserven vor der südchinesischen Küste genannt. Diese Felder gelte es zu schützen.

Europäer holen in der Raumfahrt auf

Forschungsminister Riesenhuber will die deutsche Industrie noch stärker beteiligen

DIETER THIERBACH, Bonn

In dem Start des europäischen Weltraumlabors „Spacelab" sieht Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber „einen Beitrag, mit dem Europa nach den USA und der Sowjetunion die Schwelle zur bemannten Raumfahrt überschreitet". Mit diesem Projekt unter deutscher Beteiligung habe die Technologie in Europa Anschluß an einen der anspruchsvollsten Bereiche der Raumfahrt gefunden.

Riesenhuber betonte die weltweit anerkannte Grundlagenforschung auf dem deutschen Raumfahrtsektor. Der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) mit ihren 3400 Mitarbeitern (Jahresetat: 400 Millionen Mark) komme dabei eine besondere Bedeutung zu.

Der Minister bezeichnete es als zukünftige Aufgabe aller am „Spacelab"-Unternehmen Beteiligten und vor allem der European Space Agency (Esa), technologische Weltraumprojekte zu definieren und der forschenden Industrie klarzumachen, welche Möglichkeiten hier zur Verwirklichung anstehen. Der Industrie müsse mehr Spielraum bei künftigen Unternehmungen eingeräumt werden. „Wir werden die Industrie um Anregungen aus den eigenen Reihen bitten", sagte Riesenhuber.

An dem Flug mit den 72 Experimenten an Bord des Weltraumlabors sind 29 deutsche Forscher (32 Experimente) beteiligt. Den deutschen Kostenbeitrag an der „Spacelab"-Entwicklung beziffert Riesenhuber mit 1,2 Milliarden Mark, 55 Prozent der Gesamtfinanzierungssumme. Elf Prozent des Haushaltes seines Ministeriums kommen der Raumfahrt zugute. Riesenhuber: „An dieser Größenordnung wird sich auch in Zukunft nichts ändern."

Für den 1985 geplanten rein deutschen Weltraumflug gibt es für Forschungsexperimente kaum noch eine Lücke für Interessenten, um sich experimentell zu beteiligen. 1988 wird allerdings – wiederum unter deutscher Regie – ein dritter Arbeitsflug angestrebt: „Hier ist noch vieles offen."

Zu der einmonatigen Startverzögerung und zum damit verbundenen Ausfall von wichtigen, fest eingeplanten Experimenten sagte Riesenhuber, daß diese Versuche unter Bedingungen wiederholt würden, die einen technisch einwandfreien Ablauf zuließen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grenzsituationen

Von Herbert Kremp

Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf ist für eine Idee und den zu ihr passenden Logizismus immer gut. Seit längerem hält er Friedenssicherung durch atomare Abschreckung nicht für „konsensfähig". Nun baut er in einem Aufsatz diesen Gedankenweg aus und gelangt dabei zu der Ansicht, daß bei einer Existenzfrage wie der nuklearen die parlamentarische Mehrheit der Wählermehrheit zu folgen habe. Darauf läuft es hinaus, auch wenn Biedenkopf wolkige Worte wie „Rückkoppelung" und „Beteiligung" verwendet.

Ausgangspunkt der Darlegungen ist aber nicht eine Reform des parlamentarischen Systems, sondern das Unbehagen gegenüber einer Strategie, die den Menschen eine „nukleare Grenzsituation" oktroyiere, die auf die Dauer nicht akzeptabel sei. Biedenkopf hat eine Alternative parat. Um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, müsse es Ziel aller Politik sein, die freiheitliche Ordnung westlicher Art auf ganz Europa auszudehnen. Auf ganz Europa – das schließt wohl die Sowjetunion ein. Was kann man sich – von Kants Ewigem Frieden abgesehen – Schöneres vorstellen?

Leider würde es bei der Inangriffnahme dieser Politik einige Schwierigkeiten mit der Sowjetunion geben. Denn es ist auch das seit jeher erklärte Ziel aller Politik der Sowjetunion, ihre Ordnung auf ganz Europa auszudehnen. Das muß nicht unbedingt mit Waffengewalt geschehen. Um aber auch darauf vorbereitet zu sein und um einen eventuellen Ausdehnungsdrang der westlichen Seite sofort bekämpfen zu können, lebt die Sowjetunion in einem Konsensus mit ihrer nuklearen Militärdoktrin und akzeptiert die damit gegebene „Grenzsituation".

Bedauerlich, daß Biedenkopf, als systematischer Denker bekannt, diesen entscheidenden Umstand vernachlässigt. Denn unsere Grenzsituation beruht ja gerade darauf, daß die Sowjetunion die atomare Grenzsituation zu ihrer Hauptdoktrin erklärt hat. Und zwar seit 1959. Eine umfangreiche Literatur aus der Feder so bekannter Strategen wie Sokolowski, Sidorenko, Resnitschenko, Sawkin, Gretschko beschäftigt sich in aller Öffentlichkeit mit dem Vorrang der Kernwaffen als Mittel einer offensiven Kriegsführung. Man muß sich nur in die Grenzsituation des Lesens begeben. Der nukleare Erstschlag ist für die Sowjetunion eine Selbstverständlichkeit: „Nukleare Schläge sind jetzt die wichtigste Methode, eine Offensive erfolgreich zu gestalten", schreibt Resnitschenko.

Für Schnell-Leser empfiehlt sich das Buch „Sowjetische Militärstrategie in Europa" von Joseph D. Douglas, München 1983. Wir wünschen Kurt Biedenkopf eine aufschlußreiche Lektüre.

Elend der Konferenzen

Von Fritz Wirth

Commonwealth-Konferenzen lassen sich mit Gebrauchtwagen vergleichen, die ihre Höchstgeschwindigkeit im Leerlauf erreichen. Abschüssige Straßen sind also willkommen. Vor zwei Jahren bot in Australien das wachsende Nord-Süd-Gefälle Anlaß zur sogenannten „Melbourne-Erklärung". Sie ist längst am Steilhang der politischen und wirtschaftlichen Realitäten gestrandet.

In Indien gab in den letzten Tagen nun der Niedergang des Ost-West-Dialogs den 45 Staatsmännern die Chance, aufs Gefährt einer sogenannten „Goa-Erklärung" zu springen. Die Erklärung nimmt die Vision eines Weltfriedens ins Visier und fordert Moskau und Washington auf, dabei über die Horizonte der Raketenrüstung hinwegzuschauen. In derselben Erklärung gelang das Kunststück, von der Notwendigkeit eines größeren Schutzes für die kleinen Staaten dieser Welt zu sprechen, ohne das Wort Grenada zu erwähnen.

Man kann den in Neu-Delhi versammelten 45 Regierungschefs nicht vorwerfen, in den letzten acht Tagen die dringendsten politischen und sozialen Probleme dieser Zeit ignoriert zu haben. Die Tragik dieser Treffen ist lediglich ihre absolute Ohnmacht. Commonwealth-Konferenzen sind der letzte Versuch in der internationalen Konferenz-Industrie, die Probleme unserer Zeit durch Handauflegen und Besprechen zu lösen.

Es gab einmal Zeiten, da versuchte diese Konferenz, der Welt ein Beispiel für Common sense und Rassen-Integration in dieser Welt zu geben. Heute ist sie bereits überfordert, die Probleme im eigenen Hause zu lösen. So schön und idealistisch die „Goa-Erklärung" dieser Konferenz sich liest, Tatsache bleibt, daß auch nach Neu-Delhi die wirklichen Probleme des Commonwealth – Grenada, Zypern, Namibia und der Sportverkehr mit Südafrika – so ungelöst bleiben wie bisher. Die Route für die nächste Konferenz ist bereits abgesteckt: im Leerlauf und in Talfahrt durch das Gebirge der Krisen unserer Zeit.

Gruß aus Kuba

Von Manfred Neuber

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen – diese bittere Erfahrung muß Kolumbiens friedfertiger Präsident im Umgang mit der Guerrilla machen.

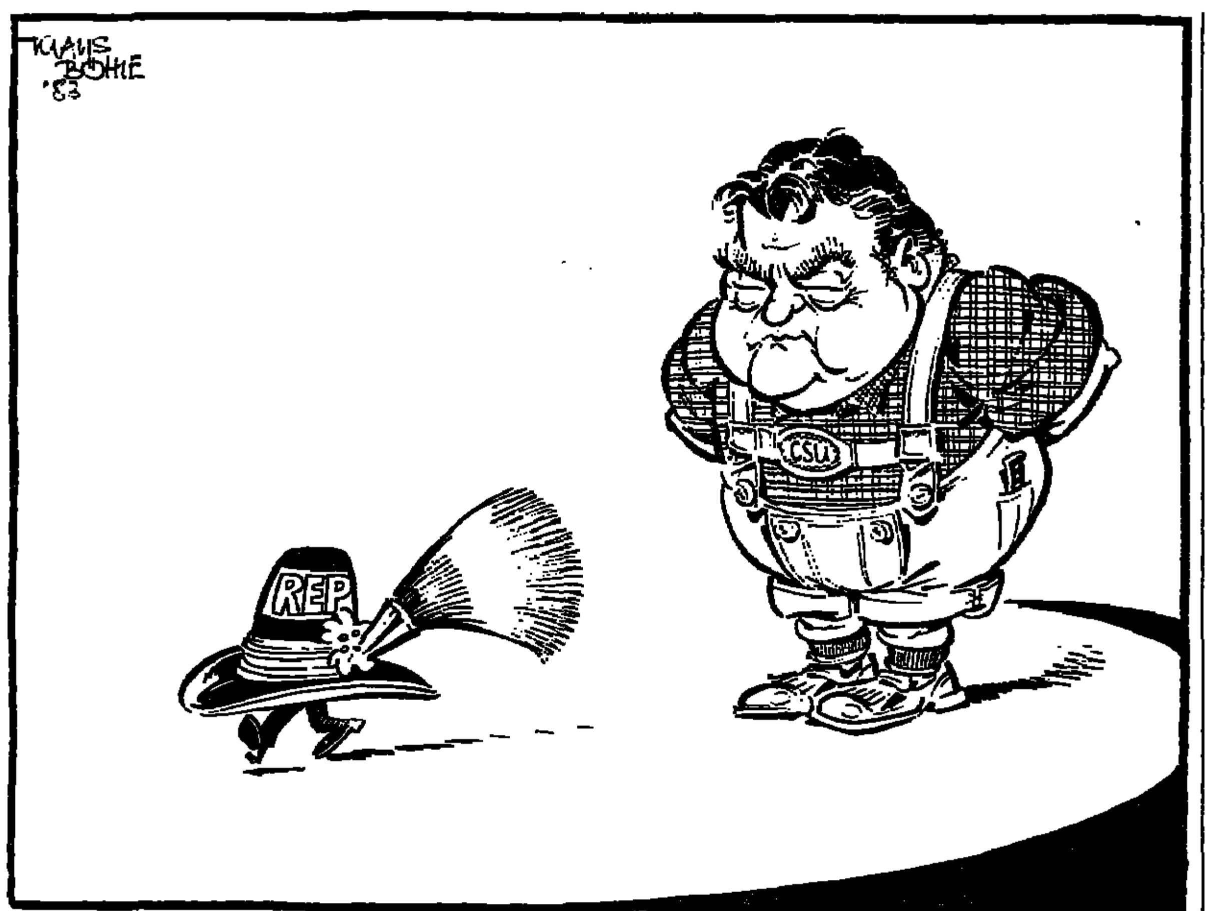
Als treibende Kraft hinter den Bemühungen der Contadora-Gruppe um Frieden in Mittelamerika international geachtet, erhielt Belisario Betancur eine Ovation der UNO-Vollversammlung. Unterdessen treten die Terroristen im eigenen Lande immer unverfrorener auf.

Eingedenk seines Wahlversprechens, Kolumbien den inneren Frieden zu sichern, erließ der Präsident vor Jahresfrist die umfassendste Amnestie für „politische Verbrechen" in der Geschichte des Landes. Sie ist ein Fehlschlag. Nur ein kleiner Teil der Partisanen gab auf. Zu Recht argwöhnt das Militär, daß die Rebellen jede Atempause zur Vorbereitung neuer Aktionen nutzen.

Nicht von ungefähr kursieren seit kurzem in Bogotá Gerüchte über Unzufriedenheit im Heer und mögliche Putschpläne. Jene Kräfte, denen das Entgegenkommen des Präsidenten gegenüber den Feinden der parlamentarischen Demokratie zu weit geht, reiben sich jetzt schadenfroh die Hände, weil ein Bruder Betancurs entführt wurde.

Ausgerechnet die auf Kuba eingeschworene Guerrilla-Gruppe ELN (in Kolumbien operiert ein halbes Dutzend „nationaler Befreiungsbewegungen" unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung) bekannte sich zu einem Zeitpunkt zu dieser Tat, da angeblich die kubanischen „Berater" zu Hunderten aus Nicaragua abgezogen werden.

Das ist ein schwerer Schlag für einen Staatsmann, der zu Hause und unter den Nachbarn Frieden stiften will und der nun für das Leben seines Bruders mit maßlosen politischen Zugeständnissen zahlen soll. Der Vorfall erhellt aber die Strategie Havanas, ein Zurückweichen an einer Stelle mit Gegenstößen an anderen Orten wettzumachen.



Selbständige Bewegung

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nakasones Wagnis

Von Fred de La Trobe

Ministerpräsident Nakasone hat das Unterhaus des japanischen Parlaments aufgelöst. In drei Wochen finden Neuwahlen statt. Kein ernsthafter Beobachter zweifelt an einem Sieg der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), die seit Kriegsende praktisch ununterbrochen das Staatsruder geführt hat. Dennoch ist der Urnengang keine trockene Routinehandlung. Das Ergebnis könnte die politischen Akzente merklich verschieben.

Für Nakasone, der sich während seiner gerade einjährigen Amtszeit rasch zu einem Favoriten des Westens gesteigert hat, stellt der Wahlgang eine Feuerprobe dar. Wie kaum einer seiner Vorgänger nutzte der Ministerpräsident die kurze Frist, um Japan fester im westlichen Lager zu verankern. So ist es vor allem die Außenpolitik, in der er eine beachtlich gute Bilanz vorlegen kann.

Sein größter Erfolg war zweifellos die entscheidende Klimaverbesserung zu den Vereinigten Staaten. Sein sehr persönlicher diplomatischer Stil führte zu einem betont freundschaftlichen Verhältnis zu Reagan. Seither sind kritische Worte aus Washington gegen den japanischen Partner auffallend seltener und gedämpfter geworden. Auch zu den westeuropäischen Staatsmännern fand Nakasone ein ungezwungeneres und herzlicheres Verhältnis als seine Vorgänger.

Die zunehmende Bedrohung Ostasiens durch die sowjetische Hochrüstung stellte der Premier seinen Landsleuten so klar und ernst vor Augen, wie es vor ihm kaum ein japanischer Politiker getan hat. Angesichts der Fesseln durch die japanische Verfassung, politischer Zwänge und Rücksichten auf die Staatsfinanzen konnte er allerdings seine Einsichten bisher noch wenig in Taten umsetzen. So blieb die Festigung der Beziehungen zum Westen mehr auf das Atmosphärische beschränkt. In den Streitfragen zwischen Japan und seinen westlichen Partnern haben sich auch unter Nakasone noch keine grundlegenden Lösungen abgezeichnet.

Im Bereich der Verteidigung drängt Washington weiterhin auf einen größeren japanischen Beitrag. Nach amerikanischem Urteil müßte Japan seine Militärausgaben mindestens verdoppeln, um eine angemessene Verteidigung der japanischen Inseln und der Seerouten im Umkreis von tausend Seemeilen gewährleisten zu können. Auch das chronische Problem der japanischen Exportüberschüsse in den USA und der Europäischen Gemeinschaft ist von einer Lösung weit entfernt.

Weniger spektakulär, aber auch ansehnlich, ist die innenpolitische Bilanz nach der einjährigen Regierungszeit des Ministerpräsidenten. Seine Verwaltungsreform gegen die wuchernde Bürokratie, erste Ansätze zur Sanierung der Staatsfinanzen und ein merklich verbessertes Konjunkturklima waren die Bereiche, in denen Nakasone Punkte sammeln konnte.

Trotz dieses beachtlichen Starts bleibt der Premier in Japan einer der umstrittensten Regierungschefs der Nachkriegszeit. Der Spitzname „Wetterhahn", den ihm frühere politische Akrobatik eintrug, ist an ihm hängengeblieben. Die schwerste Hypothek ist aber zweifelsohne die Tatsache, daß sich Nakasone nicht von dem dominierenden Einfluß des wegen Korruption gestürzten und gerichtlich verurteilten Ex-Premiers Tanaka befreien kann.

Kritiker werfen dem Ministerpräsidenten seinen mangelnden Einsatz für politische Sauberkeit vor. Ohne die Unterstützung (und Fernsteuerung) Tanakas, der die stärkste Fraktion im liberaldemokratischen Lager führt, kann Nakasone aber seine Macht nicht behaupten.

So muß die LDP in einen Wahlkampf ziehen, in dem die Oppositionsparteien mit dem griffigen Tanaka-Argument antreten. Der öffentliche Sturm über das Urteil gegen den Ex-Premier ist noch nicht abgeflaut. Nakasone selbst entschloß sich nur mit größten Vorbehalten, den Urnengang, der eigentlich erst im nächsten Sommer fällig gewesen wäre, schon auf den Dezember festzulegen. Doch der Parlamentsboykott der Oppositionsparteien wegen Tanakas Weigerung, seinen Unterhaussitz aufzugeben, und der Wunsch des Ex-Premiers, schnell klare Verhältnisse zu schaffen, ließen dem Nachfolger keine andere Wahl.



Stürzte Japan in die Krise: Ex-Premier Tanaka FOTO: SVEN SIMON

Daß die LDP bei den kommenden Wahlen einige Federn lassen wird und ihre 285 Mandate von insgesamt 511 nicht wird halten können, ist nicht zu bezweifeln. Erste repräsentative Umfragen bestätigen das und stellen ein Sinken der Popularitätskurve Nakasones und der Regierungspartei fest. Durchaus denkbar wäre, daß die Liberaldemokraten wieder auf ihre dünne Mehrheit zurückfallen, die sie vor den letzten Unterhauswahlen 1980 hatten. Beim letzten Wahlgang kamen mehrere günstige Einflüsse zusammen, die diesmal nicht gegeben sind.

Damit wären Verluste in der Größenordnung von zwanzig Mandaten oder mehr nicht auszuschließen. Bei einem solchen Ergebnis müßte aber mit einem erneuten Aufflammen der innerparteilichen Machtkämpfe gerechnet werden. Die Rivalen Nakasones blasen mit dem beginnenden Wahlkampf schon zum Sturm auf die bisher gut abgestützte Bastion. Altpremier Fukuda und sein Protegé, der Außenminister Abe, sowie der Wirtschafsexperte der Partei, Toshio Komoto, präsentieren sich als ehrgeizige Alternativkandidaten.

Nakasone, der nur die viertgrößte Fraktion in der Partei beherrscht, rechnet mit dem Beistand des Tanaka-Flügels und der Suzuki-Gruppe. Doch Suzuki, der Vorgänger Nakasones, ist neuerdings auf vorsichtige Distanz zum Ministerpräsidenten gegangen. Ein Wechsel des Mannes an der Spitze nach den Wahlen ist denkbar. Die prowestliche Liberaldemokratische Partei wird aber in der Regierungsverantwortung bleiben. Für den Westen bleibt Japan ein unentbehrlicher, aber ein schwer einschätzbarer Partner.

IM GESPRÄCH Alfonso Barrantes

Der Überraschungssieger

Von Werner Thomas

Der Wahlsieg kam für den kleinen Mann so überraschend, daß er noch keine Visitenkarten besitzt. Wenn Besucher seine Anschrift erfahren wollen, schreibt er auf einen Zettel: Alfonso Barrantes Lingan, Jiron Lampa 1137-103, Lima 1 – Peru.

Barrantes ist der neue Bürgermeister von Lima, Peru. Seine Wahl erregte Aufsehen über die Grenzen des Landes hinaus: zum ersten Mal wurde ein Marxist zum Oberhaupt einer latein-amerikanischen Hauptstadt gewählt.



Marxist, aber „kein Leninist": Limas Bürgermeister Barrantes FOTO: UPI

Der aus der Nordprovinz Cajamarca stammende Anwalt, 56 Jahre alt, legt Wert auf die Feststellung, „kein Leninist" zu sein. Er gehört auch keiner Partei an, er war allerdings einst KP-Mitglied. Hier ging er als Kandidat einer Koalition von sechs marxistischen Gruppen in den Bürgermeisterwahlkampf, der „Izquierda Unida", der linken Einheitsfront, die sich allerdings nicht immer einig ist. Ihr gehören die moskautreuen Kommunisten ebenso an wie die an China orientierten Genossen.

Der knapp einssechzig große Mestize – er sieht ein wenig aus wie der salvadorianische Christdemokrat Napoleon Duarte – schaffte den Wahlsieg mit Charme, Charisma und volkstümlichem Verhalten. „Barrantes – Pueblo", lautete sein Slogan, Barrantes – Volk. Barrantes beeindruckte aber auch die Wählerschichten der Mittelklasse durch moderate politische Erklärungen. Das sozialistische Peru, von dem er träumt, soll anders aussehen als die Sowjetunion oder Kuba. „Wir wollen kein Modell kopieren", erläutert er in einem Interview in der Partei-Zentrale der IU. „Wir wollen ein eigenes Modell entwickeln. In Peru herrschen andere Realitäten."

Obgleich Barrantes den jungen Führer der sozialdemokratischen Apra-Partei, Alan Garcia, 34, als „Reformisten" rüffelt, unterscheiden sich seine Vorstellungen nicht viel von ihm. Auch er plädiert für politischen Pluralismus, Blockfreiheit und eine gemischte Wirtschaft, die dem Privatsektor Entfaltungsmöglichkeiten garantiert. Auch er hält die kommunistischen Terroristen des „Sendero Luminoso" für „irrationale Elemente", die „nur auf die Zerstörung aus" seien, die von den Sicherheitsorganen bekämpft werden müßten. „Mit legalen Mitteln allerdings", sagt Barrantes. Er kennt den Rebellen-Kommandeur Abimail Guzman („Genosse Gonzalo") durch einen gemeinsamen Gefängnis-Aufenthalt. Heute erhält Barrantes gelegentlich Drohungen gegen sein Leben. Politiker, die so offen die Kämpfer des „leuchtenden Pfades" kritisieren, leben gefährlich.

Lima zählt vier Millionen Einwohner. Kein anderes Land Lateinamerikas wird so kolossal dominiert von einer Stadt wie Peru. Der Bürgermeister hat deshalb großes politisches Gewicht. Dennoch wurde Barrantes nach seinem Wahlsieg oft gefragt, ob es nicht noch ein höheres Amt anstrebt, die Präsidentschaft. Die Nation wählt schon in eineinhalb Jahren einen neuen Präsidenten.

Barrantes antwortet: „Soweit denke ich noch nicht. Ich habe gerade eine neue Aufgabe erhalten, auf die ich mich konzentrieren muß." Viele Beobachter glauben jedoch, daß er einer der Präsidentschaftskandidaten sein wird. Die Linken haben sonst keinen anderen zugkräftigen Mann zu bieten. Nur wenige Peruaner rechnen jedoch mit einem Sieg des Marxisten, diesmal jedenfalls nicht. Garcia, der sich als peruanischer Felipe Gonzalez zu profilieren versucht, scheint die besten Chancen zu haben.

Seine Sorgen als Stadtoberhaupt dieser unkontrollierbar wachsenden Metropole können von dem Parteikummer noch übertroffen werden. „Es gibt Themen, über die wir nicht diskutieren", bekennt Barrantes freimütig. „Afghanistan beispielsweise und Polen." Da würden sich die doktrinären und die weniger doktrinären Marxisten zerstreiten. „Ich muß das Bündnis festigen", sagt der Koalitionsführer, „sonst fällt es auseinander."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Partei-Neugründung „Die Republikaner" durch einige CSU-Abtrünnige werden keine großen Aussichten eingeräumt:

General-Anzeiger

Die „Republikaner", bayerisch konservativ ausgerichtet, werden es nicht schaffen, die feste bayerische CSU-Hochburg zu schleifen. In der Bundesrepublik wurde noch nie etwas aus Parteien, die von einem der wenigen Politiker aus nicht viel mehr als aus einer Protesthaltung heraus gegründet wurden. Auch bei Handlos und Voigt ist von einer halbwegs überzeugenden Programmatik noch nichts zu sehen, was nicht ausschließt, daß sie einige hundert frustrierte CSU-Anhänger um sich scharen könnten. Bange machen können sie der CSU damit aber nicht. Die letzte Partei, die mit großem Geklingel antrat und wenig später in der politischen Versenkung verschwand, war die „Bürgerpartei" des selbsternannten Steuerrebellen Fredersdorf. Ein ähnliches Schicksal droht derzeit den „demokratischen Sozialisten" der früheren SPD-Abgeordneten Coppik und Hansen. Nur die Grünen schafften eine Parteigründung mit einiger Aussicht auf Erfolg. Sie hatten eine Idee. Handlos und Voigt aber haben nur eine Vergangenheit. Sie wird „Die Republikaner" auch bald einholen. (Bonn)

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Daß eine neue konservative Partei sich in Bayern mit einer Kampfansage an Strauß Erfolgschancen ausrechnet, ist ein Symptom. Noch vor wenigen Jahren wäre ein solches Unterfangen selbst den engagiertesten Kritikern des CSU-Chefs – das Schicksal der Bayernpartei vor Augen – als Hirngespinst erschienen. Doch der Autoritätsverlust von Strauß, der mit der schweren Wahlniederlage 1980 begann und sich über das Debakel beim CSU-Parteitag bis zum vergeblichen Griff nach einem klassischen Ministerium fortsetzte, hat einen Stimmungsumschwung bewirkt. Der Bayer gilt auch in eigenen Landen nicht mehr als unantastbar, als unbesiegbar. Nur werden die Republikaner einem Irrtum erliegen, wenn sie darin schon für sich eine Erfolgsgarantie sehen. Stimmung heißt nicht Stimmen, und CSU nicht nur Strauß. Eine so straff organisierte, bis in die hintersten Winkel des Landes regierende Partei wird sich nicht von Neulingen – salopp gesagt – die Weißwurst vom Teller nehmen lassen.

Initiative für die Bürger, Exekutive für die Genossen

Wie die SPD den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz unterlief / Von Dankwart Guratzsch

Die Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik stehen an einer Scheidemarke. Einmal gegründet als außerparlamentarische Interessenvertretungen gegen bürokratische und zentralistische Entscheidungsprozesse, sind sie nicht nur mit den Vertretungskörperschaften der repräsentativen Demokratie, sondern immer mehr auch mit ihrem Selbstverständnis in Konflikt geraten. Das wurde erkennbar auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Mörfelden-Walldorf.

Die Existenzfrage der Bürgerinitiativen spiegelte sich schon in der Art und Weise, wie die Umweltthemen aus den zweitägigen Diskussionen ausgeklammert wurden: Neben Struktur- und Prozedurfragen blieben für sie ganze sechzig Minuten. Die übrige Zeit wurde über das Verhältnis zum „Staatsapparat" und speziell über die Gespräche des Vorstandssprechers Jo Leinen mit der Polizei im Vorfeld der Friedensdemonstrationen debattiert. Die radikalen und „autonomen" Gruppen, vor allem die Vertreter der Frankfurter Startbahnbewegung, sahen darin einen „Verrat", weil die Bürgerbewegung für den Staat „kalkulierbar" gemacht worden sei.

Zwar wollte sich niemand von ihnen ausdrücklich zur Gewalt bekennnen, aber es fielen so gefährliche Sätze wie: Steine, die gegen Polizeihunde geschleudert worden seien, hätten sich manches Mal als „effektive Steine" erwiesen, weil die Polizeibeamten dann zurückgewichen seien. Oder: „Über Gewaltfreiheit gibt es verschiedene Auffassungen" (Achim Bender, Mörfelden).

Aber die Brokdorf- und die Startbahndemonstrationen sind Geschichte. An die Stelle der Umweltthemen ist das Friedensthema getreten. Und die neuen Bündnispartner von den Kirchen bis zum DGB, von der SPD bis zu den Grünen sehen in „unfriedlichen" Demonstrationen für den Frieden einen „Grundwiderspruch" und bestehen auf strikter Gewaltfreiheit.

Für den BBU nimmt sein geschäftsführendes Vorstandsmitglied Jo Leinen heute eine maßgebliche Rolle bei der Koordination der Friedensbewegung in Anspruch: Von ihm stamme das Konzept einer ganzen Aktionswoche vom 15. bis zum 22. Oktober, er habe als erster für eine bundesweite Volksbefragung plädiert, habe Verbindungen zu den Kirchen und Gewerkschaften geknüpft. Das alles sei nur um den Preis der völligen Gewaltfreiheit möglich gewesen.

Wird mit dieser Orientierung die inhaltliche Schwerpunktverlagerung von der Ökologie- zur Friedensaktivität nachvollzogen, so folgt sie doch auch auf wundersame Weise dem Integrationsschema des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der unter Einschluß der Ökologie- und der Friedensbewegung eine „neue Mehrheit links von der CDU" installieren möchte. Und da trifft es sich gut, daß Jo Leinen SPD-Mitglied ist.

Diese „parteipolitische Anbindung" des Dachverbandes der Bürgerinitiativen ist auf der Mitgliederversammlung in Mörfelden befestigt und verbreitert worden. Sie bildet damit gleichsam die „neue Qualität" des BBU. In den dreizehnköpfigen Vorstand wurden unversehens fünf SPD-Mitglieder gewählt, teilweise Leute mit Vorstandsposten in ihrer Partei, die in den hitzigen Debatten von Mörfelden ein gerüttelt Maß politischer Routine erkennen ließen. Mit ihnen und neben ihnen gewann das gewerkschaftliche Element im Vorstand erheblich an Bedeutung. Die Grünen hingegen, die in den außerparlamentarischen Bewegungen gern ihr „politisches Standbein" sehen, sind nur noch mit einem einzigen Mann im Vorstand vertreten.

Die Verfärbung der Umweltschutz- zur Friedensidee, die politische Rötung des grünen Verbandes, die nicht restlos ausgeräumten Selbstzweifel über das Prinzip der Gewaltfreiheit und über die Gesprächsbereitschaft mit staatlichen Institutionen – das alles hat mit den Gründungsideen der Bürgerinitiativbewegung nur noch wenig zu tun. Hinzu kommt die Konkurrenz zu anderen Gruppierungen, etwa der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit seinen recht guten Kontakten zu allen Parteien, oder die Partei der Grünen. Für den BBU wird die Basis der Selbstdarstellung und -verwirklichung schmal.

Fast symptomatisch für die Verfallserscheinungen der Bewegungen war in Mörfelden die Niederlage der Startbahnleute und ihres Heros Alexander Schubart. Der Mann, der einmal die „massenhafte Bewegung" hatte gründen wollen, verließ als Geschlagener den Platz. Als die Teilnehmer aufgefordert wurden, den Freunden von der Startbahn wenigstens noch für die Organisation der Versammlung zu danken, war die Antwort nur noch Stühlerücken.

Vom Protest zum Widerstand – ein Weg voller Gefahr

Der Respekt vor dem demokratisch gewählten Parlament scheint inner- wie außerhalb des Bundestages gelitten zu haben. Militante Gegner der Nachrüstung sprechen nicht mehr von Protest, sondern von Widerstand. Es gab zahlreiche Belästigungen von Abgeordneten. Drohen sich Fehlentwicklungen von Weimar zu wiederholen?

Von MANFRED SCHELL

Vor Wohnungen von Bundestagsabgeordneten zogen Anhänger der sogenannten Friedensbewegung auf. Mehr als 40 zum Teil mehrtägige „Mahnwachen" gab es bisher vor Häusern von Parlamentariern. Einige wurden anonym bedroht, sogar mit Mord, andere wurden per Telefon terrorisiert. Das Wohnhaus des CDU-Abgeordneten Pinger in Köln wurde mit der Schmähung „Raketensau" besprüht, die Türschlösser verklebte man. Grundstücke von Abgeordneten wurden widerrechtlich von Demonstranten mit Fackeln und Plakaten betreten.

In Tübingen fand ein öffentliches „Tribunal" gegen den CDU-Abrüstungsexperten Todenhöfer statt. In Hamburg forderte man Nachbarn von Parlamentariern auf, auf diese Druck auszuüben. Geschäftsstellen der CDU wurden blockiert. Eine sicher unvollständige Bilanz außerparlamentarischer Aktivitäten gegen Bundestagsabgeordnete im Zusammenhang mit der Nachrüstungs-Debatte. „Straßenradau und Unehrlichkeit untergruben nach und nach die ordentliche parlamentarische Tätigkeit." Bundestagspräsident Rainer Barzel hat in diesen Tagen Parlamentariern und Journalisten die „Erinnerungen" von Paul Löbe, in denen dieser Satz steht, ins Gedächtnis gerufen.

Löbe, Sozialdemokrat und Reichstagspräsident, hat darin aus eigener bitterer Erfahrung den Verfall parlamentarischer Sitten und Rechte im Deutschland der Weimarer Republik und den Niedergang des Parlaments beschrieben: „Das geschah durch Nichtbeachtung der geschäftsmäßigen Vorschriften, durch Geschrei, Schimpfreden, durch endlose Tiraden, die den gleichen Text dutzendmal wiederholten, schließlich durch Tätlichkeiten." Löbe schrieb diese Sätze als Anklage gegen Kommunisten und Nationalsozialisten. Sie haben jetzt, wo Grüne und Alternative im Deutschen Bundestag sind, wieder aktuelle Bedeutung erlangt.

Wer die zweitägige Debatte des Bundestages über das Ja oder das Nein zur NATO-Nachrüstung und deren „Begleitumstände" draußen im Lande verfolgt hat, der wird Parallelen zu dem erkennen, was Löbe beschrieben hat. Nicht von der Motivation der Grünen und Alternativen her betrachtet, aber im tatsächlichen Verhalten: Die Fraktion der Grünen hat vorab Störungen der Parlamentsberatungen und ein „Zusammenprall" mit der Polizei verabredet. Sie hat intern über Manipulationen der Abstimmung beraten. Im Bundestag versuchten ihre Abgeordneten die Geschäftsordnung zu überdehnen und Redner mit einem Stakkato von Zwischenrufen zu stören.

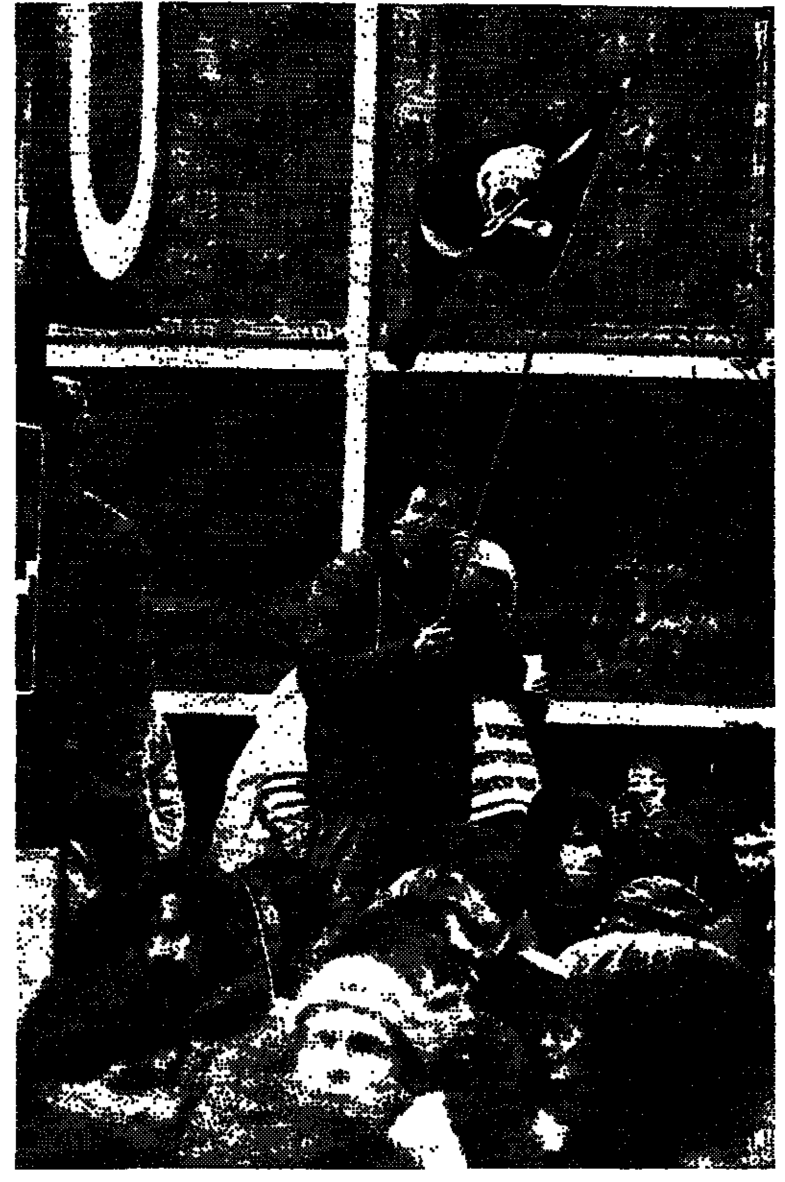
Konrad Porzner, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, hat sich auch gegen das Singen der Grünen im Plenarsaal gewandt. Die Parlaments-Korrespondenz, vom Bundestag herausgegeben, schrieb zu Porzners Aussage im Ältestenrat: „Ohne die Grünen damit in Verbindung bringen zu wollen, erinnerte er daran, daß außer der Nationalhymne im Parlament nur von denen gesungen wurde, die später andere Abgeordnete ins KZ brachten." Auffallend war, daß die grünen Abgeordneten, nachdem die Debatte beendet war, über Stunden hinweg „persönliche Erklärungen" abgegeben haben und damit die Abstimmung hinauszögerten. Volksbefragungen wurden von den Grünen mehrfach gefordert mit der Behauptung, die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen die Nachrüstung.

In seinem Buch „Flucht vor Hitler" hat der bayerische Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner nach der Flucht in die Schweiz im Jahre 1937 über die Akzeptanzkrise der parlamentarischen Demokratie vor 1933 geschrieben, der Radikale den „wahren Volkswillen" entgegensetzten. Volksbefragungen haben die repräsentative Demokratie geschwächt und in den Jahren 1931 bis 1933 nur radikalen Parteien gedient. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, hat Volksbefragungen dieser Art deshalb eine Prämie auf die Demagogie genannt.

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages und die großen Parteien werden Konsequenzen ziehen müssen. CDU/CSU und FDP haben darüber gesprochen, eine Debatte über den „Widerstand" im demokratischen Gemeinwesen anzusetzen. Die Grünen sollen zur präzisen Standortbestimmung in dieser Frage gezwungen werden. Erst dann könnte die Überlegung, ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen, konkreter werden. In einem Leitantrag zu ihrer Friedenspolitik haben die Grünen in Duisburg ihre Position so formuliert: „Wir wollen eine massenhafte Beteiligung am Widerstand. Diesem Ziel darf aber nicht die notwendige Qualität des Widerstandes geopfert werden, die auch Gesetzesübertretungen einschließen." Das Wort vom demokratischen Protest verschwindet somit zunehmend aus dem Vokabular der Friedensbewegung und wird durch das Wort „Widerstand" ersetzt.

Überdeutlich war, was Petra Kelly kürzlich in einer vom ZDF ausgestrahlten Sendung dazu gesagt hat: Sie wolle darauf hinweisen, „daß wir immer legal handeln, auch wenn wir illegal handeln im Sinne des Lebens, daß die Regierungen kriminell handeln und verbrecherisch und die Gesetze ständig brechen". Wer so spricht, ist in der Gefahr, zumindest für andere eine Brücke zu schlagen, daß „Widerstand" gegen staatliches Handeln Gewaltanwendung einschließen darf. Eine Sprecherin der „Arbeitsgruppe Boykott", die in dieser Sendung ebenfalls aufgetreten ist, hat diese Brücke schon betreten. An Aktionen nannte sie: „Ständige Belagerung von Depots, Sabotageakte wie Lahmlegen von Elektroinstallationen, Fahrstuhlblockade, Heizung abstellen, Stromausfall, Computer blockieren . . ."

Der Staatsrechtler Professor Kriele hat den schlimmen Weg, den verwirrte Geister aufgrund solcher „Vorgaben" gehen könnten, beschrieben: „Wenn wir auf diesem Weg zu einer Eskalation für Gewalt kommen, dann haben Frau Kelly und andere, die solche und ähnliche Dinge sagen, dafür mit die Verantwortung." Gemeint ist damit die Gefahr, daß ein neuer Terrorismus heranwachsen könnte.



Mit dem Anspruch des „wahren Volkswillens" gegen die Volksvertreter
FOTOS: POLY-PRESS

Über „Widerstand" wird gesprochen. Bundespräsident Karl Carstens erklärte: „Ein Widerstandsrecht gegen einen demokratischen Rechtsstaat ist absurd." Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte dazu am 21. November im Bundestag: „Hier ist gegenwärtig viel von Widerstand die Rede. Das Wort Widerstand ist in Deutschland vornehmlich verbunden mit dem mit Risiko für das eigene Leben verknüpften Versuch, Hitler zu bekämpfen oder ihn zu beseitigen. Auch im Sinne von Artikel 20 Absatz 4 unseres Grundgesetzes kann keineswegs von einem Recht auf Widerstand, auf Blockade oder Belagerung des Bundestages geredet werden. Der Bundestag hat vielmehr seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten ungehindert wahrzunehmen." Ungehindert, frei von Druck, so war es zumindest bisher üblich. Dieses Prinzip, das die Souveränität der Abgeordneten verlangt, wurde in den letzten Wochen durchbrochen.

Wolfgang Mischnick, der langjährige FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, hat diese Ereignisse im Parlament angesprochen. Er erinnerte daran, daß auch 1933 die „Mahnwachen" gestanden hatten. „Was daraus geworden ist, das wissen wir." Wenn ein Kollege angekündigt bekomme, vor seiner Wohnung werde eine „Mahnwache" aufgestellt, und er mitteile, er sei zur Diskussion bereit, aber er sei auf einem Parteitag, „und hinzufügt, nur seine 80jährige Mutter sei da, und die stehen dann doch da, dann ist das Psychoterror".

Mischnick: „Und wenn Ihnen das noch nicht genug ist: Telefonterror die ganze Nacht; Flugblätter gefälscht – gefälscht! – mit der Unterschrift eines Kollegen, der keine Ahnung davon hatte – er sei angeblich unsicher, man solle ihn anrufen –, bei einem anderen Kollegen, der kleine Kinder hat, Trommelwirbel vor der Tür; Kranzniederlegungen – die Kinder sehen den Kranz!" Mischnick: „Ja, spüren Sie denn nicht, was Sie damit anrichten?"

Dieser leidenschaftliche Appell des FDP-Politikers wurde, wie es das Bundestagsprotokoll ausweist, von dem Zwischenruf der grünen Abgeordneten Beck-Oberndorf unterbrochen: „Und die werden noch mehr zu sehen kriegen!" Gemeint waren damit die Kinder, von denen Mischnick gesprochen hatte. Die Grünen haben, wie die letzte Debatte zeigte, den Kampf im Parlament gegen das Parlament begonnen. Sie wollen damit offenbar Anschluß an ihre „Basis" gewinnen, die draußen schon viel weiter ist auf dem Weg vom „Protest" zum rechtswidrigen „Widerstand".



Plakat von Nachrüstungs-Gegnern in Bonn: Nicht eine Politik, das Parlament wird angegriffen

Vor den Sorgen der Hausfrau macht die Zensur halt

Die Zensur greift wieder in den polnischen Medien, die Phase der Lockerung ist vorbei. Doch die Propaganda des Erfolgs beschränkt sich auf primär politische Themen. Der polnische Verbraucher findet mit seinen Klagen dagegen nach wie vor ein Echo.

Von H. SCHMIDTENDORF

Beim Eintritt in das Gebäude der Presseagentur „Interpress" im Zentrum der polnischen Hauptstadt flimmern Nachrichten über die geplante „Nach-Nachrüstung" der „DDR" und der CSSR mit Mittelstreckenraketen über den Bildschirm. Danach zeigt ein Fernsehfilm abwechselnd lachende, spielende Kinder und Dokumentaraufnahmen des Zweiten Weltkrieges mit dramatischer Musikuntermalung.

Sowjetische Friedensvorschläge und westliche Anti-Nachrüstungs-Demonstrationen sind in der polnischen Presse dieser Tage beherrschend. Die Kriegsgefahr, so ist den Medien zu entnehmen, gehe allein vom Westen aus. Diese Eindeutigkeit ist nicht weiter verwunderlich. Denn seit der Verhängung des Kriegsrechts hat die polnische Partei- und Staatsführung das Pressewesen wieder stärker in den Griff genommen.

Etwa 80 Prozent des öffentlichen Medienbetriebes in Polen liegt in den Händen des Druck- und Vertriebskonzerns „Prasa-Ksiazka-Ruch" (PKR). Wissenschaftliche Publikationen werden vor allem durch das Verlagshaus „Sigma" herausgegeben, das unter der Leitung eines langjährigen Parteimannes steht. Der PKR-Betrieb unterliegt dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei PZPR ebenso wie das Rundfunk- und Fernsehwesen. Dieser Umstand hatte nicht verhindern können, daß während der Lockerungsphase auch in diesen Medien immer schärfere politische Kritik laut wurde.

Unter dem Kriegsrecht begann die „Neuordnung"

Deshalb galten die ersten Aktionen während des Kriegsrechts besonders der „Neuordnung" dieses Bereiches. Man stellte Zeitungen ein oder faßte mehrere zu einer zusammen, man ließ die Redaktionsarbeit erst nach langen Monaten wieder zu (so bei der Monatszeitschrift „Pismo" in Krakau), man bestellte einen neuen Chefredakteur (bei der als seriös-kritisch geltenden „Technik-Rundschau" kam der neue Mann von der Armeezeitung „Zolnierz Wolnosci"), und man entließ Hunderte von Journalisten, sofern sich Kritiker des Kriegsrechts wie bei der Wochenzeitung „Polityka" nicht von sich aus den neuen Maximen versperrten und aus der Redaktion austraten.

Verbunden war diese Umbildung mit der Erteilung der sogenannten Verifikation. Keine Verifikation – keine Arbeit, lautet das Motto. „Ich habe die Verifikation nicht bekommen", berichtet eine ehemalige Rundfunk-Mitarbeiterin. „Möglicherweise könnte ich jetzt inzwischen zwar wieder in meinem alten Beruf arbeiten – aber dann wohl nur im Archiv." Gute Fachkräfte gingen und gehen so dem polnischen Journalismus verloren. Sie können sich nur in Maßen darauf verlassen, bei den wenigen unabhängigen katholischen Zeitschriften auch ohne Verifikation angenommen zu werden. Denn dort sind Finanzen und freie Plätze begrenzt. Außerdem droht das neugeschaffene „Gesetz gegen gesellschaftliches Parasitentum" auch bei einem Arbeits-„Entzug" nach drei Monaten mit Strafen.

Entlassen würden überdies mehrere hundert Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen, als Mitte des Jahres das zweite Programm eingestellt wurde. Fernseh-Generaldirektor Wojciechowski hatte dies mit der „Verbesserung der technischen Struktur" und der Beseitigung eines „aufgeblähten" Apparates begründet.

In der Tat mutet das Arbeitspensum in den polnischen Medien einem westlichen Kollegen in vielem behaglich an. Ein polnischer Journalist leistet ein geringes Pflichtpensum, das deshalb auch nach langjähriger Tätigkeit nicht gerade gut bezahlt wird. Daneben aber kann er – oft in der Arbeitszeit – außervertragliche Zusatzarbeiten übernehmen und sie anderen oder auch der eigenen Redaktion anbieten. Abnahmepflicht für die Sonderbeiträge besteht freilich nicht. Wer sich also unterbeschäftigt und unterbezahlt fühlt, richtet die Sonderbeiträge auch ohne ausdrückliche Weisung nach den mutmaßlichen Leistungskriterien aus, bleibt am „goldenen Zügel".

Wo die Selbstdisziplin nicht ausreicht, tritt die wieder zu Ehren gekommene staatliche Zensur gemäß den über das Kriegsrecht hinaus bestehenden Richtlinien in Kraft. Es ist eine präventive Zensur, die sich nach zeitweiliger Schwäche wieder an jenen Kriterien orientiert, die ein ehemaliger Krakauer Zensor seinerzeit nach Schweden schmuggelte und der Öffentlichkeit zugänglich machte. In einem aufsehenerregenden Interview mit der Zeitung „Tygodnik Solidarnosc" hatte vor zwei Jahren ein anderer ehemaliger Zensor mit der Kennnummer „K-62", der sich „bis zu einem Drittel" als Zyniker bezeichnete, aus dem Innenleben der Zensur geplaudert. Er sprach vom „Fundament des ganzen Ladens", vom „einzigen Laden" in Polen, der „gut funktionierte – ein vorbildlicher Mechanismus". Und er sprach von der besonderen „Wertschätzung" gerade für jene hervorragenden Journalisten, die dann doch zu brillante Beiträge lieferten, als daß man sie hätte veröffentlichen können.

Die Erinnerung an diese unverblümten Aussagen begleitet auch jene, die heute weiter in ihrem Beruf arbeiten wollen. Sie treten zum Teil dem neugebildeten „Schriftsteller-Verband der Volksrepublik Polen" bei, angelockt durch teilweise überhöhte materielle Versprechungen und in der Hoffnung auf einen dann stabilen Arbeitsplatz. Doch manche der bekannten Namen fehlen in der neuen Organisation nach der Auflösung des alten Verbandes nach wie vor. Daß der Sitz des Verbandes Zielscheibe von Systemkritikern ist, verwundert da nicht. An der Mauer neben der Verbandszentrale mußten Staatsmaler Buchstaben übertünchen, die einmal „Solidarnosc lebt" geheißen haben mögen.

Schlangen auch vor dem Zeitungskiosk

Verglichen mit der gedruckten Langeweile, die so manche Blätter der „Bruderländer" zu Papier bringen, wirken polnische Zeitungen trotz allem noch frisch und lebendig. Sie zu bestellen, ist aufgrund der Papierknappheit an strenge Regeln gebunden, Schlangen bilden sich Tag für Tag vor den Kiosken. Man findet Klagen über die wirtschaftliche Misere fast in jedem Blatt, setzt Interviews mit Verantwortlichen oder Leserumfragen in die Zeitung. Energieverschwendung in einem Betrieb, siebenjährige Reparatur-Verzögerungen bei einem Bauprojekt, aber auch Fälle von Großkriminalität und Unterschlagungen oder Prostitution werden in aller Offenheit den staunenden Lesern vorgeführt.

Die „Propaganda des Erfolgs", jene Grundhaltung der Gierek-Ära, erstreckt sich hauptsächlich auf die Politik. Doch auch da gibt es Zwischentöne. Man erfährt schon eine Menge über das Klima im Land, wenn beispielsweise die Breslauer „Arbeiterzeitung" ein Mitglied der Partei mit dem Satz zitiert: „Jemand nannte mich einen roten Blutsauger."

Offen für die vielfältigen Klagen der Bevölkerung über Planungspannen und Versorgungsprobleme zeigt sich vor allem die im Vorjahr neugegründete Wochenzeitung für Konsumenten „Veto". Unermüdlich greift das Blatt Eingaben der Leser auf, die sie unter anderem zur ständigen Mitarbeit im „Veto-Konsumentenzirkel" animiert.

WIE WAR DAS?

Als sich die Christen in China isolierten

Von JOHNNY ERLING

Die protestantischen Kirchen Chinas, die seit der Kulturrevolution ihre Mitarbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) – Weltkirchenrat – eingestellt hatten, haben ihre Kontakte zu dieser Institution wiederaufgenommen. Letzte Woche hielt sich ein chinesischer Bischof in Genf zu Gesprächen mit dem ÖRK-Generalsekretär Philipp Potter auf. Bischof Ding Guanxun, Präsident des „Chinesischen Christenrates", dem die drei evangelischen Kirchen Chinas angehören, verhandelte über die Wiederaufnahme der Mitarbeit mit ausdrücklichem Einverständnis Pekings.

Einen offiziellen Austritt aus dem Weltkirchenrat, zu dessen Gündungsmitgliedern einst die Chinesen gehörten, hatte es nie gegeben; der Kontakt riß in den Wirren der Kulturrevolution ab. Erst seit 1979, mit Beginn der Liberalisierung der chinesischen Politik, erlaubte Peking Chinas Christen eine Rückkehr zur früheren Religionsausübung. Formell ist dieses Recht in der Verfassung der Volksrepublik China seit ihrer Gründung verankert.

Wieder fünf Millionen Katholiken und Protestanten

Die letzten offiziellen Statistiken der Kirche in China finden sich im katholischen Handbuch 1950 „Le Missioni Cattoliche" und beziehen sich auf das Jahr 1947. Danach gab es in China 3,2 Millionen Katholiken, rund 1,5 Millionen Protestanten und etwa 200 000 orthodoxe Christen.

Nach 1949 hatten alle westlichen Missionare China verlassen müssen. Der Vorhang schloß sich zwischen den chinesischen und den ausländischen Kirchen. Für die „Katholische Patriotische Vereinigung", die 1957 gegründet wurde und den Papst nicht anerkennt, gilt das bis heute. In dem jüngsten Jahresbericht von Amnesty International wird eine Zahl von dreizehn nach 1981 verhafteten römisch-katholischen Priestern genannt, denen auch Kontaktaufnahme mit dem Vatikan vorgeworfen wird.

Über mehr Freiheiten verfügt die protestantische Glaubengemeinschaft in China. Als Hauptgrund gilt ihre erfolgreiche Umwandlung zu einer autonomen Nationalkirche, in der die Gegensätze der verschiedenen Glaubensrichtungen, vornehmlich der Methodisten und Baptisten, zurückgetreten sind.

Ihre Eigenständigkeit hatte die protestantische Kirche bereits seit Anfang der 50er Jahre durch die von ihr begonnene „Drei-Selbst-Bewegung" – ihrer Selbständigkeit in der Verwaltung in der Finanzierung und in der Mission – verwirklicht. 1954 folgte die Gründung einer umspannenden Patriotisch-Protestantischen Landeskirche. Damit löste sich die Kirche von dem Vorwurf des westlichen Einflusses.

Der Nankinger Bischof Ding, der zugleich auch Vorsitzender des Komitees der „Drei-Selbst-Bewegung" ist, war bereits im vergangenen Jahr auf Einladung des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Bundesrepublik, wo er erste Gespräche mit Partnerkirchen führen konnte. Nach seinen Angaben gibt es heute wieder zwei Millionen Protestanten und drei Millionen Katholiken in China, was allerdings nur 0,5 Prozent der Bevölkerung entspricht. Als während der Kulturrevolution alle Kirchen geschlossen wurden, entstand eine Bewegung der „Hausgottesdienste".

Heute stehen wieder mehr als dreihundert katholische und siebenhundert protestantische Gotteshäuser den Gläubigen offen. 1980 wurde der „Chinesische Christenrat" gegründet, der die organisatorisch-zerfallene protestantische Kirche als eine Art Dachverband neuordnen und aufbauen soll.

Grüne: Aus der Kasse der Fraktion Geld für Kelly

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Sprecherin der Grünen im Bundestag, Petra Kelly, hat nach Angaben von Fraktionsangehörigen zur Nachzahlung offener Sozialabgaben 12 400 DM aus der Fraktionskasse erhalten. Diese Summe sei der EG-Verwaltungsrätin – sie vollendet heute ihr 36. Lebensjahr – erstattet worden, weil sie für die Partei- und Wahlkampfarbeit von Anfang 1982 an unbezahlten Urlaub genommen hatte. Aufgrund der Finanzlage wurden die Leistungen nicht von der Partei übernommen.

Diese Kostenübernahme bedeutet aber einen Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen. Denn nach Paragraph 3 des Abgeordnetengesetzes kann ein Bewerber um ein Bundestagsmandat zur Wahlvorbereitung auf eigenen Antrag hin allenfalls zwei Monate vorher beurlaubt werden. Weiter heißt es im Gesetz: „Ein Anspruch auf Fortzahlung seiner Bezüge besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht." Außerdem sind die den Fraktionen und Abgeordneten aus Steuermitteln zustehende Gelder nur zur Sicherung des Lebensunterhalts, zur Finanzierung von Mitarbeitern und für „internationale Kontakte" bestimmt. Die Fraktionen dürfen mit der Parteiarbeit zusammenhängende Zahlungen nicht übernehmen.

Die Summe von 12 400 DM, die fast den von den Grünen kritisierten neuen monatlichen Gesamtbezügen der Parlamentarier von 12 520 DM entspricht, war bei einer Überprüfung der Abrechnungen durch den neuen Fraktionsgeschäftsführer Michael Vesper entdeckt worden. Sie sei auf Drängen von Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann gezahlt worden.

Nach WELT-Informationen will die Fraktion jetzt die Rückzahlung durchsetzen. Notfalls, so ein Grüner, solle auf die Diäten von Petra Kelly zurückgegriffen werden.

Nach der von der Basis durchgesetzten „Selbstbeschränkung" erhält jeder Abgeordnete der Grünen 1950 DM im Monat und für jeden Unterhaltsberechtigten weitere 500 DM steuerfrei sowie einen Zuschuß für eine Zweitwohnung in Bonn. Petra Kelly hat nach einem „Quick"-Bericht in der Bundeshauptstadt eine 128-Quadratmeter-Wohnung für 1500 DM Kaltmiete.

Gemäßigte setzten sich beim BBU durch

Abfuhr für radikale Anhänger der Startbahnbewegung

D. GURATZSCH, Mörfelden

Seit Wochen war in der Startbahnregion bei Frankfurt die Parole in Umlauf: „Jo Leinen muß abgeschossen werden!" Radikale Anhänger der Startbahnbewegung verübelten dem Rechtsanwalt Josef M. Leinen aus Kirchzarten bei Freiburg, daß er in seiner Funktion als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Dachverbandes von etwa 1000 Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), bei der Vorbereitung der Friedensbewegung für Gespräche mit dem „Staatsapparat" eingetreten war.

Leinens erklärtes Ziel, durch Gespräche mit der Polizei und Vertretern der Innenministerien eine „Deeskalation von Diffamierungen und Kriminalisierungen von Bürgerbewegungen" zu erreichen, wurde ihm als Versuch zur „Deeskalation und Spaltung" der Friedensbewegung selbst ausgelegt. Nun sollte die Mitgliederversammlung des elf Jahre alten BBU im Gründungsort Mörfelden, dem Zentrum der Bewegung gegen die Frankfurter Startbahn West, den BBU-Sprecher zu Fall bringen.

Einen Gegenkandidaten hatte man auch schon: den früheren Sprecher des Volksbegehrens gegen die Startbahn West, Alexander Schubart. Aber es kam alles ganz anders. Jo Leinen und seine Anhänger siegten auf der ganzen Linie. Schubart wagte nicht einmal, seine Kandidatur anzumelden. Aber auch die von seiner Gruppe vorgeschickten Strohmänner unterlagen und errangen nicht einen einzigen Sitz in den Führungsgremien, in denen sie bisher vertreten waren. Als sich ihre Niederlage abzeichnete, zogen sie am Schluß der Mitgliederversammlung ihre Kandidaturen zurück und verließen gemeinsam mit einer Hamburger Bürgerinitiative unter Protest die Versammlung. Ob der theatralische Abgang bereits die Spaltung des BBU bedeutet, wird sich noch erweisen.

Jo Leinen erhielt mit 93 von 130 Stimmen die höchste Stimmenzahl; außer ihm wurden die 56jährige Hausfrau Inge Ammon von der Anti-Atom-Bewegung Geesthacht und der Schüler Gunnar Seitz von der Friedensinitiative Mutlangen in den geschäftsführenden Vorstand gewählt. In den 13 Mitglieder starken erweiterten Vorstand rückten insgesamt fünf SPD-Mitglieder, ein Grüner, ein Mitglied der Deutschen Friedensunion, ein ÖTV-Mitglied und fünf Parteilose ein.

Seinen künftigen Kurs an der Spitze des BBU beschrieb Jo Leinen als „gewaltfrei, überparteilich und gesprächsoffen nach allen Seiten". Schwerpunkte des Verbandes müßten 1984 die Themen saurer Regen, Reinhaltung von Böden und Gewässern, die Querverbindungen zwischen friedlichem und militärischem Gebrauch der Kernenergie, zwischen Naturzerstörung und militärischem Flächenverbrauch sowie zwischen Umweltschutz und der Schaffung neuer Arbeitsplätze sein. Hier sieht der BBU-Sprecher auch ein strategisches Ziel: Angesichts der Massenarbeitslosigkeit müsse die „bürgerliche" außerparlamentarische Bewegung mit der Arbeiterbewegung verbunden werden.

In den vorangegangenen Diskussionen waren die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des alten Vorstandes, das finanzielle Debakel des Verbandes (Gegner Leinens sprachen von Verschuldung und Pleite und die schwere Irritation zahlreicher Bürgerinitiativen über den angeblichen „Staatsvertrag" des BBU-Sprechers Leinen mit der Polizei) endlos und ergebnislos debattiert worden. Am Ende hatte Alexander Schubart noch einmal seine ganze Rhetorik aufgeboten, um Leinen zu stürzen. Er warf ihm selbstherrliches „Guru-Verhalten" vor und bezichtigte das SPD-Mitglied Leinen der „Anbindung an eine herrschende Partei in diesem Staat, eine Partei der Aufrüster". Schubart: „Ich habe vor keiner Partei mehr Mißtrauen, als vor der SPD, bei allen anderen weiß ich, woran ich bin."

Als Schubart auch noch Leinens „ambivalentes Verhältnis zu radikalen Formen des zivilen Ungehorsams" rügte und als sich einer der von Schubart unterstützten Startbahn-Kandidaten für den BBU-Vorstand zur DKP bekannte, hatten die Startbahnkämpfer die Schlacht verloren. Im BBU werden sie künftig kaum noch eine Rolle spielen.

Seite 2: Initiative für Bürger

Das Kabinett entscheidet über Ämter für Franke und Schröder

HH. Bonn

Das Bundeskabinett trifft morgen zwei wichtige Personalentscheidungen: Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit, Heinrich Franke (CDU), soll am 1. April 1984 Nachfolger von Josef Stingl als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit werden. Der CDU-Abgeordnete Horst Schröder (Lüneburg) soll bei der bundeseigenen DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (früher „Deutsche Entwicklungsgesellschaft") – Geschäftsführer werden.

Die Berufung Frankes (Jahrgang 1928) kommt nicht überraschend. Seine Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 war gleichsam nur noch als Übergangslösung angesehen worden.

Um die Berufung Schröders (Jahrgang 1938) hattes es dagegen Spekulationen gegeben, zumal da auch die SPD Interesse an der Besetzung eines DEG-Geschäftsführer-Postens gezeigt hatte.

Gas aus UdSSR schon im Januar?

DW. New York

Die Arbeiten an der europäisch-sowjetischen Erdgasleitung haben nach einem Bericht des amerikanischen Wochenmagazins „Time" sechs Monate weniger in Anspruch genommen als geplant. Deshalb könnten die Gaslieferungen aus der UdSSR auch schon im Januar 1984 aufgenommen werden. Die Reporterin von „Time", die sich zusammen mit einigen anderen westlichen Journalisten an Ort und Stelle über die Arbeiten informieren durfte, berichtet, daß die sowjetischen Arbeiter für ihren Einsatz beim Pipeline-Bau zehn Prozent mehr Lohn erhielten als sonst üblich. Besonders erfolgreichen Arbeitern stünden sogar Autos oder Appartements in Aussicht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Nach der Entscheidung wachsen FDP-Sorgen

Liberale in Berlin drängen auf Weizsäcker-Nachfolger

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die FDP-Spitzen in Bonn und Berlin sorgen sich nach der Entscheidung Richard von Weizsäckers, in die Villa Hammerschmidt einzuziehen, um die Zukunft des CDU/FDP-Bündnisses über den nächsten Wahltag hinaus. Hans-Dietrich Genscher führte Weizsäcker noch Anfang November in einem längeren Gespräch die denkbaren Folgen für die FDP-Wahlchancen in Berlin vor Augen, wenn er als liberale Leitfigur ausfalle. Unterdessen drängt die Berliner FDP-Spitze um Walter Rasch auf eine möglichst unverzügliche Wahl von Eberhard Diepgen zum Weizsäcker-Nachfolger, Weizsäcker hingegen weigert sich, kurzfristig seine Zelte abzubrechen, weil er darin eine Desavouierung der Bundesversammlung sieht, die er nicht vor vollendete Tatsachen stellen will.

Die Bedenken der Berliner FDP haben mehrere Quellen:

- Alle aktuellen Umfragen über die Wählermeinung in Berlin signalisieren, daß sich die FDP weiterhin unter der Fünf-Prozent-Marke befindet – wenngleich mit positiver Tendenz.
- Das für die Wahlen am 21. April 1985 ideale Wahlkampfmotto „Liberale unterstützen Richard von Weizsäcker" kann nicht durch einen bloßen Namenswechsel zu Diepgen überzeugend ersetzt werden.
- Der Versuch, auf kommunalpolitischen Feldern gegen die CDU – ihr fehlen zwei Sitze an der absoluten Mehrheit – Front zu machen, könnte bei den Berlinern als Profilneurose, Quengelei und Rechthaberei ausgelegt werden und die FDP-Wahlchancen eher vermindern.
- Die Liberalen suchen nach ihrem Eintritt in den Senat noch immer nach einer „Marktlücke", die mindestens 65 000 Wählerstimmen garantiert. So viel sind notwendig, um die fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Jegliches „alternative" Terrain ist besetzt. Gegenüber dem linksliberalen „Reform"-Flügel in der Berliner CDU befindet sich die Berliner FDP jetzt eher im rechten Spektrum.

Als zusätzliches Handikap für die neu formierte, aber an der Basis noch zu passive Berliner FDP erweist sich der Mangel, einen Spitzenkandidaten präsentieren zu können: Landeschef Walter Rasch und der Vorreiter der CDU/FDP-Koalition, Umweltschutzsenator Horst Vetter, verstehen sich mit Justizsenator Hermann Oxfort als ein Trio von Spitzenkandidaten. „Wenn wir das anders handhaben und Oxfort allein zum Spitzenkandidaten ausrufen, zerreißt das die Partei von neuem", sind sich führende FDP-Politiker sicher. Den Berlinern fehlt damit jedoch eine wichtige Identifikations-Möglichkeit.

In der Frage des Weizsäcker-Nachfolgers hielt sich die FDP in den letzten Tagen taktisch bedeckt, nachdem zunächst unüberhörbar verlautete, die Liberalen würden Hanna-Renate Laurien wegen ihrer „konservativen Grundeinstellung" nicht mittragen. Dieselben Motive verhinderten, daß Bürgermeister Heinrich Lummer – dem von Rang und Ansehen eigentlich der Primus-Posten im Senat hätte zufallen müssen – jemals ins Kandidatengespräch geriet. Der FDP gilt er als Inbegriff der „alten" CDU mit ihrem rechten Law-and-Order-Kern. Von Lummer wiederum ist bekannt, daß er intern weder für Diepgen, mit dem ihn herzliche Abneigung verbindet, noch für Frau Laurien votierte.

Innerhalb der Union stützt sich Diepgen auf die sogenannte „Beton"-Fraktion – eine den SPD-„Kanalern" früheren Zuschnitts vergleichbare Gruppe, der Weizsäcker im Prinzip zu liberal regierte. Innerhalb der Fraktion muß Diepgen jedoch darauf bedacht sein, sich nicht mit den 18 bis 22 „Reformern" anzulegen, die unter den CDU-Abgeordneten beispielsweise jede härtere Haltung in der Hausbesetzer-Frage verhindern. Sie wollen wie die FDP die Weizsäcker-Politik mit Diepgen fortsetzen, aber keineswegs ändern. Die Erfahrung spricht dafür, daß nach Weizsäckers Weggang – etwa um Ostern 1984 – die bislang durch den Regierenden Bürgermeister verdeckten Personal-Querelen und Flügel-Streitereien in der Union an die Oberfläche dringen. Innerhalb der Jungen Union gewannen die strikt Konservativen jüngst die Oberhand.

Die SPD-Opposition mit Harry Ristock an der Spitze hofft, die Enttäuschung in Berlin ausnutzen zu können. Umfragen räumen der SPD jetzt um 40 Prozent Wählerstimmen ein, der CDU 45 bis 46. Nur eine starke FDP kann nach den Wahlen im April 1985 verhindern, daß das CDU/FDP-Bündnis ein Intermezzo bleibt.

Geistliche in Polen stützen weiterhin die „Solidarität"

AFP, Warschau

Polnische Geistliche halten, trotz der Drohungen, vor Gericht zitiert zu werden, an der Unterstützung der Opposition gegen die Militärregierung fest. Die jüngste Sonntagspredigt des als besonders „Solidarität"-freundlich bekannten Warschauer Priesters Jerzy Popieluszko wurde zu einer leidenschaftlichen Unterstützung der vom Regime zu Gefängnis verurteilten Polen. Vor mehreren tausend Gläubigen, die sich in und vor seiner Stanislaus-Kirche im Regen drängten, ergriff der Pfarrer Partei für die verbotene Gewerkschaft und das „Komitee für soziale Selbstverteidigung" (KOR). Bevor sie auseinandergingen, sangen die Zuhörer patriotische Lieder.

Popieluszko ist einer der 69 Priester, gegen die das Regime eine Untersuchung wegen „Mißbrauchs der Religionsfreiheit zum Schaden der Volksrepublik" eingeleitet hat und denen Haftstrafen zwischen einem Jahr und zehn Jahren drohen. Mieczyslaw Nowak aus der Warschauer Arbeitervorstadt Ursus machte seinen Sonntagsgottesdienst ebenfalls zu einer Kundgebung „für das Vaterland". Dort griff – im Gegensatz zu dem Geschehen an der Stanislaus-Kirche – die Miliz ein, als eine Gruppe von Gläubigen sich nach dem Gottesdienst vor den Kirchengittern versammelte, Spottlieder auf das Regime sang und eine Banderole mit der Aufschrift aufhängte: „Wir verteidigen unsere Priester." Die Demonstranten folgten jedoch der Aufforderung der Miliz und gingen ohne Zwischenfälle auseinander.

Pfarrer Popieluszko sagte: „Daß keiner behauptet, ‚Solidarität' sei gescheitert, denn die Gewerkschaft geht auf ihren Sieg zu. Sie geht langsam, gewiß, aber sie verwurzelt sich Tag für Tag mehr in der Nation, denn der August 1980 hat den Weg für neue Generationen vorgezeichnet, für alle die, welche in Liebe, Mut und Brüderlichkeit leben ... Die Regierung sollte endlich begreifen, daß das Leben des Menschen und die Existenz der Nation wie der Erdboden sind; wer da Lüge hineinsät, erntet Unkraut, aber wer Wahrheit, Liebe und Achtung des Menschen sät, kann auf eine gute Ernte hoffen."

Seite 3: Sorgen der Hausfrauen

Biedenkopf bringt das Plebiszit ins Gespräch

Annäherung an die Forderung der „Friedensbewegung"?

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Schon bevor Kurt Biedenkopfs neuer Aufsatz über die Atomstrategie der NATO erschienen ist, hat er in der Führung der CDU heftige Reaktionen ausgelöst. Der führende Unionspolitiker setzt in dem heute der Öffentlichkeit präsentierten Buch mit dem Titel „Die Atomschwelle heben" seine Argumentation darüber fort, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung seiner Ansicht nach auf längere Zeit die Zustimmung der Bevölkerung kaum mehr haben werde. Schon im Herbst 1981 hatte Biedenkopf die Meinung vertreten, die „Grenzsituation", die entstehe, zu dem die Menschheit sich dadurch den Frieden erhalte, daß sie mit der Anwendung von Atomwaffen drohe und so ihre Existenz aufs Spiel setze, sei auf Dauer „*nicht konsensfähig*".

Dem Vernehmen nach vertreten mit Biedenkopf auch andere prominente CDU-Politiker diese These, andere wiederum sollen aufs heftigste empört sein. Angeblich hat man an der Spitze der Partei vorläufig bestimmt, den Streit mit Biedenkopf nicht öffentlich auszutragen, so daß die in Bonn stattfindende Präsentation des Buches aus dem Bernard und Graefe Verlag vorläufig ohne sachkundige Erwiderung bleiben dürfte. Während Bundesverteidigungsminister Wörner in diesem Buch daran festhält, „daß die NATO zur Durchführung ihrer Strategie in absehbarer Zeit auf Nuklearwaffen nicht verzichten" könne, meint sein Parteifreund Biedenkopf, die nukleare Abschreckung solle den Frieden in Europa „vorübergehend "sichern, bis eine Alternative gefunden sei, „die Sicherheit vor allem politisch und nicht in erster Linie militärisch gewährleistet".

Bevor Biedenkopf zu dieser Schlußfolgerung vorgedrungen ist, fragt er danach, nach welchen Kriterien heute der Konsens in Fragen der Friedenssicherung zustandekommen soll. Anders als Alois Mertes (CDU), der die Ansicht verficht, entscheidend für die Tragfähigkeit einer strategischen Konzeption sei die parlamentarische Mehrheit, verweist Biedenkopf auf die Notwendigkeit, auch die „plebiszitäre Zustimmung" in dieser Frage von „entscheidender Bedeutung" mit ins Kalkül zu nehmen.

Der CDU-Politiker führt als ein „klassisches Beispiel für das auch in der Demokratie mögliche Auseinanderfallen von Parlaments- und Wählermeinung" die Entscheidung über die Todesstrafe an. „Parlamente haben sich immer wieder – wie jüngst in England – gegen die Todesstrafe ausgesprochen, obwohl die Abgeordneten wußten, daß die Mehrheit der Bevölkerung anders dachte. Hier hat die repräsentative Mitbestimmung der Bevölkerung durch Abgeordnete ihrer Wahl ihren Sinn: Die Entscheidung nach Einsicht und soweit als möglich frei von Emotionen zu treffen – und nach reiflicher Debatte."

Biedenkopf jedoch meint, daß es für die Abweichung parlamentarischer Mehrheiten von der Ansicht der Mehrheit der Wähler Grenzen gebe. „Sie sind dann erreicht, wenn es sich um Gegenstände handelt, die nicht nur die Gefühle, sondern die Existenz aller Menschen betreffen." Darin trifft er sich mit dem Vertreter der „Friedensbewegung" Jo Leinen, der vor wenigen Tagen auf einer Pressekonferenz auf eine Frage der WELT sagte, bei Fragen, die das Leben betreffen, müsse bei der Entscheidungsfindung vom Prinzip der repräsentativen Demokratie abgewichen werden zugunsten einer Volksbefragung.

Biedenkopf zieht zum Beweis seiner Ansicht die Sozialpolitik heran, bei der Parlamente und Parteien sich die Meinung der Wähler sehr intensiv anschauten. Was die Basis zur sozialen Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit sage und denke, stehe bei den Parteien hoch im Kurs. Daraus schließt er, wenn es um die soziale und wirtschaftliche Sicherheit der Bevölkerung gehe, „stört uns die starke Rückkoppelung parlamentarischer Willensbildung zur Meinung der Wähler nicht". Und er fährt fort: „Wir sehen in ihr keine Gefahr für die repräsentative Demokratie. Der Grund dafür ist einfach: Wir kennen es nicht anders." Übertragen auf die öffentliche sicherheitspolitische Debatte meint er, auch bei ihr kennen wir es nicht anders, daß sie bislang nur unter Experten sachkundig geführt wurde.

Er plädiert dafür, die Unterscheidung auch in dieser Debatte zwischen parlamentarischer und Wählermehrheit als überholt zu betrachten: „Der Wähler verlangt, an der politischen und militärischen Gestaltung seiner äußeren Sicherheit genauso beteiligt zu werden, wie an der politischen Gestaltung seiner sozialen Sicherheit." Ohne den Willen der Bevölkerung zur Verteidigung seien Waffen und Rüstungsanstrengungen sinnlos. Der Wille der Bevölkerung, ihre Freiheit und demokratische Lebensordnung geistig und politisch zu behaupten, sei deshalb „für sich genommen ein wesentlicher Bestandteil der Abschreckung".

Seite 2: Grenzsituationen

Der Haushalt '84 wird für die SPD in Hamburg zur Nagelprobe

Klausurtagung brachte neue Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Noch nicht einmal ein Jahr nach der letzten Bürgerschaftswahl, bei der die Sozialdemokraten in Hamburg die absolute Mehrheit zurückeroberten, ist die traditionelle Regierungspartei der Hansestadt schon wieder heillos zerstritten, nachdem in der vergangenen Woche die SPD-Bürgerschaftsfraktion über einen Antrag der GAL, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, nicht mehr einheitlich abgestimmt hatte (WELT vom 25. 11.). Am vergangenen Wochenende in einer Klausur in Timmendorfer Strand, die der Vorbereitung auf die Haushaltsberatung 1984 dienen sollte, kam es erneut zu massiven Auseinandersetzungen zwischen dem Mitte-Rechts-Lager der Hamburger SPD und dem linken Flügel.

Dabei trat klar zutage, wie eng der politische Manövrierraum für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi geworden ist. In dem ersten Jahr nach seinem Amtsantritt hatte er nach dem Rücktritt seines Vorgängers Hans-Ulrich Klose die Partei noch zwingen können, sich über die Sachprobleme statt über persönliche Streitereien auseinanderzusetzen. In der Timmendorfer Haushaltsklausur aber war er weder dazu, noch zur Vermittlung zwischen den sich schroff gegenüberstehenden Parteiflügeln in der Lage.

In der Sache ging es in Timmendorf um unabweisbare Sparbeschlüsse, mit denen aus dem 13,6 Milliarden-Etatentwurf des Senats für 1984 rund 250 Millionen Mark herausgestrichen werden sollten. Eine siebenköpfige Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Fraktionschefs Henning Voscherau, deren Mitglieder sämtlich dem Mitte-Rechts-Lager angehören, hatte dafür ein sehr sorgfältig erarbeitetes 47-Seiten-Papier vorgelegt. Es behandelt neben dem unabweisbaren Sparvolumen auch den vom Senat geplanten Übergang vom Brutto- zum Nettoprinzip bei der Kreditfinanzierung. Die Linken unter der Führung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Bodo Schumann hatten dazu ein Gegenkonzept vorgelegt.

Nach quälenden Debatten, in denen persönliche Gegensätze mit Schärfe ausgetragen wurden, verabschiedeten beide Seiten gemeinsam Streichungen von weniger als der Hälfte der erforderlichen Summe: Nur knapp 120 Millionen Mark konnten abgehakt werden.

Die Auseinandersetzungen entzündeten sich vor allem an den Streichungen im Personalkostenvolumen, die nach übereinstimmender Auffassung der Haushaltsexperten von SPD und CDU unumgänglich sind. Die Linken um Schumann verhinderten Beschlüsse zu diesem Thema auf der Fraktionsklausur mit der massiv ausgesprochenen Drohung, sie würden dem gesamten Etatentwurf des Senats bei den Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft Mitte Dezember pauschal die Zustimmung verweigern, wenn dazu in Timmendorf abgestimmt würde. Ob eine Einigung darüber bei Fraktionssitzungen am 5. und 12. Dezember noch gelingt, ist bislang völlig offen.

Auch die Umstellung der Kreditfinanzierung, nach der künftig alte mit neuen Krediten getilgt werden sollen, wird noch zu weiteren scharfen Auseinandersetzungen führen: Nach Auffassung der führenden Juristen in der SPD-Fraktion bedarf diese Umstellung einer Verfassungsänderung, die nur mit der CDU möglich ist. Empört kreideten die Linken dem Mitte-Rechts-Lager in Timmendorf an, man habe die oppositionelle CDU in dieser Lage „eingeladen, ihren Preis zu nennen". Das bedeute „inhaltlich den Weg in die große Koalition" zu gehen, und sei „für Sozialdemokraten unerträglich". Die Partei steht vor einer neuen Zerreißprobe.

Goppel: Für Sacharow einsetzen

Der verbannte sowjetische Wissenschaftler befindet sich immer noch in Lebensgefahr

PETER SCHMALZ, **München**

„Hier können wir nur mit dem Druck der öffentlichen Meinung etwas erreichen." Mit diesen Worten begründete Bayerns Alt-Ministerpräsident Alfons Goppel gestern in München seine Teilnahme an der internationalen Solidaritätsaktion „Rettet Sacharow", die mit Mahnwachen, Unterschriftensammlungen und Massenappellen an die Kremlführung die Ausreise des kranken Nobelpreisträgers und Bürgerrechtlers Andrej Sacharow erreichen will. Zu den jeweils sechstägigen Aktionen in Bonn, Berlin, München, Frankfurt und Hamburg haben die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" und die Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August" aufgerufen.

Die Informationen, die von dem nach Gorki verbannten Wissenschaftler in den Westen gelangen, deuten auf eine ernste Gefahr für das Leben Sacharows hin. Nach drei Herzinfarkten wird ihm eine Behandlung in der Klinik der Akademie der Wissenschaften in Moskau verweigert. Erst vor wenigen Monaten flehte Elena Sacharow-Bonner, die Frau des Bürgerrechtlers, um Hilfe: „Als Sacharow einen Herzanfall im Krankenhaus hatte, warf man ihn buchstäblich über Nacht hinaus. Man hoffte, er würde einsam sterben ... Wenn der Westen es vorzieht zu schweigen, dann ist das Ende nahe."

Alfons Goppel will Sacharows bedrohliche Situation im Europaparlament zur Sprache bringen und rechnet mit einer breiten Zustimmung. „Bis auf wenige Ausnahmen können wir im europäischen Parlament mit einer durchgehenden Solidarität rechnen", sagte der CSU-Europaabgeordnete gestern.

Sollte Sacharow, der bis 1968 an der kerntechnischen Rüstung der UdSSR als geachteter Physiker mitarbeitete, sein Land verlassen dürfen, könnte er am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München arbeiten. Institutsdirektor Professor Hans-Peter Dürr hat eine entsprechende Einladung bereits bei seinem letzten wissenschaftlichen Moskau-Besuch schriftlich an Sacharow übermitteln lassen, wie er gestern in München vor der Presse erklärte. Dürr würde eine Mitarbeit Sacharows als eine wertvolle Bereicherung der Institutsarbeit begrüßen: „Seit 1969 arbeitet er über Fragen der Elementarteilchen, der Gravitation und Kosmologie. Seine Forschungsarbeiten haben unmittelbare Berührungspunkte mit wissenschaftlichen Arbeiten an unserem Institut."

Darüber hinaus schätzt Professor Dürr den großen sowjetischen Kollegen wegen dessen hoher moralischer Prinzipien, er sei deshalb für ihn immer Vorbild gewesen: „Er hat sein politisches Engagement nicht im Widerspruch zu seiner Stellung als Physiker, sondern im Gegenteil als einen wesentlichen Teil seiner Verantwortung als Wissenschaftler gesehen."

Mündet Zeitungsstreit in einen Generalstreik?

Verhärtung bei der britischen Druckergewerkschaft

FRITZ WIRTH, **London**

Die Streiklage in Fleet Street ist am Montag noch verworrener geworden. Es sind bereits nach zwei Streiktagen, in denen die Tages- und Sonntagszeitungen in Fleet Street einen Auflagenverlust von 32 Millionen Exemplaren erlitten, deutliche Risse in der Front der Verleger entstanden.

Diese Uneinigkeit führte dazu, daß am Montagmorgen fünf Zeitungen – der „Daily Telegraph", die „Mail", die „Financial Times", der „Guardian" und der „Morning Star" nach zweitägiger Stillegung wieder erschienen, während sechs andere Zeitungen, unter ihnen die „Times", der „Daily Express" und die „Sun" ihre nun arbeitswilligen Setzer und Drucker der Gewerkschaft „National Graphical Association" (NGA) wieder nach Hause schickten.

Sie verlangten von den Gewerkschaftlern eine Garantie für künftiges Wohlverhalten, wie es am Samstag noch von allen Zeitungsverlegern einstimmig beschlossen worden war. Am Sonntagnachmittag setzten sich jedoch fünf Zeitungsverlage offenbar aus Furcht vor zu hohen Auflagen- und Anzeigenverlusten über diesen Beschluß hinweg, und nahmen die Arbeit auch ohne diese Gewerkschaftszusicherung wieder auf. Einigkeit herrscht bei allen Zeitungsverlagen jedoch nach wie vor darüber, die Gewerkschaft NGA für den Auflagenverlust von 32 Millionen Exemplaren am letzten Samstag und Sonntag regreßpflichtig zu machen.

Trotz dieser Uneinigkeit unter den Verlegern ist die Krise bei den Gewerkschaften noch wesentlich intensiver und bedrohlicher. Sie stehen vor dem Problem, ob sie diesen Arbeitskampf in eine direkte Konfrontation gegen die Regierung Thatcher ausweiten sollen oder ob sie den „Appeasement-Kurs" beibehalten sollen, der auf dem letzten Gewerkschaftskongreß beschlossen worden war.

Zerstritten über den Kurs

Die Entscheidung zur Konfrontation würde bedeuten, daß Großbritannien in den nächsten Wochen von einem Streikchaos heimgesucht würde, das möglicherweise sogar in einen Generalstreik münden könnte. Die britische Gewerkschaftsführung ist zur Stunde noch über den weiteren Kurs in diesem Konflikt tief zerstritten.

Der Chef der größten britischen Gewerkschaft, Moss Evans, befürwortet die Eskalation zur direkten Konfrontation mit der Regierung. Er ist der Meinung, daß dieser Druckerstreik zum Testfall für die neuen Gewerkschaftsreformgesetze der Regierung Thatcher gemacht werden soll.

Diese Reformgesetze verbieten die Belagerung von bestreikten Betrieben durch Gewerkschaftler, die direkt nichts mit dem Streik zu tun haben. Eine derartige Belagerung eines kleinen Druckbetriebes in Nordengland war der Anlaß zum gegenwärtigen Arbeitskampf, der am Wochenende auf Fleet Street übergriff, obwohl diese Zeitungen nichts mit dem ursprünglichen Arbeitskampf zu tun haben.

NGA verweigert Zahlung

Die Druckergewerkschaft NGA hat sich bisher geweigert, die Geldstrafe von insgesamt 600 000 Mark, die ihr wegen der illegalen Belagerung des Druckbetriebes in Nordengland von einem Hochgericht auferlegt wurde, zu zahlen. Ein Teil ihres Gesamtvermögens ist daraufhin durch richterliche Anordnung beschlagnahmt worden. Evans und die „Falken" in der britischen Gewerkschaftsbewegung haben die Drucker aufgefordert, den Kampf bis zum bitteren Ende fortzusetzen und die neuen Gewerkschaftsgesetze zu ignorieren. Andere Gewerkschaftsführer wie die der Metallarbeiter und der Stahlkocher empfehlen einen vorsichtigeren Kurs. Ihr Standpunkt: Diese Gesetze sind zwar schlecht, doch das gibt uns nicht das Recht, uns außerhalb der Gesetze zu stellen.

Diese Meinungsverschiedenheiten haben sich bis ins Lager der Labour Party fortgesetzt. Während der Parteipräsident Eric Heffer, Tony Benn und der sonst eher gemäßigte ehemalige Innenminister Mervyn Rees, für einen direkten und offenen Kampf gegen die Gewerkschaftsgesetze plädierten, empfahl der stellvertretende Parteichef Roy Hattersley einen vorsichtigeren Kurs.

Das Dilemma der Gewerkschaften ist durch die Tatsache entstanden, daß sie im Jahre 1982 auf einem Sonderkongreß absolute Opposition und gegenseitige Hilfe beim Kampf gegen die neuen Gewerkschaftsgesetze beschlossen hatten, daß sie aber nach der schweren Wahlniederlage Labours vom 9. Juni, die den Tories zugleich ein Mandat für die Gewerkschaftsreform gegeben hatte, eine „Appeasement-Politik" mit der Regierung Thatcher und eine neue Ära des Dialogs für richtiger hielten. Dieser neue „sanfte Kurs" ist durch den Druckerstreik plötzlich in Frage gestellt. Die Entscheidung darüber, welchen Weg die Gewerkschaften einschlagen wollen, wird innerhalb der nächsten 48 Stunden fallen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bock zum Gärtner gemacht

„Berliner SPD-Fraktion spricht sich für ein gemeinsames Programm beider deutscher Staaten zur Friedenserziehung aus!"; WELT vom 10. November

Diese Meldung in der WELT war so klein, daß viele sie gedankenlos überlasen.

Wer allerdings die Friedenserziehung im anderen Deutschland kennt, muß bei dieser ungeheuerlichen Forderung stutzen.

Die SPD leugnet nicht nur die militärische Bedrohung durch den Ostblock, sie will auch durch ihre Erziehungspolitik die „Friedensliebe der DDR" an unseren Schulen verbreiten. Die SPD fordert allen Ernstes ein Programm zur Friedenserziehung mit einer Diktatur, welche als ein Ziel der Erziehung und Bildung „den unversöhnlichen Haß gegen die Feinde des Volkes" betrachtet – nachzulesen im „DDR"-Schulbuch Staatsbürgerkunde für die 8. Klasse auf S. 108.

Man kann wohl sicher sein, daß nicht ein einziger dieser SPD-Abgeordneten auch nur einen Blick in irgendein „DDR"-Lehrbuch geworfen hat. Denn dort würden die sozialdemokratischen Friedensträumer auch auf so unliebsame Sätze wie den folgenden auf S. 168 des Buches „Fragen und Antworten zum SED-Programm" stoßen: „Unser Haß gegen das menschenfeindliche System des Imperialismus der BRD schließt unseren Haß auf die Bundeswehr ein!" Mit einem solchen – mit Haß- und Hetzparolen erziehenden – Regime will die SPD unsere Jugend zum Frieden erziehen!

Man muß sich fragen, was SPD-Mitglieder bei einer solchen Forderung – wenn überhaupt – gedacht haben. Wurde der Wunsch nach Gemeinsamkeiten unbewußt und ohne große Überlegung erhoben, was einer Partei eigentlich so nicht passieren dürfte, so zeigt sich, daß die SPD in ihrer Orientierungslosigkeit des Neutralismus und im Nebel von Sicherheitspartnerschaftsträumen den Blick für die Realität, nämlich die gerade in der „DDR" allgegenwärtige Haßerziehung und Kriegslehre, verloren hat.

Wurde die Forderung von der SPD jedoch bewußt erhoben, entspricht sie der Vorstellung, daß „der Sozialismus unaufhörlich wächst und sein Sieg in der ganzen Welt unaufhaltsam ist!" Zu finden im Lehrbuch Staatsbürgerkunde für die 7. Klasse, S. 5.

In diesem Falle entspricht das SPD-Verhalten genau der „DDR"-Ideologie.

Auf jeden Fall macht die SPD mit dieser Forderung die „DDR" als Bock zum Gärtner der Friedenserziehung!

M. Pfeifer, Hamburg 70

Teurer Steuer-Wanderweg

„Änderung des Steuertarifs im Augenblick zu teuer"; WELT vom 11. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Söhler zitiert in ihrem Beitrag den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Häfele, der u. a. anläßlich einer Mitgliederversammlung der Versicherungswirtschaft ausführte, daß angesichts der „abenteuerlichen Staatsverschuldung ein langer Marsch" durch die verschuldeten Bundesländer notwendig sei.

Dem ist nichts entgegenzusetzen, denn wir Arbeitnehmer und Steuerzahler befinden uns ja bereits seit Jahren auf diesem teuren Wanderweg. Widersprechen muß ich dem lapidaren Satz „auf ein Jahr käme es schließlich nicht an".

Wir, d. h. die Jahrgänge der mittzwanziger Jahre, die maßgeblich am Aufbau dieses Landes beteiligt waren, wurden von einer bruttolohnbezogenen Rente auf die Netto-Rente gesetzt, so daß die Rückkehr zu einer gerechteren Steuerprogression nicht früh genug einsetzen kann. Diese Steuerprogression schluckt nicht nur einen Teil des erarbeiteten Rentenanspruches, da das monatliche Netto-Einkommen seit Jahren nicht gestiegen ist, sondern zusätzlich wurde es durch unpopuläre Maßnahmen des Bundesfinanzministeriums insbesondere der Arbeitnehmer ab 50 Jahren besonders stark geschmälert:

- Fortfall (bei alleinerziehenden Elternteilen) des Haushaltsfreibetrages in Höhe von DM 4000,- wenn schließlich das letzte Kind auf eigenen Füßen steht – hat dieser Steuerzahler kein Recht mehr auf einen Haushalt?
- Fortnahme der Steuerklasse II für alle Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr und schließlich
- die „Gleichmachung" aller Berufstätigen ohne Berücksichtigung von 20/25 Jahren Kindererziehung, Schule, Berufsausbildung zu „ledigen" und „verheirateten" Steuerzahlern.

Diese gravierenden Benachteiligungen der Älteren, die Abwertung der Lebensarbeitszeit, die Abwertung unserer gezahlten Rentenbeiträge verärgert und macht betroffen und unsicher, zumal wir den „langen Marsch durch die Bürokratie" nicht abwarten können, da wir nicht mehr so viel Zeit haben.

Mit freundlichen Grüßen
I. Zech, Berlin 38

Japaner schneller

Forstsachverständige sind sich einig, daß durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Schwefel aus den Abgasen der Kraftwerke zu entfernen. Wenn die Abgase durch mit Kalkmilch gefüllte Behälter geleitet werden, was die Japaner schon vor acht Jahren mit Erfolg begonnen haben, wird der Schwefel restlos entfernt und in Gips verwandelt; daraus lassen sich Leichtbauplatten herstellen. Sechs dieser Kraftwerke sind in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb.

Etwas Durchgreifendes gegen diese Gefahr würde erst geschehen, wenn möglichst bald, nach dem Vorbild der Japaner, mit der restlosen Entschwefelung der Kraftwerke begonnen würde, ohne erst auf eine Einigung mit dem Ausland zu warten, aus dem noch die zweite Hälfte des sauren Regens unser Land erreicht.

Durchgreifende Maßnahmen können erst getroffen werden, wenn die hauptverantwortlichen Politiker, der Bundesinnenminister oder, wenn dieser weiter versagt, der Bundeskanzler, die erforderlichen Gesetze verkünden. Nach dem voraussehbaren Zusammenbruch dürften diese Politiker nicht mit einer Wiederwahl rechnen.

M. L. Meyer, Großhansdorf

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

❝ Es gibt wenig aufrichtige Freunde – die Nachfrage ist auch gering. ❞

Marie von Ebner-Eschenbach, österr. Autorin (1830–1916)

Personalien

GEBURTSTAGE

Ottilie Stehle, Seniorchefin des ältesten deutschen Familienunternehmens, der Firma Gebrüder Bellmer, das sich in der fünften Generation in Familienbesitz befindet, feierte am 27. November ihren 100. Geburtstag. 70 Jahre alt wurde am gleichen Tag der Publizist **Pater Oskar Simmel SJ**. Er war Chefredakteur der Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit", Leiter der deutschen Abteilung von Radio Vatikan und Ressortleiter für den katholischen Redaktionsteil der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur". Peter Oskar Simmel ist heute theologischer Berater in der Pressestelle des Erzbischöflichen Ordinariates in München. Professor Dr. **Heinrich Düker**, Nestor der deutschen Psychologen, der am 24. November 85 Jahre alt wurde, ist jetzt von der Universität Marburg mit einem Festcolloquium geehrt worden. Professor Düker hat die Psychologie in den Jahren nach dem Krieg entscheidend mitgestaltet. Arbeitsschwerpunkte waren Lern- und Gedächtnispsychologie und Experimente über das „unterschwellige Wollen". Der Wissenschaftler wurde außerdem ein Pionier auf dem Gebiet der experimentellen Pharmapsychologie. 70 Jahre wird heute **Otto Röders**, Präsident der Industrie- und Handelskammer Lüneburg–Wolfsburg. Der Gesellschafter der Firma Carl Breiding und Sohn wirkte von 1980 bis 1981 im Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn mit. Röders ist außerdem Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bettfedernindustrie und Vorsitzender des Internationalen Federnbüros.

EHRUNG

Professor Dr.-Ing. **Karl Bammert** wurde in Boston, USA, Ehrenmitglied der „American Society of Mechanical Engineers", ASME. Der heute 74jährige Schwabe, der Naturwissenschaften und Maschinenbau studierte und der während der Kriegsjahre in der Luftfahrtforschung in Braunschweig arbeitete, wurde 1955 auf den Lehrstuhl und in das Institut für Strömungsmaschinen der Technischen Hochschule Hannover berufen. Von 1964 bis 1967 war Professor Bammert Dekan der Fakultät für Maschinenwesen. Er ist Mitherausgeber von drei international bekannten Zeitschriften, der „Atomkernenergie/Kerntechnik" beim Thiemig Verlag in München, bei „Turbo & Jet Engines" beim Freund Publishing House Verlag in Tel Aviv und bei „Forschung im Ingenieurwesen", VDI Verlag, Düsseldorf.

VERANSTALTUNG

Die isländische Präsidentin **Vigdis Finnbogadottir** stattete Berlin einen Besuch ab, um dort die Kulturwoche unter dem Motto „Kunst aus Island" zu eröffnen. Berlins Regierender Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** empfing die Präsidentin, die früher einmal jahrelang das Theater der isländischen Hauptstadt Reykjavik geleitet hat. In Berlin traf sie jetzt auch mit dem Generalintendanten der Staatsoper, mit **Boy Gobert**, zusammen.

GESTORBEN

Dr. **Maria Alberta Lücker**, seit 1970 Vizepräsidentin der „Weltkonferenz der Religionen", starb im Alter von 76 Jahren in Bonn. Frau Lücker war Mitglied der internationalen katholischen Frauenbewegung „Der Gral" und im Präsidium der deutschen Sektion von Pax Christi. Zehn Jahre lang leitet sie das Außenamt im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. Im Auftrag des Zentralkomitees hatte sie beratend am Zweiten Vatikanischen Konzil teilgenommen. Auf sie geht die Gründung des „Katholischen Akademischen Ausländerdienstes" und der „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe" zurück. Im Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln war Frau Lücker bis zu ihrem Tod als Vorsitzende des Sachausschusses „Mission, Entwicklung und Frieden" tätig.

„Die demokratische Öffnung ist erfolgreich. Der Dialog mit der Opposition geht weiter"

WELT-Gespräch mit dem chilenischen Staatschef Augusto Pinochet / „Die Wirtschaft ist unser größtes Problem"

Von WERNER THOMAS

Der General gibt sich gelassen. „Die Mehrheit des Volkes steht hinter mir", sagt er, „von 51 Prozent an aufwärts. Die Aktivitäten der Opposition in den letzten Monaten haben diese Regierung nicht erschüttern können." Deshalb wird er weiterhin seinen „verfassungsmäßigen Auftrag" erfüllen. Der endet 1989.

Augusto Pinochet, der in diesem Jahr mit der schwersten Krise seiner bisherigen Amtszeit konfrontiert war, läßt sich im Präsidentenpalast La Moneda interviewen. Es ist kurz nach 8 Uhr morgens. Er berichtet stolz: „Ich sitze schon seit sieben am Schreibtisch. Ich muß viele Akten aufarbeiten." Am Abend zuvor war er von einer viertägigen Tour in den Norden des Landes zurückgekehrt.

Pinochet wirkt gut gelaunt. Die Reise hat ihn aufgebaut. Während die Opposition ihre vermutlich letzte Protestaktion in diesem Jahr veranstaltete, eine friedlich verlaufene Kundgebung in Santiagos O'Higgins-Park, besuchte der General die Wüstenstädte Arica und Iquique. Von 100 000 Menschen sei er dort begrüßt worden, erzählt er zufrieden. Er schließt sich den konservativen Schätzungen des Gouverneurs für den Regierungsbezirk Santiago an, wonach weniger als 100 000 Leute in den O'Higgins-Park gekommen sind. „Nicht gerade eindrucksvoll." Er hat die Luftaufnahme von dem Versammlungsgelände studiert. Die Organisatoren schätzten dagegen eine Million.

Der Moneda-Palast im Zentrum der Hauptstadt war beim Putsch der Streitkräfte am 11. September 1973, der Pinochet an die Macht brachte, durch Bombenangriffe schwer beschädigt worden. Volksfront-Präsident Salvador Allende starb hier an jenem Tag. Seine Anhänger beschuldigten die Militärs, Allende hingerichtet zu haben. Die Militärs sprachen von einem Selbstmord. Das Gebäude wurde renoviert, teilweise neu möbliert und am 11. März 1981 wiedereröffnet. Pinochet arbeitet im zweiten Stock, die Fenster öffnen sich zum Innenhof. Er hat nicht Allendes früheres Amtszimmer übernommen.

An den Wänden hängen Porträts des Freiheitshelden Bernardo O'Higgins und des konservativen Politikers Diego Portales, der im letzten Jahrhundert Regierungsmitglied war, zwei Vorbilder Pinochets. Dazu drei Gemälde des in England geborenen Künstlers Thomas James Somerscales, Schiffsmotive, und ein riesiger Wandteppich mit dem chilenischen Wappen. Auf einer Kommode ruht das O'Higgins-Schwert. Auf dem Schreibtisch ein Foto von Ehefrau Lucia. Auf einem Tisch nebenan liegen die Familienbibel und ein Buch über das Leben des gegenwärtigen Papstes, das eine Widmung enthält.



Pinochet (67): „Meine Mission ist nicht beendet" FOTO: DW

Die turbulenten Ereignisse dieses Jahres ziehen sich wie ein roter Faden durch das Gespräch. Pinochet unterstellt den „Herren Politikern" (señores politicos) lediglich Machtambitionen, keine selbstlosen Ziele. „Die wollen alle nur Präsident werden." Er rechnet mit einer neuen Welle der Protestaktionen im nächsten Jahr.

Im Ausland sei ein „verzerrtes Bild" über die Situation in Santiago entstanden, meint er. „Die Oppositionsgruppen, besonders die Kommunistische Partei, die ein treuer Diener Moskaus ist, steuerten eine Desinformationskampagne. Sie haben sogar den bevorstehenden Sturz der Regierung angekündigt."

Die Demonstrationen, die bisher mehr als 60 Todesopfer forderten, führten immerhin zu einer Kursänderung: Im August begann die Politik der demokratischen Öffnung, apertura genannt.

Der General ist damit „voll einverstanden". Pinochet: „Die apertura war bisher ein Erfolg. Wir werden weitermachen." Der Dialog mit der Opposition soll fortgesetzt werden. Jedoch: „Beide Seiten müssen etwas geben. Wir können nicht dulden, daß die andere Seite nur Forderungen stellt." Innenminister Sergio Onofre Jarpa wird sich auch in Zukunft mit den Politikern zusammensetzten. Der Präsident dagegen möchte sich heraushalten. Pinochet lächelt verschmitzt: „Ich stehe darüber."

Die Regierung arbeitet an einem Parteiengesetz. Pinochet stellt sich in Zukunft „etwa vier Parteien" vor: „eine rechts, eine links, eine in der Mitte und eine, die hin- und herpendelt." Der General wünscht sich „Verhältnisse wie in Brasilien", wo sechs Parteien existieren. Jede neue Partei müsse 450 000 Unterschriften präsentieren. Eine marxistische Gruppierung soll nicht erlaubt sein: „Wir werden diesen Leuten keinen Gefallen tun."

Pinochet denkt in langen Zeiträumen. „Ich kann mir Parlamentswahlen vor dem Ende meiner Präsidentschaftsperiode vorstellen", sagt er. Etwa ein Jahr zuvor, 1988, wäre seiner Meinung nach ein Plebiszit über eine Verfassungsänderung möglich. „Das Volk soll dann entscheiden, ob es sofort einen Kongreß haben möchte oder nicht."

Kann er so lange durchhalten? Der General glaubt nicht nur, daß die meisten Chilenen noch an seiner Seite stehen, er betont auch: „Es gibt keine Spannungen innerhalb der Streitkräfte. Wir sind uns einig über den weiteren Weg." Pinochet (67) kommandiert immer noch das Heer. Er sagt: „Ich bin zuerst ein Militär."

Gesundheitlich fühlt er sich in guter Verfassung. Er raucht nicht und trinkt kaum Alkohol. Sein Tag beginnt mit Frühsport. Er geht aufrecht, braucht keine Brille, seine Hände wirken ruhig und seine Augenlider vibrieren kaum. Auf Fragen antwortet er rasch, er redet manchmal so schnell, daß sich die erstaunlich hohe Stimme überschlägt. „Ich kann noch hart arbeiten", sagt er. In der Tat arbeitet er zwischen zwölf und 14 Stunden am Tag.

Beschuldigungen, er habe sich persönlich bereichert, treffen ihn. „Ich lebe noch so bescheiden wie als junger Leutnant." Er zupft an seinem Anzug: „Der ist viele Jahre alt." Er zeigt seinen Ring an der linken Hand: „Der stammt aus dem Jahr 1956." Er deutet auf seine silberne Krawatten-Nadel: „Die gehörte meinem Vater."

Die viel kritisierte Villa an einem Andenabhang im Stadteil Lo Curro sei nicht für ihn selbst gebaut worden: „Das ist die Residenz für die chilenischen Präsidenten, die bisher keine Residenz hatten." Der General wohnt nach wie vor in dem Haus des Armee-Kommandeurs an der Straße Presidente Errazuriz im Bezirk Las Condes.

Die Politik bereitet dem Präsidenten weniger Kummer als die Wirtschaft. „Die Wirtschaft ist unser größtes Problem". Pinochet nennt die „besorgniserregende Arbeitslosigkeit", 18 Prozent nach offiziellen Angaben, inoffiziellen Schätzungen zufolge weit mehr. Er führt die Krise auf die weltweite Rezession zurück. „Auch Sie in Deutschland haben Schwierigkeiten." Der Tiefpunkt sei jedoch Mitte des Jahres erreicht worden. „Jetzt geht es langsam aufwärts, sehr langsam." Mit der Aufwärtsentwicklung erwartet Pinochet einen Rückgang der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise.

Der General hat das Krisenjahr 1983 noch gut überstanden. Augusto Pinochet jedenfalls glaubt, daß auch die weiteren Versuche, ihn zu einem vorzeitigen Rücktritt zu zwingen, scheitern werden. Er sagt: „Meine Mission ist nicht beendet." (SAD)

Im Maghreb verschieben sich die Fronten

Algier gibt die Hoffnung auf einen Sahara-Staat nicht auf / König Hassans Zweckbündnis mit Khadhafi in Tschad

Von ROLF GÖRTZ

Waren die Marokkaner einem arabischen Sprichwort nach die Krieger des Maghreb, und mußten sich die Algerier und Tunesier mit der Qualifikation der Männer und Weiber in dieser Region Nordafrikas begnügen, so verlor diese maghrebinische Qualifikation ihren Sinn spätestens während des algerischen Befreiungskrieges. Dennoch spielt der Einsatz oder eben das Fernbleiben marokkanischer Truppen bei Regionalkonflikten nach wie vor eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle – so auch diesen Sommer in Tschad. Weil König Hassan von Marokko seine Krieger nicht – wie Frankreich eigentlich hoffte – gegen Khadhafi nach Tschad schickte, konnte der libysche Revolutionschef in Tschad eine Art Patt herausschlagen. Das wird jetzt offenkundig, da der Präsident Tschads, Hissen Habré, sich am Wochenende bereit erklärte, an einer Konferenz der von Libyen unterstützten Rebellen teilzunehmen.

Die marokkanische Enthaltung in Tschad hatten König Hassan II. und Oberst Khadhafi vor drei Monaten ausgemacht, als der libysche Diktator überraschend in Rabat auftauchte. Die libysche Gegenleistung veranlaßte schon damals die gegen Marokko kämpfende Polisario-Front zu bitteren Kommentaren gegenüber dem „Verräter und einstigen Gönner" Khadhafi. Stolz hatten Khadhafis Libyer bisher betont, daß sie es waren, die die Polisario-Front gewissermaßen aus der Taufe gehoben haben – zusammen mit Algerien. So wuchs das Kind der sozialistischen Staaten Nordafrikas mit sowjetischer Vaterschaft zu einem wichtigen Störfaktor im west-östlichen Gleichgewicht im Maghreb heran. Die Polisario-Front kämpft mit sowjetischen Waffen für einen eigenen Sahara-Staat, die „demokratisch-arabische Republik Sahara". Lediglich die Entschlossenheit Marokkos, den marokkanisch besetzten Norden der vor 10 Jahren von Spanien aufgegebenen West-Sahara nicht aufzugeben, verhinderte einen neuen Satellitenstaat der Sowjetunion – gelegen an einer für den Westen strategisch sehr empfindlichen Zone, nämlich im Norden Westafrikas, nur 100 Kilometer vom Kanarischen Insel-Archipel entfernt, auf dem die Sowjets einen militärisch bedeutenden Fischereistützpunkt unterhalten.

König Hassan fand die Unterstützung seiner Freunde, des amerikanischen Präsidenten Reagan und des Königs von Saudi-Arabien, der im Bedarfsfall auf amerikanische Hilfe angewiesen sein kann. Eine militärische Hilfeaktion aber hängt von genügend Zwischenlandeplätzen für den Nachschub in eben dieser Zone ab, auch für einen eventuellen Konflikt mit Syrien. Um über genügend Ausweichmöglichkeiten zu verfügen, müssen die Amerikaner auf möglichst viele Pisten zwischen Marokko, den portugiesischen Atlantikinseln und der Iberischen Halbinsel zurückgreifen können.

Die marokkanische Regierung verpflichtete sich der UNO und der Organisation der afrikanischen Staaten gegenüber, die Bevölkerung der besetzten Sahara über ihren weiteren Verbleib bei Marokko in einem Referendum zu befragen. Seit der dichter besiedelte „nützliche" Teil der Wüste mit dem großen Phosphatvorkommen Bu Craa und dem Hafen El Aiun militärisch abgesichert werden kann und seit die marokkanische Armee kürzlich auch außerhalb ihres Limes der Polisario-Front in einer Schlacht in der Wüste erfolgreich entgegentrat, kann Rabat damit rechnen, daß diese Volksbefragung auch positiv für Marokko ausfallen wird.

Dennoch sieht man in der marokkanischen Hauptstadt mit einigem Unbehagen die Verbesserung der Beziehungen des algerischen Präsidenten Chadli Benjedid mit Frankreichs Staatspräsident Mitterrand. Schon vor dem jüngsten Treffen beider Staatschefs in Paris stand nämlich fest, daß die Annäherung zwischen Frankreich und Algerien auf Kosten Marokkos, und zwar in der Sahara-Frage, gehen könnte. Interviews des algerischen Präsidenten in der französischen und arabischen Presse bestätigen dies. Algerien verlangt – das geht aus diesen Interviews hervor – direkte Verhandlungen zwischen der Polisario-Front und der marokkanischen Regierung. Das aber käme einer Anerkennung der Polisario-Front von seiten Marokkos gleich, weshalb König Hassan bisher jedes Gespräch mit den Rebellenführern ablehnte. Er konnte auch dem Rat der afrikanischen Staaten nachweisen, daß die Polisario-Chefs selbst gar nicht in der Sahara geboren seien, also gar nicht für die Sahara-Bevölkerung sprechen könnten.

So haben sich also die Fronten im Maghreb wieder einmal verschoben. Das im Februar dieses Jahres vielbeachtete Treffen von Präsident Chadli Benjedid und König Hassan von Marokko brachte nicht die erwartete Einigung des Maghreb bis hin zu Libyen. Marokkos König merkte schon bald, daß die Algerier ihre Hoffnung auf einen selbständigen Sahara-Staat – der ihnen einen Zugang zum Atlantik verschaffen sollte – keineswegs aufgegeben haben. So lag denn die taktische Verbindung zwischen Marokko und Libyen nahe.

Anmerkungen zur Ruhrgebiets-Serie „Rote Erde"

Ein wüstes Disneyland

Vielleicht hängt es mit den Zechenschließungen zusammen und mit der Tatsache, daß Kohle und Stahl ihren beherrschenden Rang im Ruhrgebiet zusehends einbüßen und allgemein der Eindruck sich verfestigt, hier gehe nun eine Epoche zu Ende und man müsse ihren Mythos retten, so wie einst Hollywood auf seine Weise den Mythos des Wilden Westens zu retten versuchte – vielleicht hängt es damit zusammen, daß Film und Fernsehen plötzlich zwischen Ruhr und Emscher ihren Wilden Westen entdecken, den es natürlich so nicht gibt und nie gegeben hat. Von den „Pawlaks" bis zur „Knapp-Familie", von „Abfahrer" bis „Jede Menge Kohle" gab und gibt es jede Menge Filme serienweise, die sich nach Belieben aus dem sagenhaften Kohlenpott bedienen.

Die letzte Serie, „Rote Erde", ist jetzt nach neun Folgen (und zehn Stunden Sendezeit) zu Ende gegangen. Es war ein ehrgeiziges und ungemein kostspieliges Unternehmen. Der WDR leistete sich einen immensen Aufwand an Menschen und Material, an Zeit, Geld und Propaganda.

Dazu gehört auch die Ausstellung „Rote Erde – Bergarbeiterleben 1870–1920" im Essener Ruhrland-Museum, die gleichzeitig mit dem Neubau des Folkwang-Museums eröffnet wurde, dort nur Verwirrung stiftete und Befremden auslöste. Mit dieser deplacierten Ausstellung haben die Verantwortlichen sich und dem Museum einen Bärendienst erwiesen; denn was hier gezeigt wird, sind keine originalen Zeugnisse aus jenem „Bergarbeiterleben", sondern nachgefertigte Filmrequisiten aus „Rote Erde". Die Essener nennen die Veranstaltung schlicht „Disneyland".

Es ist allerdings ein ziemlich wüstes Disneyland, und ältere Revierbewohner zeigen sich empört über die Vorstellungen, welche die Fernsehleute offenbar vom Leben ihrer Eltern und Großeltern haben und anschaulich verbreiten. Es handelt sich, wie in der Filmserie, in der Tat mehr um Vorstellungen als um historische und soziale Wirklichkeit; das geben Autor (Peter Stripp), Regisseur (Klaus Emmerich), Szenen- und Kostümbildner (H. Gassner und S. de Stoutz) offen zu. Es war ihnen ausdrücklich nicht darum zu tun, „historische Realität zu konstatieren".

Darum haben sie in München nach ihren „poetischen Vorstellungen" ein Stück Ruhrgebiet wie ein Stück Exotik im eigenen Land aufgebaut und darin eine Geschichte angesiedelt, die sich genauso auch anderswo hätte abspielen können; auch daraus machte man kein Hehl. Nur eben verhalf ihr die sensationelle Szenerie unter und über Tage, der harte Existenzkampf der schwarzgeschminkten Bergleute, das ungewöhnliche Menschengemisch, der scharf akzentuierte Klassenunterschied und nicht zuletzt ein Schuß Mythos und Romantik zu einem besonderen Reizklima.

Zugleich bot sich die Gelegenheit zu einer „Sozialgeschichte der Ruhr" und einer „Reviergeschichte von unten", die man beim WDR erklärtermaßen als „das Gegenstück von Dallas" betrachtet wissen will. Das mag sogar hingehen. Dies alles ist gewiß so legitim wie „Dallas" und die amerikanischen Western-Filme, ungeachtet einer deutlichen Voreingenommenheit und Einseitigkeit der Geschichtsbetrachtung, wenn es als Unterhaltung spannend und gut gemacht ist; und das war hier durchweg der Fall. Die Serie war durchgehend gut besetzt und eindrucksvoll fotografiert (Josef Vilsmeier). Viele unbekannte Gesichter haben sich eingeprägt; die Kamera erforschte sie wie Landschaften.

Ärgerlich und störend wirkte der hektische Filmschnitt. Die breit und verzweigt angelegte Story kam oft nur schwer von der Stelle (fünf Folgen hätten für den Stoff genügt); allzu häufige und abrupte Schnitte sollten wohl für Tempo sorgen oder es vortäuschen, aber sie zerhackten die Fabel, machten sie unübersichtlich, zerstörten die Konzentration und auf die Dauer auch das Interesse.

EO PLUNIEN

KRITIK

Herzzerreißender Zirkus

Da haben sie Bob Rooyens hervorgeholt, den Wunderknaben, der in den sechziger Jahren auf der elektronischen Trickkiste spielte wie einst Paganini auf der Teufelsgeige, haben ihm ein Bataillon Unterhalter beigesellt, von Pumuckl bis Winnetou, von Katja Ebstein bis zur halsbrecherischen Beatrice Richter; das alles haben sie mit gescheiten Texten des André Heller garniert und gebündelt. Als es losging, wußte man, jetzt gibt es ein **Wunderland** (ARD).

Da brach die Phantasie auf zu einem verwirrenden Marsch durch die Farben und Elektronen, durch die Märchen und Gesänge des Tele-Zeitalters, da ging es drunter und drüber, ein herzzerreißender Zirkus tat sich da zusammen, und – man staune – vom allerbesten Handwerk, das ja auch auf dem Schirm einen goldenen Boden hat. Es wurde getanzt und gealbert, es wurde gezaubert, daß sich die elektronischen Regenbögen bogen, kurz: Der solcherart aktivierte Bob Rooyens tat was er konnte, er setzte mit Routine und Einbildungskraft seine Visionen in Kraft und damit auf den Weg in unsere Guten Stuben, auf daß sich dort der Einheitsschlaf der Television beschämt entferne.

Was ich noch sagen wollte: Was sollte da der liebe Gustl Bayrhammer als Cicerone? Er wirkte doch eher als – frei nach Brecht – Verfemdungs-Effekt. VALENTIN POLCUCH

Keineswegs vergessen

Das Gesetz einer permanenten inneren Dialektik waltete in dem 45-Minuten-Film **„Verfemt oder vergessen? Carl von Ossietzky"** (ARD) von Heribert Schwan. Da diente der Titel – ohne Fragezeichen – als Rechtfertigung für Konzeption und Produktion, als eine von Anfang bis zum Ende beherrschende These, die allerdings immer wieder von dokumentierten Fakten widerlegt wurde.

Da weiht Klaus von Dohnanyi eine Ossietzky-Bibliothek ein, da trägt eine Berliner Schule seinen Namen, ist sein Leben Gegenstand wissenschaftlicher Forschung: Es kann doch nicht geleugnet werden, daß die Nachwelt ihm Kränze flicht. Und dies zu Recht – mag er auch, was der Film verschweigt, 1932 eine Präsidentschaft von Ernst Thälmann befürwortet und mitunter über demokratische Institutionen nicht nur kritisch, sondern auch hämisch geurteilt haben. Trotz seiner falschen Grundthese und seiner glorifizierenden Einseitigkeit war Schwans Film keineswegs überflüssig. Doch bleibt die Frage: Wann kümmert sich der WDR um die wirklich oder fast Vergessenen: Ludwig Quidde etwa, auch ein Friedensnobelpreisträger, Friedrich Stampfer, Friedrich Muckermann, Theodor Wolff – antinazistische Publizisten, die heute kaum noch jemand kennt.

GISELHER SCHMIDT

Magnet für die Massen

Was die Franzosen gerne von sich selber glauben und alle Welt von den Italienern sagt – das trifft in Wahrheit auf die Griechen zu: daß sie in öffentlichen Angelegenheiten eine Leidenschaftlichkeit entfalten, die ihresgleichen sucht; ja, daß sie am Ende sogar dazu neigen, den Grad der emotionalen Aufwallung für den Erweis der Richtigkeit und Triftigkeit einer Politik zu halten. Nirgendwo in Europa, das hat Karl Heinz Schwab trefflich ins Bild gesetzt (**„Der unberechenbare Europäer"**, ZDF), gibt es temperamentvollere Massenkundgebungen.

Aber nirgendwo auch gibt es zur Zeit einen Mann, der die Massen ähnlich magnetisch anzieht wie der Griechen-Premier Andreas Papandreou – ein herrischer Typ, ein raffinierter Volkstribun, ein blitzgescheiter Wirtschaftswissenschaftler von internationalem Rang und – westlichen Medien wenigstens – lange schon ein unsicherer Kantonist. Wird er sein Land aus der Westbindung lösen, also NATO und EG verlassen? Schwab fand eigentlich nur Gesprächspartner, die diese Frage verneinten, die Verlegerin Vlachou etwa oder den ehemaligen (konservativen) Außenminister Mitsotakis. Nach ihrer Meinung macht Papandreou. hinter dem Vorhang einer linken Rhetorik pragmatische Politik.

Bleibt eine Feststellung, die auch für Bonn gelten könnte: Die große Wende (Papandreou-Slogan) wird noch immer geprobt.

HORST STEIN







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 **Sesamstraße**
10.00 **Tagesschau, Tagesthemen**
10.23 **Blau ist der Himmel**
12.10 **Kontakte**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

ARD

16.10 **Tagesschau**
16.15 **Heinrich Harrer berichtet**
Wiedersehen mit Tibet
17.00 **Denkste?!**
17.50 **Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **New York, New York**
Sendung von Werner Baecker
Als sie vor mehr als 20 Jahren mit der christlichen Seefahrt zu tun hatten, hießen sie Siegfried Fischbacher und Uwe Horn. Heute, in Las Vegas, nennen sie sich Siegfried und Roy, und sie wurden, ohne jede Übertreibung, die erfolgreichsten Show-Stars, die man zur Zeit im Spielerparadies am Rande der Wüste bewundern kann. Sie haben alles erreicht, wovon zwei ehemalige Stewards auf der „Bremen" geträumt haben könnten: Beifall, Ruhm und sehr viel Geld. Zweimal erhielten sie den für Las Vegas begehrenswerten Titel „Entertainer des Jahres" Daß man in Deutschland über die märchenhafte Karriere von Siegfried und Roy relativ wenig weiß, liegt u. a. auch an ihren exklusiv-Verträgen mit den Super-Managern Irving und Kenneth Feld, die nebenbei auch für den andauernden Erfolg der „größten Schau der Welt", also für den Ringling Brothers and Barnum and Bailey Circus, zuständig sind.
21.00 **Report**
Themen: Gibt es zu wenig Organspender oder kümmern sich die Ärzte zu wenig um Spenderorgane? / Der „atomare Winter" nach einem Nuklearkrieg – Fragen an den Meteorologen Prof. Paul Crutzen / Arbed-Saarstahl-Mitarbeiter und ihr Wirtschaftsminister
Moderator: Franz Alt
21.45 **Dallas**
Der Schachzug
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Deutsches Pop-Nachwuchs-Festival 1983**
Ausschnitte aus den Konzerten in Würzburg
01.00 **Tagesschau**

ZDF

13.45 **Zirkus, Zirkus**
Präsentation: Freddy Quinn
15.15 **Die Großen und die Kleinen**
Gabriele Wohmann und die Zwillinge Delia und Miriam Bepour
16.00 **Kinder-Studio I**
Schüler der Gesamtschule Bleidenstadt stellen sich vor
16.10 **Löwenzahn**
Peter kämpft mit den Holzwürmern
16.40 **Kinder-Studio II**
17.10 **Mandara**
17.35 **Kinder-Studio III**
18.00 **heute**
18.05 **Ausgerechnet Geige**
Schüler fragen Itzhak Perlman
Pianist: Bruno Canino
19.00 **heute**
19.30 **Vorsicht – Musik!**
Hits mit Witz, vorgestellt von Frank Zander

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.15 **Moonchild**
Chris Carlsons Weg aus der Sekte
Mit Chris Carlson, Michael Daly, Ann Daly u. a.
Der 18jährige Chris Carlson wird entführt, als er in San Francisco Blumen für ein „Jugendhilfwerk" verkauft. Die Entführer: Seine Mutter, ihr Anwalt und Chris' Freund Mike, ein ehemaliger Angehöriger der Moon-Sekte, bringen ihn in ein abgelegenes Motel. Während sie sich um Chris bemühen und versuchen, mit ihm ein Gespräch zu führen, zeigt eine Rückblende wie Chris vor einem Jahr in San Francisco von Annie zu einem Wochenende auf eine Farm eingeladen wurde
21.00 **heute-journal**
21.20 **Die große Sehnsucht**
Warum Jugendsekten Zulauf haben
23.15 **Mann, du bist ja Klasse**
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 **heute**



Annette O'Toole und Robby Benson spielen die Hauptrollen in dem amerikanischen Spielfilm „Mann, du bist ja Klasse", um 23.15 Uhr im ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 **Telekolleg**
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Tier-Report**
Seeadler für Nordeuropa
21.00 **Weltreise (8)**
21.45 **Die Verurteilung des Otto Fischer**
22.15 **Deutscher Alltag**
Porträts der Karikaturistinnen Marie Marcks aus Heidelberg und Elisabeth Shaw aus Ost-Berlin
23.00 **Sonderkommando Drogenfahndung**
23.45 **Letzte Nachrichten**

NORD
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Mit Weltenbummlern unterwegs (6)**
19.00 **Weltwunder der Technik (5)**
19.30 **Ökoland (5)**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Opfer sein – ein Zufall? (5)**
21.00 **Nahaufnahme**
21.45 **Mit Paragraphen leben** [illegible]
22.30 **Das schwarze Kabinett**
Zeuge gesucht
Amerik. Spielfilm, 1944
23.55 **Letzte Nachrichten**

HESSEN
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Marco**
18.55 **Paddington**
19.00 **Tier-Report**
19.45 **Praktische Tips**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **In heimlicher Mission**
21.00 **Drei aktuell**
21.15 **Fernsehfilme nach Th. Fontane (7)**

SÜDWEST
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Telekolleg**
Nur für Baden-Württemberg
19.00 **Die Abendschau im Dritten**
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 **Abendschau Blick ins Land**
Nur für das Saarland
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 **Nachrichten**
19.30 **Die Sprechstunde**
Autogenes Training
Nur für Baden-Württemberg
20.15 **Heute in ...**
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 **Kulturkalender**
21.00 **Landesspiegel**
Nur für das Saarland
20.15 **Magazin Saar 3**
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 **An einem Tag wie jeder andere**
US-Spielfilm, 1955
23.05 **Avanti! Avanti! (10)**

BAYERN
18.15 **Die Sendung mit der Maus**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Von der Ostkirche lernen**
19.30 **Laurie-Anderson-Special**
20.15 **Unser Land**
20.45 **Rundschau**
21.00 **Die Sprechstunde**
21.45 **Z. E. N.**
21.50 **Die Schnüffler**
22.35 **Im Gespräch**
23.35 **Rundschau**

NACHRICHTEN

Hoffen auf Schnee

Schladming (dpa) – Die Organisatoren der ersten Abfahrt im Ski-Weltcup der Männer, die am Sonntag in Schladming stattfinden soll, hoffen auf Schnee. Heute soll die Entscheidung darüber fallen, ob ein Abfahrtslauf oder nur ein Riesenslalom ausgetragen werden kann.

Behle in guter Form

Geilo (sid) – Jochen Behle, der beste deutsche Ski-Langläufer, befindet sich bereits in guter Form. Bei einem Testrennen über 16 Kilometer in Geilo (Norwegen) belegte er hinter Gunde Swan (Schweden) und Lars-Erik Eriksen den dritten Platz und ließ dabei so starke Läufer wie die Olympiasieger Thomas Wassberg (Schweden) und Juha Mieto (Finnland) hinter sich.

Cosmos lockt Pelé

Rio de Janeiro (sid) – Der frühere Fußball-Weltstar Pelé soll Cosmos New York aus der Krise helfen. Der Verein machte dem Brasilianer das Angebot, für umgerechnet 13 Millionen Mark im nächsten Jahr ein Comeback zu feiern. Der 43 Jahre alte Pelé hat sich bis Mitte Dezember Bedenkzeit erbeten.

Brock Weltmeister

Bridgetown/Barbados (sid) – Der 21 Jahre alte Bundeswehrsoldat Ralf Brock aus Arnsberg gewann vor Barbados den Weltmeistertitel in der nicht-olympischen Windsurfer-Klasse. Brock lag nach sieben Wettfahrten in der Schwergewichts-Klasse (über 74 kg) mit 19,7 Punkten deutlich vor dem Amerikaner Nevis Sayre (27,7) und Tim Aagensen aus Dänemark (43,4).

Vertrauensfrage

Hamburg (sid) – Philipp Fürst, Cheftrainer der deutschen Kunstturner, hat die Vertrauensfrage gestellt. Eduard Friedrich, Direktor im Bundesausschuß für Leistungssport, hatte die Leistungen der Turner bei den Weltmeisterschaften in Budapest (Olympiaqualifikation mit Platz acht in der Mannschaft) in einem Zeitungsinterview als „Frechheit" bezeichnet.

Basketball-Pokal

Hamburg (sid) – Aufsteiger Giants Osnabrück gegen Saturn Köln – das ist das Schlagerspiel des Achtelfinales im deutschen Basketball-Pokal. Die Auslosung ergab außerdem folgende Paarungen: BBC Linz – Bayern München, BG Hagen – TSV Hagen, Bamberg – USC Heidelberg, Schalke 04 – Göttingen, Gießen – Bayreuth, Wolfenbüttel – Charlottenburg, SSV Hagen – TuS Leverkusen.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 27. Spieltag: Schwenningen – Mannheim 4:3, Iserlohn – Rießersee 2:3, Kaufbeuren – Düsseldorf 5:3, Freiburg – Köln 2:5, Rosenheim – Landshut 3:0.

1. Landshut	29	18	3	8	132: 88	39:19
2. Mannheim	27	18	2	7	137: 81	38:16
3. Rosenheim	27	15	8	4	113: 82	38:16
4. Köln	27	15	3	9	112: 90	33:21
5. Freiburg	28	11	5	12	87:110	27:29
6. Schwenningen	27	11	4	12	94:83	26:28
7. Kaufbeuren	26	9	4	13	102:126	22:30
8. Iserlohn	27	9	3	15	92:102	21:33
9. Düsseldorf	27	7	3	17	75:122	17:37
10. Rießersee	27	5	1	21	80:140	11:43

RADSPORT

Sechstagerennen in Gent, Endstand: 1. Pijnen/de Wilde (Niederlande/Belgien) 258 Punkte, 2. Thurau/Fritz (Deutschland) 206, zwei Runden zurück: 3. Vaarten/Costermans (Belgien) 285, 4. Frank/Turnee (Dänemark/Belgien) 215, drei Runden zurück: 5. Heirweg/Wiggins (Belgien/Australien) 134, vier Runden zurück: 6. Schütz/Colijn (Deutschland/Belgien) 168.

REITEN

CSI in Brüssel, Weltcupspringen: 1. Pyrath (Großbritannien), Towerlands Anglezarke, 0 Fehlerpunkte/30,20 Sekunden, 2. Rüping (Deutschland), Silbersee, 0/30,30, 3. Edgar, Forever, 4/27,13, 4. Broome (beide Großbritannien), Last Resort, 4/27,13, 5. Frühmann (Österreich), Bandit, 4/30,69, 6. Schockemöhle (Deutschland), Deister 8/31,23, alle im zweiten Stechen. – Stand nach drei Konkurrenzen der Europaliga: 1. Skelton (Großbritannien) 43 Punkte, 2. Frühmann 40, 3. Edgar 38, 4. Rüping 37.

FECHTEN

Erstes Florett-Weltcup-Turnier in Wien, Viertelfinale: Scuri (Italien) – Gosbee (England) 10:8, Romankow (UdSSR) – Cervi (Italien) 6:10, Behr (Deutschland) – Cipressa (Italien) 11:12, Hein (Deutschland) – Numa (Italien) 10:2. – Halbfinale: Cervi – Scuri 10:4, Hein – Cipressa 10:5. – Um Platz drei: Cipressa – Scuri 10:8. – Finale: Cervi – Hein 10:8.

GEWINNZAHLEN

Toto: 6 aus 45: 13, 21, 24, 28, 36, 43, Zusatzzahl: 9. – Rennquintett, Rennen A: 5, 13, 1. – Rennen B: 28, 27, 35.

(Ohne Gewähr)

IM BLICKPUNKT / Kranker Schwimm-Weltrekordler – Eishockey-Taktiker aus der CSSR – Golf-Sieger aus Augsburg

Michael Groß: Schonung tut jetzt not

DW. Bonn

Wenn der Name Michael Groß fällt, keimt im Deutschen Schwimm-Verband (DSV) Euphorie auf. Schwimmwart Jürgen Kozel sagt: „Das ist phantastisch! Ich bin überzeugt, daß Michael für Olympia auf dem richtigen Weg ist."

Was da phantastisch ist, scheint die Worte zu belegen: Weltmeister Groß erreichte beim Vorkampf der deutschen Mannschafts-Meisterschaft in Schwäbisch Gmünd über 200 m Schmetterling in 1:56,1 Minuten Weltbestzeit für 25-Meter-Bahnen. Und über 200 m Freistil schwamm er in 1:44,9 Minuten die zweitbeste Kurzbahn-Zeit, die jemals gestoppt wurde (schneller war nur er selbst am 27. November 1982).

Auf dem richtigen Weg? Diese Leistungen – erstaunlich genug – erreichte ein Michael Groß, dem das Wasser fast schneller aus der Nase lief als er schwimmen konnte. Der 19 Jahre alte Abiturient ist erkältet. Wieder einmal mußte er seinen Körper mit Antibiotika in die Lage versetzen, überhaupt noch so zu reagieren, wie er es sich im Sinne seiner Mannschaft wünscht. Doch jetzt reden seine



Michael Groß: Weltklasse trotz Erkältung. FOTO: PERENYI

Freunde bereits von Raubbau an seinem Körper. Er solle sich schonen, weil olympisches Gold wichtiger sei als Siege für den EOSC Offenbach.

Wer Groß an der sportlichen Ehre packen will, braucht ihn nur darauf hinzuweisen, daß er wichtiges Mitglied eines Teams sei. Wohl deshalb redet Bundestrainer Manfred Thiesmann schon jetzt davon, daß der zweite Platz für die Mannschaft der Bundesrepublik beim Europacup in Ankara (17. und 18. Dezember) nicht zu halten sei.

Warum sollte er auch mit Erkältung und Medikamenten im Leib? Schonung tut not für einen möglichen Olympiasieger.

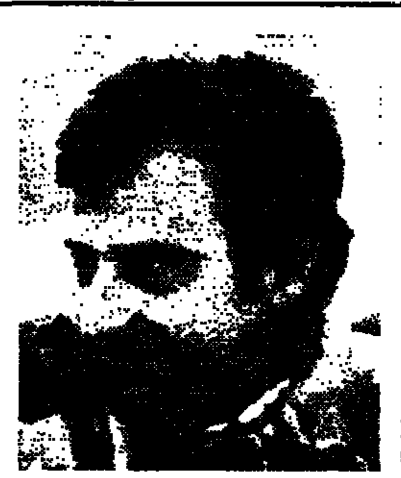
Pawel Wohl: Torjäger aufs Eis gelegt

dpa, Rosenheim

Wenn tschechoslowakische Trainer mit ihren Mannschaften in der Eishockey-Bundesliga aufeinandertreffen, dann wird die oft rauhe und rohe Sportart zu einem Intelligenzspiel der Taktiker. Beim 3:0 des SB Rosenheim gegen den Meister Landshut, wagte Pavel Wohl gegen Jaroslav Pitner einen gewagten Schachzug, der aber spielentscheidend sein sollte.

Dem Landshuter Torjäger Erich Kühnhackl stellte der Rosenheimer Trainer Wohl seinen Torjäger Erich Höfner zur Seite. So schalteten sie sich gegenseitig aus, aber Höfner hatte die besseren Mitspieler, die dann drei Treffer erzielten.

Jaroslav Pitner mußte sich geschlagen geben: „Rosenheim war kämpferisch und läuferisch besser." Zur Entschuldigung führte er die Verletzungen in seiner ersten Sturmreihe an: „Kühnhackl hatte Rückenschmerzen, Steiger eine Fersenverletzung und Pytel war nicht im Vollbesitz seiner Kräfte." Den Landshutern war deutlich die Angst vor der Heimstärke des Meisters von 1982 anzumerken.



Pawel Wohl: Doktorarbeit über Eishockey-Torwarte. FOTO: RAUCHENSTEINER

In der Abwehr setzt vor allem ein Spieler die Glanzlichter: Nationaltorwart Karl Friesen. Trainer Pavel Wohl verbindet mit der Leistung seines Torwarts angenehme Erinnerungen. Schließlich war er drei Jahre lang bei Dukla Iglau in der CSSR ausgerechnet von seinem jetzigen Landshuter Konkurrenten Jaroslav Pitner trainiert worden. Mit dieser Erfahrung hat er dem großen Talent Karl Friesen zur heutigen Spitzenklasse verhelfen können. Über Torwarte hat Pavel Wohl auch seine Doktorarbeit in der CSSR geschrieben. Das Thema: „Reaktionszeit bei Torleuten."

Langer: Lob von Weltstar Jack Nicklaus

DW. Stuttgart

An sein erfolgreiches Jahr 1981 hat sich der Golf-Profi Bernhard Langer bislang immer orientiert – damit ist es jetzt aber vorbei. Denn in dieser Saison ist Langer viel stärker. Sein Bruder Erwin meint: „1981 ist jetzt auf jeden Fall nicht mehr sein bestes Jahr." Erst am Wochenende gewann Bernhard Langer ein Turnier und kassierte in Kagoshima (Japan) eine Siegprämie von umgerechnet rund 120 000 Mark.

Die Bilanz des Jahres 1983, die Langer in Neuseeland und in seiner zweiten Heimat Florida abschließen wird, stellt in der Tat diejenige von 1981 weit in den Schatten: Mit den Offenen Meisterschaften von Italien und Glasgow, den europäischen Spielermeisterschaften, einem Einladungsturnier in Madrid und eben jener Sieg in Japan gegen starke Konkurrenz hat er fünf Erfolge neben einer Gewinnsumme von weit über 500 000 Mark verbucht.

„Bernhard hat jetzt ein sehr großes Selbstbewußtsein erreicht. Es war selbst für mich verblüffend, wie lokker und gleichzeitig stark er beim Ryder-Cup auftrat", sagt Erwin Lan-



Bernhard Langer: Siegeskuß von der Braut Vicky. FOTO: UPI

ger über seinen prominenten Bruder Bernhard. Gerade bei diesem Vergleich zwischen Amerika und Europa spielte Langer im Oktober gekonnt wie nie zuvor. Jack Nicklaus, Team-Kapitän der USA im Ryder-Cup, stufte den blonden Deutschen unter die zehn besten Spieler der Welt ein.

Das gestiegene Selbstbewußtsein von Langer hängt sicherlich mit der auf ihn ausstrahlenden Ruhe seiner Verlobten Vicky Lopez zusammen. Die 25 Jahre alte Stewardeß aus Florida ist fast bei allen Turnieren dabei und wird es vermutlich auch in der nächsten Saison sein – wenn sie Bernhard Langer geheiratet hat...

Die GALOPP-Kolumne der WELT

Wie Vicky Furler ihrem Vater Adolf bewies, was Damen leisten können...

Siegerin des Damenwettbewerbs um den Preis der Perlenkette auf der Neusser Galopprennbahn wurde **Gudrun Heitz-Burst** (24) aus Iffezheim mit 19 Punkten vor **Alexa Gräfin Solms-Hadik** aus Frankfurt/Main mit 15 Punkten. **Viktoria Furler** aus Kerpen und **Heide Zahn** aus Alpen am Niederrhein teilten sich den dritten Platz mit je 14 Zählern.

Gudrun Heitz-Burst ist die Tochter des Iffezheimer Rennbahnverwalters Rudolf Heitz, seit wenigen Wochen ist sie verheiratet. Vicky Furler gewann am Entscheidungstag einen Wertungslauf mit ihrer Stute Overa. Es war ausgerechnet ein Rennen über 3000 Meter, gegen das sich ihr Vater, der Fernseh-Kommentator **Adolf Furler**, in einer ständigen Kolumne der Toto-Lotto-Zeitung „Glück" vehement wehrte, weil Rennen über derart lange Distanzen für die Damen viel zu anstrengend seien.

*

Die deutschen Vollblutzüchter unternehmen nach den Niederlagen der laufenden Saison in internationalen Prüfungen erste Anstrengungen, um langfristig den Anschluß an den internationalen Standard nicht gänzlich einzubüßen. Zwei ausländische Deckhengste stehen demnächst in deutschen Gestüten. Der zehn Jahre alte Fuchshengst Gunner B, bislang in Lincolnshire in Nordengland stationiert, ist bereits im Union-Gestüt in Merten an der Sieg eingetroffen. Gunner B hat in seiner Rennlaufbahn 15mal gewonnen.

Das Gestüt Pfauenhof in Utzerath in der Eifel importierte den Franzosen Baly Rockette, der 1975 in Iffezheim das Oettingen-Rennen gewann. Dabei schlug er *Garzer*, der später Deckhengst auf dem Pfauenhof wurde, dort aber an einer rätselhaften Vergiftung einging.

Garzer war damit der vierte Deckhengst in relativ kurzer Zeit, der dort nicht überlebte. 1976 zog sich Uditore beim Deckakt mit der Stute Gilde einen Splitterbruch zu und mußte eingeschläfert werden. Uditores Nachfolger Benedikt verletzte sich in seiner Box so schwer, daß auch er von seinem Leiden erlöst werden mußte. Dann kam Rubens in das Eifeldorf, erlitt eine Kolik und erwachte in der Tierklinik in Gießen nicht mehr aus der Narkose.

Neben Baly Rockette deckt auch der Europa-Preis-Sieger Ebano dort. Gestütsbesitzer **Egon Kesslers** Ehefrau **Dorle** war nach der unheimlichen Todesserie der vier Deckhengste derart entnervt, daß sie den katholischen Utzerather Dorfpfarrer bat, doch den Deckhengstestall einzusegnen. Der Geistliche trat sofort in Aktion, obwohl die Kesslers einer anderen Konfession angehören...

*

Im Landhaus Scherrer in Hamburg wurde gestern der neue Geschäftsführer des Hamburger Renn-Clubs, **Jürgen von Sichart**, offiziell vorgestellt. Er war zuvor in Bremen und Düsseldorf tätig. Verabschiedet wurde **Heinz Kütemann**, der sich jetzt nur noch der Geschäftsführeraufgabe in Gelsenkirchen-Horst widmet. Direktoriumsgeneralsekretär **Hans-Heinrich von Loeper** forderte bei dem Empfang in dem Hamburger Nobelrestaurant, daß die Geschäftsführer in Zukunft innerhalb der oftmals schwachen, ehrenamtlichen Vorstände mehr Kompetenzen zugeteilt bekommen sollen.

*

Die vierjährige Stute All Along, Siegerin in den drei Rennen um die „North-American-Triple" und im Arc de Triomphe von Paris, hat dabei in nur 42 Tagen 5,5 Millionen Mark gewonnen. Pro gelaufenen Meter bedeutet das einen Gewinn von 560 Mark. – Jockey **Peter Remmert** (44) hat gegen seine Sperre von sechs Wochen durch den Ordnungsausschuß des Direktoriums Berufung beim Renngericht eingelegt.

*

Das Kölner Direktorium hat die Ermittlungen im Fall der angeblichen Pferdeverwechselung Schützenkette / Sandina am 30. Oktober 1983 in Hannover aufgenommen. Für Schützenkette soll angeblich die leistungsstärkere Sandina gelaufen sein. Sie wurde trotzdem nur Vierte. Für verwertbare Hinweise ist der Galopperverband inzwischen auch bereit, Belohnungen zu zahlen. Schützenkettes Besitzertrainer, **Wilfried Krawczyk** aus Krefeld ist derzeit unauffindbar, ebenso die Stute Sandina.

*

Ein Pferderennen mit zahlreichen Stars der Vergangenheit fand vor zwei Wochen auf der Rennbahn im englischen Ascot statt. Allerdings wurde es nur von einem Computer simuliert. Alle Stärken und Schwächen der teilweise schon nicht mehr lebenden Pferde wurden in den Computer eingegeben. Veranstalter des ungewöhnlichen Wettbewerbs war die Boulevardzeitung „The Sun", die Leser mußten den Einlauf der ersten Sechs tippen. Es gewann der 30:10-Favorit Sea Bird mit einer halben Länge Vorsprung vor Vaguely Noble, dahinter kamen Troy und Ribot ins Ziel.

KLAUS GÖNTZSCHE

Kritik aus Paris: Derwalls „Kameraderie-Verein"

Warum, mag jetzt mancher denken, geht es hier schon wieder einmal um die deutsche Fußball-Nationalmannschaft. Das Thema sei doch für 1983 abgehakt, es könne nur noch besser werden – hoffen wir darauf.

Doch was hierzulande Dauerbrenner war, wird erst jetzt einer bei unseren Nachbarn. Verblüfft reiben sich zum Beispiel die Franzosen die Augen. Mag sein, daß sie als Veranstalter der Endrunde der Europameisterschaft ein besonderes Interesse am Titelverteidiger haben. Eines ist es wohl nicht: die kollegiale Hilfe für deutsche Sportjournalisten, die so langsam in den Ruf kommen, sie seien ein Rudel zähnefletschender Hunde, die den Hasen Jupp jagten. (Vielleicht sollte man Fernsehübertragungen von Länderspielen verbieten, damit nicht jeder nachprüfen kann, was geschrieben steht.)

Die Pariser Zeitung „Le Matin" schrieb gestern, die deutsche Mann-

STANDPUNKT

schaft sei nur noch ein Schatten ihrer selbst. Das ist auch jenseits unserer Grenzen sehr leicht an Ergebnissen abzulesen und wäre allein auch nichts Besonderes.

Interessant aber ist diese Einschätzung: Bundestrainer Jupp Derwall habe aus der Nationalmannschaft eine Art „Kameraderie-Verein" gemacht, in dem Niederlagen nicht mehr als Niederlagen betrachtet würden, sondern als „momentane psychologische Probleme". Die früher in aller Welt gelobten deutschen Eigenschaften wie Temperament, Kampfgeist, Siegeswillen und Improvisation würden unter Derwall vernachlässigt.

Das Ergebnis dieser Analyse sieht für die Zeitung so aus: „Die Deutschen denken nur noch an Gruppenpsychologie, gesundes Essen und taktische Überlegungen, vergessen aber das Wichtigste beim Fußball: Kampfgeist und Spielfreude. Man hat oft den Eindruck, daß die Deutschen sich beim Spielen selbst betrachten. Das bremst sie und führt nur zu mittelmäßigen Ergebnissen."

So sieht es eine französische Zeitung. Daß sie dabei auch feststellt, „sportmedizinische Überlegungen" würden übertrieben, soll sie nicht gleich als Organ der Unwissenheit ausweisen – diese Überlegungen spielen nämlich viel zu selten bei Jupp Derwall eine Rolle. Das Stichwort heißt „Kameraderie-Verein". Schön, daß das auch mal von außen beobachtet wird. Jede Kritik wird bei uns nämlich mit dem Hinweis beantwortet, viele andere Länder leckten sich die Finger nach Derwalls Mannschaft. Die Franzosen offensichtlich nicht...

DW.

SCHACH / Abbruch der 4. Partie mit leichten Vorteilen für Kortschnoi

„Risiko paßt noch nicht in meinen Plan"

DW. London

Die vierte Partie des Halbfinal-Kampfes im Schach-Kandidatenturnier zwischen Viktor Kortschnoi und Gari Kasparow wurde in London nach dem 41. Zug abgebrochen.

Interessant, daß der 20 Jahre alte Kasparow, der als klarer Favorit galt, erneut um ein Remis kämpfen muß. Nachdem Kasparow die erste Partie verloren hatte, besitzt der 32 Jahre ältere Kortschnoi eine psychologisch offensichtlich bessere Ausgangsposition. Das zeigt sich auch in einem Kurzkommentar Kortschnois zum Spielverlauf der vierten Partie bis zum Abbruch. Er sagte zur WELT: „Ich hätte durch ein schärferes Spiel vielleicht einen deutlicheren Vorteil erreichen können. Dies wäre jedoch mit einem erheblichen Risiko verbunden gewesen. Und das paßt zu diesem Zeitpunkt des Wettkampfes nicht in meinen Plan."

Aus diesen selbstbewußten Worten des immer noch 2:1 führenden Kortschnoi läßt sich ableiten, daß der in der Schweiz lebende ehemalige sowjetische Großmeister sein Repertoire noch nicht erschöpft hat.

Kortschnoi spielte mit den weißen Steinen. Zur Zeit des Abbruches besaß er folgende Figuren: Ke3, Td4, Bauern a4, b2, c5, e4, f4, h2. Kasparows Stellung vor der Abgabe seines 41. Zuges: Ke6, Tb8, Bauern a6, b4, c7, f5, g5, h6.

● **WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman** kommentiert die Abbruchstellung so: „Kortschnoi steht wesentlich aktiver. Aber mit dem wahrscheinlichen Abgabezug gxf4+ nebst Abtausch auf e4 kann Kasparow offensichtlich ein Remis halten."

Bukarest und Sofia werben um Albanien

AFP, Wien

Nach der Sowjetunion haben sich nun auch Bulgarien und Rumänien für engere Beziehungen zu Albanien ausgesprochen. In einem Kommentar zum albanischen Nationalfeiertag erinnerte das bulgarische Parteiblatt „Rabotnitchesko Delo" an den 12. Parteitag der bulgarischen KP von 1981, auf dem das „aufrichtige Bestreben Bulgariens, engere Beziehungen zu Albanien zu knüpfen" zum Ausdruck gekommen sei. Das Parteiorgan meinte dazu, daß dieser Annäherung „in einer Zeit, in der der Imperialismus den Frieden bedroht, eine besondere Bedeutung zukommt".

In der rumänischen Parteizeitung „Scinteia" war von der freundschaftlichen Einstellung" des rumänischen Volkes gegenüber dem albanischen die Rede. Das Blatt lobte die „revolutionären Veränderungen in allen Bereichen unter der Führung der albanischen Arbeiterpartei".

Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hatte zuvor eine Glückwunschbotschaft an den albanischen Staatschef Ramiz Alia, nicht jedoch an den Parteiführer Enver Hodscha gerichtet.

Peking ließ Bürgerrechtler frei

AFP, Peking

Ren Wanding, einer der Initiatoren des „Pekinger Frühlings" – der Ende 1978 entstandenen Dissidentenbewegung in der Volksrepublik China –, ist nach vier Jahren Gefängnis im April diesen Jahres freigelassen worden. Das wurde erst gestern in Peking bekannt. Ren, der durch seine Forderung nach Respektierung der Menschenrechte in China bekannt wurde, war nie gerichtlich verurteilt worden.

Der aus einer Intellektuellen-Familie stammende 39jährige Techniker war am 4. April 1979 in Peking verhaftet worden. Der Leiter der „Allianz für die Menschenrechte" hatte mit einer Wandzeitung Aufsehen erregt, auf der er unter anderem freie Wahlen in China, die Bekämpfung der Korruption und die Abschaffung der Geheimpolizei forderte.

Im „Pekinger Frühling" hatten sich Hunderte von zumeist jungen Intellektuellen und Arbeitern mit Wandzeitungen an die Öffentlichkeit gewandt. 1979 wurde die Bewegung verboten, und ihre Anführer wurden verhaftet.

Lambsdorff spricht von ‚Hinrichtungsjournalismus'

Entscheidung der Staatsanwaltschaft Bonn heute erwartet

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft will heute offiziell mitteilen, ob sie gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und andere im Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre Anklage erhebt. Sie will dabei ausführlich über die Ergebnisse der zweijährigen Ermittlungen unterrichten. In den vergangenen Wochen hatte sich auch die Kölner Generalstaatsanwaltschaft als vorgesetzte Dienststelle mit den Untersuchungen befaßt und die Frage einer Anklageerhebung geprüft.

Lambsdorff selbst setzte sich gestern öffentlich zur Wehr. In einer Presseerklärung bezeichnete er dabei einen jüngsten Bericht im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" als „Hinrichtungsjournalismus". Den Lesern werde „ein Gemisch aus Halbwahrheiten und Unwahrheiten angeboten".

Zuvor hatte er im FDP-Parteipräsidium zu den jüngsten vom „Spiegel" verbreiteten Vorwürfen der Vorteilsnahme Stellung genommen. Während der rund 30minütigen Beratung wies Lambsdorff darauf hin, daß in dem Magazin wie schon des öfteren Protokollauszüge aus den Ermittlungsakten nur auszugsweise veröffentlicht worden seien. Es seien nur belastende Punkte angeführt worden, man habe also einseitig informiert. Denn die von ihm zu seiner Entlastung auf die Vorhaltungen der Staatsanwaltschaft gemachten Aussagen, die ebenfalls in den Akten stünden, seien nicht erschienen. Dabei nahm der Minister nach Angaben von Teilnehmern zu einzelnen Fragen detailliert Stellung.

Aufgrund seiner Erläuterungen herrschte gestern in FDP-Kreisen der Eindruck vor, daß eine Anklageerhebung wegen Vorteilsnahme noch offen sei. Die Chancen, so hieß es, stünden nicht schlecht. Auf der Sitzung wurde auf eine weitere Solidaritätserklärung für Lambsdorff verzichtet. Verwiesen wurde auf die klaren Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, der sich auf dem Karlsruher Parteitag unter starkem Beifall vor den Minister gestellt hatte.

In seiner Presseerklärung schrieb Lambsdorff, daß der „Spiegel" sich „vom Titelbild bis zur letzten Zeile seiner Darstellung ein Ausmaß an Vorverurteilung" leiste, „das es selbst in dieser Sache vorher nicht gegeben hat". Dieser „Versuch erneuter massiver Einflußnahme" sei nach der Ankündigung der Düsseldorfer Justizbehörden zu erwarten gewesen, daß die Generalstaatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren in sachlicher und rechtlicher Hinsicht sorgfältig prüfe.

‚Um Deutschlands Zukunft'

‚New York Times' zur Raketendebatte in der Bundesrepublik

DW. New York

Bei der gegenwärtigen sowjetischen Kampagne gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa geht es nach Meinung der „New York Times" in Wirklichkeit nicht um diese Waffensysteme, sondern um die Zukunft Deutschlands. In einem Leitartikel heißt es unter anderem: „Vor sechs Jahren drängte Schmidt, damals noch Bundeskanzler, auf Installierung der neuen Waffen. Jetzt enthielt er sich, am Laufe der Dinge verzweifelnd, der Stimme." Die SPD und die Grünen hätten sogar gegen die Nachrüstung gestimmt. Aber nicht nur das, so die „New York Times", sie gäben sich auch dem Traum hin, daß die Zukunft Deutschlands, und seine Wiedervereinigung, in der Neutralität zwischen Ost und West gefunden werden könnte.

„Als die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sich verschlechterten, begannen die Russen, die Haar-Risse in der NATO auszunutzen. Sie erweckten bei den Westdeutschen die Vorstellung, daß sie die Wahl hätten zwischen ständiger Gefährdung innerhalb der NATO und einer sicheren Neutralität, die zu irgendeiner Art von Wiedervereinigung mit Ostdeutschland führen könnte."

Die Zeitung nennt dann die Vorstellung „absurd", die Russen würden die „DDR" fahren lassen, falls sich die Bundesrepublik Deutschland der Neutralität zukehrte.

USA und Israel hoffen auf Hussein

● Fortsetzung von Seite 1

wollen. Das Dokument wurde kaum zwei Wochen alt, da sah sich Reagan bereits gedrängt, es auszusetzen als amerikanische Antwort auf die israelische Annexion der Golan-Höhen.

Der neue Anlauf zur Zusammenarbeit legt also beiden Partnern die Pflicht zu ernsthaftem Ausgleich ihrer oft gegensätzlichen Impulse auf. Jenseits der Libanon-Frage bleiben nämlich genügend strittige Themen zwischen Washington und Jerusalem bestehen. Seine engen Beziehungen zu den gemäßigten arabischen Staaten – Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, die Scheichtümer – wird das Weiße Haus nicht gefährden wollen. Die Israelis pochen darauf, daß diese Beziehungen nicht nur auf der Schiene amerikanischer militärischer Hilfe laufen können. Vielmehr müßten die USA mehr Druck in Richtung politischer Lösungen entfalten.

Beide, Israelis und Amerikaner, hoffen auf König Hussein und seine Bereitschaft, sich dem Dialog um die Zukunft der seit 1967 besetzten arabischen Gebiete, die Zukunft der Palästinenser in diesen Gebieten, anzuschließen. Aber die Israelis erwarten eine Beteiligung des jordanischen Monarchen an den Autonomie-Gesprächen entsprechend den Vorkehrungen, die das Camp-David-Abkommen dafür geschaffen hat. Die Amerikaner hingegen hängen den Friedensplan Reagans an, der von vornherein eine Assoziation des Westjordan-Ufers mit Jordanien als erwünschte Lösung ins Auge faßt, also ein Ergebnis der noch zu führenden Autonomie-Verhandlungen gleichsam präjudiziert. In Jerusalem ist dies bislang strikt abgelehnt worden; da dürften auch Shamir und Arens kaum flexiblere Partner sein.

Auch die Erwartung Washingtons, daß Israel seine Besiedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten aussetzen sollte, und sei es nur als Anreiz für Hussein, sich den Gesprächen anzuschließen, weist die israelische Regierung weit von sich. Wie Premierminister Shamir vor seiner Abreise andeutete, hat die Frage der Teilnahme Husseins – oder seine bisherige Weigerung zur Teilnahme – nur etwas mit dem Status der PLO als Sprecherin der palästinensischen Interessen zu tun. Diese Frage aber habe sich jetzt womöglich erübrigt, wo die PLO als konkrete Organisation dabei sei, sich selbst zu vernichten.

Verteidigungs-Konzepte im Streit der Meinungen

Anhörung im Bundestag zur Strategie der NATO

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zu unterschiedlichen Ansichten über die Richtigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung einschließlich der für sie verfügbaren Mittel sind die Experten bei einer Anhörung vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages gelangt. Peter Stratmann von der Ebenhausener Stiftung „Wissenschaft und Politik" und der General a. D. Franz-Joseph Schulze hielten grundlegende Änderungen für nicht erforderlich. Der Philosoph und Physiker Professor Carl Friedrich von Weizsäcker widersprach: Die konventionelle Verteidigung Mitteleuropas müsse auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Weizsäcker plädierte dabei für das von seinem Mitarbeiter Horst Afheldt entwickelte Konzept der „Raumverteidigung".

Weizsäcker sagte, er glaube, daß die Gefahr eines Nuklearkrieges heute größer denn je sei. Sie rühre vor allem von der auf beiden Seiten zu beobachtenden Entwicklung von Atomwaffen her, die zum militärischen Einsatz für das Gefechtsfeld bestimmt seien. Ihre Verwendung sei allerdings weniger in Europa zu befürchten, als vielmehr in Regionen der Dritten Welt in Asien, wo mit ihnen ein Krieg binnen 24 Stunden entschieden werden könnte.

Weizsäcker plädierte dafür, die bisher gültige „Vorneverteidigung" der Allianz in Mitteleuropa durch eine rein defensive Konzeption abzulösen. Dies sei die Absicht des Konzepts einer „Raumverteidigung". Sie öffne das Land für den Angreifer, um ihn im Hinterland abzunutzen. Dabei stütze sie sich ausschließlich auf defensiv einsetzbare konventionelle Präzisionswaffen und schaffe damit keine höhere Kriegsgefahr, weil sie keinen Anlaß zu einem Rüstungswettlauf gebe.

Gegenteilige Ansichten vertraten Schulze und Stratmann. Beide wiesen darauf hin, daß die NATO-Strategie auf Kriegsverhinderung angelegt sei; vornehmlich also auf die Abschreckung eines potentiellen Angreifers. Die „Raumverteidigung" erlaube dem Angreifer eine für ihn relativ risikolose Kriegsführung.

Nachdrücklich plädierten beide Experten für die Beibehaltung der nuklearen Abschreckungskomponente. Der Verzicht auf den Ersteinsatz würde, so Schulze, den konventionellen Krieg wieder wahrscheinlicher machen. Und mit der Gefahr eines konventionellen Konflikts wüchse zugleich auch die eines Atomkrieges, weil zwischen Atommächten eine kriegerische Auseinandersetzung trotz aller gegenteiliger Absichtserklärungen „doch zum Nuklearkrieg" ausarten könnte.

Initiative Mitterrands?

Bahr: Erste Phase der westlichen Nachrüstung abwarten

dpa, Bonn

Eine Initiative des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, die beiden Supermächte wieder zu Verhandlungen auch über Mittelstreckenraketen zu bringen, ist nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr im nächsten Frühjahr möglich. Bahr wies gestern vor Journalisten in Bonn darauf hin, daß Mitterrand selbst sich für eine Hilfestellung bereit erklärt habe, wenn er diese für nützlich halte.

Der SPD-Politiker meinte, dies zeige auch, daß die Initiative von Bonn nach Paris übergegangen sei. Früher habe es Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) zustande gebracht, die Sowjetunion und die USA zu Verhandlungen zu bewegen. „Heute spricht in dieser Beziehung von Bonn niemand mehr", sagte Bahr.

Zunächst muß nach Bahrs Ansicht die erste Phase der westlichen Nachrüstung und der sowjetischen „Nach-Nachrüstung" abgewartet werden. Eine Möglichkeit wäre es dann, die Mittelstrecken-Verhandlungen (INF) mit denen über strategische Waffen (START) zusammenzulegen. Diesem Vorschlag hätten auch die französischen Sozialisten auf der jüngsten Sitzung der Sozialistischen Internationale (SI) in Brüssel zugestimmt, was bemerkenswert sei.

Eine Konferenz der fünf Atommächte USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China hält Bahr für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre für unwahrscheinlich.

Südkorea dankt Bonn für Unterstützung

dpa, Seoul

Der südkoreanische Präsident Tschun Doo Hwan hat anläßlich des 100. Jahrestages deutsch-koreanischer Beziehungen vertiefte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern angeregt. Bei einem Gespräch mit dem Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, in Seoul dankte Tschun gestern der Bundesregierung für die politische Unterstützung Südkoreas nach dem Flugzeugabschuß vom 1. September über dem Nordpazifik sowie nach dem vermutlich von Nordkoreanern inszenierten Bombenattentat von Rangun.

Die Bundesregierung hatte den Terroranschlag nicht nur verurteilt, sondern soll sich auch bei der birmanischen Regierung für eine rasche und gründliche Untersuchung des Zwischenfalls eingesetzt haben. Wie Windelen nach dem Gespräch sagte, könnten die Probleme der geteilten Halbinsel von keiner der beiden Seiten „durch bloßen Aktionismus" gelöst werden.

Arbeitslosenzahl „saisonal" gestiegen

AP, Nürnberg

Die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im November nur noch aus saisonalen und nicht mehr aus konjunkturellen Gründen erhöht. Dies verlautete gestern aus Kreisen der Arbeitsverwaltung in Nürnberg. In den vergangenen Jahren hatte die Zahl der Arbeitslosen im November jeweils einen großen Sprung nach oben gemacht. 1982 stieg sie um 118 000 auf 2 038 000 und im Jahre 1981 um 124 000 auf 1 489 000. In Nürnberg rechnet man damit, daß die Zunahme in diesem Jahr unter der Grenze von 100 000 bleibt. Im Oktober dieses Jahres war die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat um 13 600 auf 2 147 800 gestiegen.

Trotz des erwarteten verringerten Anstiegs wird die neue Arbeitslosenzahl für November voraussichtlich die höchste sein, die seit Beginn der regelmäßigen Zählung der Arbeitslosen im Jahre 1950 registriert wurde. Offiziell wird Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, die neue Statistik am 2. Dezember bekannt geben.

Kampf der Giganten

fu (London) – Die Aktionäre der bedeutenden britischen Versicherungsholding Eagle Star reiben sich die Hände: Der Kampf der Giganten um die plötzlich in den Brennpunkt des Interesses gerückte Versicherungsgesellschaft treibt Erwartungen und den Kurs der Eagle-Star-Aktien in ungeahnte Höhen. Nachdem die größte deutsche Versicherungsgruppe, die Allianz, am gestrigen Vormittag ihr Angebot zur Übernahme von Eagle Star von 500 auf 650 Pence je Aktie in bar erhöhte, ließ der Rivale, der britische Tabak- und Mischkonzern BAT, nur wenige Minuten auf sich warten und erhöhte sein Angebot von 575 auf 660 Pence.

Wie das Rennen ausgehen wird, steht im Moment völlig offen. Sowohl die Regierung in London als auch die britischen Kartellbehörden haben gegen eine Übernahme sowohl durch das deutsche als auch durch das britische Unternehmen ausdrücklich nichts einzuwenden. Wer jetzt zählt, sind einzig die Aktionäre. Und für die wiederum zählt nur das liebe Geld. Wobei ihnen der deutsche Versicherungskonzern inzwischen sehr ans Herz gewachsen sein müßte. Denn seit die Allianz im Juni 1981 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zunächst 14,9 Prozent des Aktienkapitals von Eagle Star aufgekauft und kurz darauf weitere 13,1 Prozent übernommen hat, durfte der glückliche Aktionär verfolgen, wie seine Aktie von damals 290 auf heute knapp 660 Pence geklettert ist.

Das Spielchen kann weitergehen. Denn ob die Allianz-Offerte tatsächlich die letzte war, wie das Unternehmen erklärte, bleibt angesichts des geringen Abstands zum BAT-Angebot abzuwarten. Doch wie dem auch sei: Verlieren kann die Allianz nichts. Denn der Wert ihrer ursprünglichen Investition in Eagle Star von rund 110 Millionen Pfund hat sich bis heute auf etwa 250 Millionen Pfund mehr als verdoppelt.

Schützenhilfe

J. Sch. (Paris) – Im Grunde leistet die französische Regierung mit ihrer verschärften Preisreglementierung dem Patronat bei den neuen Tarifverhandlungen Schützenhilfe. Da hiernach die Unternehmen ihre Preise 1984 um nicht mehr als vier bis 4,5 Prozent erhöhen dürfen, können sie sich für außerstande erklären, den Arbeitnehmern mehr zuzugestehen. Aber werden die Gewerkschaften daran glauben, daß die Inflationsrate auf diese Weise um die Hälfte reduziert wird? In diesem Jahr wird sie mit über neun Prozent um gut einen Punkt über den vereinbarten Lohnerhöhungen liegen. Die entscheidende Frage ist also, ob die Franzosen im Interesse der wirtschaftlichen Sanierung bereit sind, gewisse Kaufkraftopfer zu bringen. Für 1983 jedenfalls fordern die Gewerkschaften nachträglich vollen Inflationsausgleich und für das nächste Jahr wollen sie von vornherein darauf bestehen. Die Regierung dagegen lehnt eine derartige Lohn-Preis-Indexierung ab.

GROSS- UND AUSSENHANDEL / „Schrittweise aus der Talsohle herausgetastet"

Für 1984 weitere Fortschritte in der konjunkturellen Erholung erhofft

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir rechnen bis zum Jahresende nicht mit einer neuerlichen Verlangsamung der Konjunkturfahrt." Hans Hartwig, Präsident im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, erwartet für seinen Wirtschaftsbereich in diesem Jahr ein bescheidenes Wachstum um ein bis 1,5 Prozent. „Wir haben uns schrittweise aus der Talsohle herausgetastet", sagte Hartwig bei der Vorlage des BGA-Jahresberichts gestern in Bonn, „und für 1984 hoffen wir auf weitere Fortschritte in der konjunkturellen Erholung."

Der Groß- und Außenhandel konnte sich nach einem „überraschend starken" rezessiven Einbruch im vergangenen Jahr in den ersten neun Monaten 1983 nur sehr mühsam aus der Stagnation lösen. Mit einem Umsatz von 551 Milliarden Mark schaffte er ein mageres *nominales* Plus von 0,6 Prozent, das real allerdings einem Zuwachs von 1,2 Prozent entspricht, „denn in den ersten sieben Monaten 1983 lagen die Großhandelspreise konstant unter dem Preisniveau von 1982". Hartwig schätzt den Gesamtumsatz des Groß- und Außenhandels in diesem Jahr auf 750 Milliarden Mark, was im Vergleich zum Vorjahr einem realen und nominalen Wachstum von einem bis 1,5 Prozent entspräche.

Getragen wurde der bescheidene Aufschwung vorwiegend vom Großhandel mit Fertigwaren. Der Außenhandel sei im bisherigen Jahresverlauf als Rückhalt und Motor der Binnenkonjunktur praktisch ausgefallen", sagte Hartwig weiter. Zwar seien die Einfuhren im ersten Dreivierteljahr nominal um 1,3 und real um 3,5 Prozent gestiegen, aber der Export sei im gleichen Zeitraum zurückgegangen. Erst ab August habe er sich nominal um fünf und real um sechs Prozent „auffallend deutlich verbessert".

Der BGA-Präsident bezweifelt jedoch im Gegensatz zum Sachverständigenrat, daß damit die Exportflaute überwunden ist, „denn die Hauptkunden unseres Exporthandels stekken *alle in einer Schuldenkrise*". So erstrecke sich die Exportkonjunktur zur Zeit im wesentlichen auf die Industriestaaten, obgleich auch Frankreich, Italien und die skandinavischen Länder ihre Einfuhren „enorm gedrosselt" hätten.

Risiken für den mühsam in Gang gekommenen Aufschwung fürchtet Hartwig bei den Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln: „Es bedarf weiterer entschlossener marktwirtschaftlicher Anstrengungen zu ihrer Verbesserung", betonte er, und er meint damit vor allem eine „grundsätzliche Modernisierung der Staatswirtschaft". Der Staatsanteil müsse mittelfristig von derzeit 50 auf 40 Prozent gesenkt werden. Dazu gehöre der Abbau von Subventionen; dies habe letztlich auch den Sinn, „gesunde mittelständische Unternehmen von den Finanzierungslasten zu befreien, die sie tragen, ohne selbst Subventionen zu erhalten".

Vorrangig sei eine Konsolidierung der Staatsfinanzen als „Bedingung für eine notwendige Steuerentlastungspolitik", die bei der Lohn- und Einkommensteuer anzusetzen habe. Es sei marktwirtschaftlich nicht vertretbar, „wenn der Staat etwa bei der Lohnrunde 1983 von dem Gesamt-Mehrverdienst der Arbeitnehmer von rund 12 Milliarden Mark fast 10 Milliarden an Steuern und Abgaben kassiert".

Eine Kürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden hält der Verband für *nicht* sinnvoll, „denn sie überfordert die Unternehmen und gefährdet die Beschäftigungschancen". Die Initiative des Bundesarbeitsministers über eine Vorruhestandsregelung wertet der BGA als „Anregung an die Tarifpartner, sie auf Praktikabilität, Preis und Nutzen für die Beschäftigten abzuklopfen". In jedem Fall müsse das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt bleiben.

„Große Sorgen" macht sich Hartwig über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft. Eine Konsolidierung des Haushalts sei dringend geboten, „und dazu gehört zentral die Neuorientierung der unbezahlbar gewordenen EG-Agrarpolitik", forderte der Präsident im Hinblick auf den Athener Gipfel. Die Gemeinschaft könne es sich nicht länger leisten, Überschußproduktionen unbegrenzt zu finanzieren, um dann für die Vernichtung dieser Überschüsse immer mehr Geld einzusetzen.

OST-WEST-HANDEL

Vereinte Nationen erwarten steigenden Warenaustausch

GISELA REINERS, Bonn

Eine Anzahl von Indikatoren läßt darauf schließen, daß sich der Ost-West-Handel auch künftig ausdehnen wird. Dennoch, so heißt es in einem Bericht der Vereinten Nationen über die europäische Wirtschaft, gebe es gewisse Unsicherheiten. Der Bericht teilt den Osten auf in den Handel mit der Sowjetunion, für den einige Besonderheiten gelten, und den Handel mit den osteuropäischen Ländern, da es beträchtliche Unterschiede in den Handelsstrukturen und gewisse Einschränkungen gebe. Da der Austausch von Waren zwischen dem Osten und den westlichen europäischen Industrieländern die größte Rolle spielt, konzentriert sich der Bericht darauf.

Die Vereinten Nationen erwarten eine begrenzte Ausweitung der westlichen Importnachfrage nach Gütern aus Osteuropa. Die Nachfrage nach Rohstoffen und Fertigwaren werde sich in dem Ausmaß entwickeln, wie der Aufschwung im Westen sich fortsetze und möglicherweise verstärke. Dabei wird ein Wachstum von 1,5 Prozent in Westeuropa angenommen. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß seit Mitte der siebziger Jahre der Import von Fertigwaren aus dem Osten zurückgegangen ist, weil unter anderem neue Anbieter aus Südeuropa und einigen Entwicklungsländern aufgetreten sind.

Die schwache West-Nachfrage und die hohe Arbeitslosigkeit förderten die Exportangebote nach Osten. In diese Anpassungsperiode trafen auch die Anstrengungen Osteuropas, seine Ausfuhren zu erhöhen. Wegen des hohen Ölanteils am Außenhandel (etwa 20 Prozent) wirkten sich sinkende Preise auf die Staatseinkünfte aus. Das zeigte sich vor allem in der ersten Hälfte 1983, als die Ausfuhrzunahme nach Westen vorwiegend auf Energieeinfuhren basierten. Ob sich dieses Wachstum in dem Umfang fortsetzen wird, ist nach Ansicht der UN sehr unsicher. Polen könnte vielleicht mehr Kohle ausführen, doch die Preise seien niedrig und die Nachfrage schwach.

Die Importnachfrage Osteuropas hängt zu weiten Teilen von den verfügbaren Devisenreserven ab. Die Finanzlage hat sich laut UN gebessert. Es sei jedoch die Frage, ob sie dazu verwendet werde, die Einfuhren zu erhöhen oder die Staatsschulden abzubauen. Die Kreditmöglichkeiten werden für den Außenhandel von Bedeutung sein.

Ähnlich sei es bei der Sowjetunion. Nur ein Teil der westlichen Importnachfrage ist konjunkturabhängig. Doch ungefähr 20 Prozent des Stroms von Fertigwaren und Rohstoffen werde berührt von den steigenden Erzeugermengen im Westen. Das gleiche gelte für Erdgas. Entwicklungen auf dem Energiesektor können die Ausfuhren der UdSSR stark beeinflussen. Nach einem Anstieg der Exporte von Öl und Ölprodukten in der Vergangenheit, zeigte sich nach einer kurzen Stabilitätsperiode, daß die Preise unter Druck geraten sind.

Folgenschwere Experimente

Von ROLF GÖRTZ, Lissabon

Die zehn Millionen Portugiesen müssen den Mißbrauch ihrer 1974 erlangten Freiheit durch utopische Militärsozialisten und ihre von Moskau gesteuerte KP teuer bezahlen. Wenn die anderen Nationen Europas alle Anstrengungen treffen können, um die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf ihre Volkswirtschaft zu mindern, dann hat Portugal zusätzliche Lasten zu tragen: die Verstaatlichung der Industrie mit allen Kosten einer schnell ins Kraut geschossenen Bürokratie und eine politisch gesteuerte Agrarreform, die in wenigen Jahren Portugals Autarkie in der Lebensmittelversorgung in eine Importabhängigkeit verkehrte. Die Hälfte der Lebensmittel, die früher auf dem eigenen Acker produziert wurden, muß heute eingeführt werden. Die ungeheure Staatsverschuldung nahm auf den „Kolchosen" im Gebiet der Landreform ihren Anfang. Dies hatte Ministerpräsident Mario Soares (Sozialist) als erster klar dargestellt und angeprangert.

Die Gründe für die bestehende Misere sind inzwischen auch dem einfachen Mann bewußt geworden: Verstaatlichungspolitik, Agrarreform und die Aufnahme von 700 000 Flüchtlingen aus den freiwillig aufgegebenen Kolonien führten zu einer Verschuldung Portugals, die bis 1979 auf 7,3 Milliarden Dollar anstieg und die im April dieses Jahres 14,2 Milliarden Dollar erreichte. Allein die Zinsen, die für die Auslandsschulden zu zahlen sind, betragen zur Zeit 1,3 Milliarden Dollar. Sie werden im nächsten Jahr unausweichlich auf 1,5 Milliarden Dollar klettern. Das Staatsdefizit betrug 1982 10,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Man hofft, es in diesem Jahr auf acht Prozent zu senken. Der Druck der Verschuldung und das allgemeine Bewußtsein, „daß wir Portugiesen mehr ausgeben als wir produzieren" (Mario Soares), bewog die Regierung zu einer Rezessionspolitik, wie sie nach dem Kriege in keinem anderen Land Europas praktiziert wurde.

Den Teufelskreis, in dem sich diese Politik bewegen muß, steckte die Zeitschrift „Tempo" nach einem Interview mit Finanzminister Ernani Lopes kürzlich ab. Danach gilt es zunächst, das hoffnungslos defizitäre Export-Import-Verhältnis entscheidend zu verändern. Um mehr zu exportieren, braucht Portugal jedoch die verstärkte Einfuhr von Grundstoffen; und um weniger zu importieren, muß der Konsum eingeschränkt werden. Die Drosselung der Einfuhr von Grundstoffen und Kapitalgütern aber würde die Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Um den Konsum einzuschränken, mußte das Wachstum reduziert werden. Das geschah über eine Verteuerung der Kredite. Die Zinsen stiegen in den letzten drei Jahren von 19 Prozent auf 37 Prozent. Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme blieben die unausweichliche Folge.

Die Restriktionspolitik führte dazu, daß allein in der ersten Hälfte dieses Jahres 12 000 Unternehmen in Konkurs gingen und anderthalb Millionen Schecks ohne Deckung blieben. Die schonungslose Offenheit bei der Darlegung dieses Elends und die Entschlossenheit der Regierung, die Misere mit rigorosen Maßnahmen zu bekämpfen, überzeugte indes. Der Internationale Währungsfonds hilft Portugal mit einem bitter notwendigen Kredit, um den schon sichtbaren Staatsbankrott abzuwenden. Statt der erbetenen 300 Millionen Dollar stellt der IWF nunmehr 350 Millionen Dollar zur Verfügung.

Ernani Lopes konnte in den 14 Monaten, die er das Finanzministerium leitet, erste Erfolgsziffern aufweisen: die Neuverschuldung sank aufgrund rigoroser Restriktionsmaßnahmen in den Monaten Juli/August/September von 496 Millionen Dollar im Jahre 1982 auf 100 Millionen Dollar im dritten Viertel dieses Jahres. Die strikte Kreditpolitik sorgte auch für eine Eindämmung der Inflation, die das Vertrauen der internationalen Banken zum Teil wiederherstellte.

Portugals Koalitionsregierung der (sozialdemokratischen) Sozialisten und (bürgerlich-liberalen) Sozialdemokraten sieht sich mit wachsendem Unmut der Bevölkerung konfrontiert. Allein die historische Leidensfähigkeit der Portugiesen, vor allem aber ihre Einsicht in die Unausweichlichkeit einschneidender Maßnahmen führte schon jetzt dazu, daß die kommunistische Gewerkschaftsführung selbst im Lissaboner Industriegürtel so ohne weiteres keine politischen Streiks mehr durchsetzen kann. Wenigstens zur Zeit nicht.

AUF EIN WORT

„Die Anwendung neuer Technologien, die Verfügbarkeit technischer Einrichtungen und Anlagen hängen in entscheidender Weise davon ab, ob wir genügend qualifiziertes Personal in allen Bereichen eines Unternehmens zur Verfügung haben, das in der Lage ist, technologische Veränderungen nicht nur mitzubringen, sondern sie mit eigenem kreativen Potential zu gestalten."

Dr. Martin Posth, Vorstandsmitglied der Audi NSU Auto Union AG, Ingolstadt FOTO: DIE WELT

Conti erhöht die Reifenpreise

dos. Hannover

Im Rahmen einer Neustrukturierung des Preisgefüges wird die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, die Abgabepreise an den Handel ab Anfang 1984 um durchschnittlich drei Prozent erhöhen. Der seit dem 16. November erhobene Teuerungszuschlag geht nach Mitteilung des Unternehmens zusammen mit anderen Korrekturen in die neuen Abgabepreise ein. Conti begründet die Preiserhöhung mit dem Kostenanstieg für Rohmaterialien, vor allem für Naturkautschuk. Es sei zu erwarten, daß der Handel die Preissteigerung am Markt durchsetzt.

WIRTSCHAFTSLAGE

RWI: Aufschwung läßt noch Dynamik vermissen

dpa/VWD, Essen

Die Konjunkturerholung in der Bundesrepublik hat nach Einschätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, bislang noch keinen eigendynamischen Schwung entfalten können. Wie das Institut in einer Analyse der Konjunkturentwicklung bis Jahresmitte schreibt, haben die Maßnahmen zur Stärkung von Investitionen und Nachfrage noch keinen sich selbst tragenden Aufschwung ausgelöst. Seit Jahresmitte werde die wirtschaftliche Belebung zwar auch von Bestellungen aus dem Ausland gestützt, doch seien diese weniger auf die Erholung im Ausland, als vielmehr auf den starken Kursverlust der D-Mark zurückzuführen, der deutsche Güter im Ausland verbilligte.

Ein mögliches Nachlassen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den kommenden Monaten begründet das RWI mit einem fehlenden Auftragsnachschub nach Abtragung des durch die Investitionszulage entstandenen Auftragspolsters.

Die Erholung der Unternehmenserträge in den ersten Monaten 1983 werde kaum zu verstärkten Investitionen ermuntern, zumal die Gewerkschaften zur Durchsetzung einer kürzeren Wochenarbeitszeit Streiks angedroht hätten und die Regierung die angekündigte Wende in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nicht zielstrebig genug vollziehe.

Im zweiten Halbjahr 1983 dürfte, so das RWI, das Brutto-Inlandsprodukt um gut ein Prozent höher liegen, vor allem, weil im Vorjahreszeitraum die gesamtwirtschaftiche Produktion gesunken war. Für das Gesamtjahr 1983 insgesamt errechne sich somit eine Wachstumsrate von 0,5 bis ein Prozent.

METRO–KAUFHOF

Kammergericht verhandelt über Beteiligungserwerb

PETER WEERTZ, Berlin

Wie umstritten die Folgen des Zusammenschlußvorhabens Metro/Kaufhof sind, geht aus den Beschwerdeverhandlungen vor dem Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hervor. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob eine Erhöhung der Kapitalbeteiligung an der Kaufhof AG, Köln, auf ein Viertel durch die Holding Metro Vermögensverwaltungs KG, Düsseldorf, schon unter das Fusionsverbot fällt. Im Juni dieses Jahres hatte das Bundeskartellamt diese Frage bejaht und die Erhöhung der Beteiligung auf 25 Prozent untersagt. Gegen diesen Beschluß war jedoch von der Metro Beschwerde beim Kammergericht eingelegt worden.

Vor dem Kartellsenat bestritt jedoch Rechtsanwalt Quack, daß der Erwerb von einem Viertel des Aktienkapitals überhaupt schon negative Folgen für den Wettbewerb haben könne. Auch die leitende Richterin des Kartellsenats, Frau Rosemarie Werner, hat Zweifel, ob die vorgelegten Beweise ausreichen werden und Nachteile im Wettbewerb durch den Erwerb tatsächlich zu registrieren sind.

Die *marktbeherrschende Stellung* der Metro wird jedoch nach Ansicht des Vizepräsidenten des Kartellamtes, Niederleithinger, durch die Erhöhung der Beteiligung verstärkt, vor allem als Anbieter auf dem Cash + Carry-Großhandelsmarkt. Die Metro gehört in der Bundesrepublik nach Angaben des Amtes zu den sechs führenden Handelsunternehmen. Außerdem ist die Kaufhof AG der zweitgrößte deutsche Warenhauskonzern.

Mit einem Jahresumsatz von rund 6 Milliarden Mark sowie 40 Cash + Carry-Großmärkten und 22 Verbrauchermärkten ist die Metro in der Bundesrepublik vertreten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Drei Milliarden Mark Leistungsbilanzüberschuß

Frankfurt (adh) – Bei einem Ausfuhrüberschuß von 4,2 Milliarden Mark schließt die deutsche Leistungsbilanz im Oktober mit einem Überschuß von 2,9 Milliarden Mark, teilt das Statistische Bundesamt mit. Ende September hatte die Leistungsbilanz bei 3,6 Milliarden Mark Ausfuhrüberschuß noch einen Passivsaldo von 0,8 Milliarden Mark ausgewiesen. Für die ersten zehn Monate dieses Jahres zusammengenommen ergibt sich somit ein Aktivsaldo von 2,1 Milliarden Mark in der Leistungsbilanz, wobei sich der Überschuß im Außenhandel auf 34,6 Milliarden Mark addiert. In der gleichen Vorjahreszeit hatte in der Leistungsbilanz ein Minus von 2,4 Milliarden Mark gestanden, das sich aus höheren Passivsalden bei Dienstleistungen und Übertragungen trotz eines Ausfuhrüberschusses von 40 Milliarden Mark ergeben hatte.

Neues Angebot an Eagle Star

London (VWD) – Im Übernahmekampf um die Eagle Star Holdings PLC hat B.A.T. Industries PLC jetzt ihr Angebot für das britische Versicherungsunternehmen von 575 auf 660 Pence je Aktie oder insgesamt 913 (796) Millionen Pfund erhöht und damit die neue Offerte von Allianz – 650 gegenüber vorher 500 Pence – überboten. Alle anderen Konditionen der Offerte bleiben unverändert.

Sonderzoll aufgehoben

Johannesburg (VWD) – Der südafrikanische Sonderzoll für Importe von fünf Prozent wird mit Wirkung vom 29. November aufgehoben, teilte Finanzminister Owen Horwood mit. Der Minister begründete den Schritt mit der Verbesserung der Leistungsbilanz und dem Aufwärtsdruck auf die Importpreise durch den Kursrückgang des Rand.

Kernenergieverbrauch

Frankfurt (VWD – In der Europäischen Gemeinschaft sind im ersten Halbjahr 1983 mit 126 Milliarden Kilowattstunden erneut rund zehn Prozent mehr Strom aus Kernenergie erzeugt worden als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nach ersten Erhebungen der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) hat sich damit der Kernenergie-Anteil an der gesamten Netto-Stromerzeugung in neun EG-Ländern, ohne Griechenland, nochmals auf 21 von 19 Prozent erhöht. Den höchsten Kernenergie-Anteil wies wiederum Frankreich aus mit 43 (Vorjahr 40) Prozent vor Belgien mit 41 (24), Großbritannien mit 17 (13) und der Bundesrepublik mit 16 (17) Prozent.

Zusammenarbeit mit Indien

Neu-Delhi (dpa/VWD) – Die indische und die deutsche Bergbauindustrie wollen künftig enger bei der Entwicklung des indischen Kohlebergbaus zusammenarbeiten. Wie erst jetzt zu erfahren war, ist ein entsprechendes Protokoll Ende letzter Woche in der Bergbaustadt Ranchi im Bundesstaat Bihar unterzeichnet worden. Dabei soll unter anderem eine indische Kohlegrube mit einem Kostenaufwand von 125 Millionen Mark mit deutscher Verfahrenstechnik ausgestattet werden.

Kürzungspläne abgelehnt

Bonn (Rei.) – Der Haushaltsausschuß der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat mit Mehrheit Kürzungspläne von Arbeits- und Finanzministerium abgelehnt. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wollte Arbeitsminister Blüm (CDU) 200 Millionen Mark beim Baransatz gestrichen sehen mit der Begründung, da sei „Luft drin". Die Zahl der Teilnehmer an den Maßnahmen werde sich nicht verringern. Finanzminister Stoltenberg wollte darüber hinaus noch einmal 200 Millionen Mark bei den Verpflichtungsermächtigungen kürzen, stieß jedoch ebenfalls bei den Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Widerstand. Von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen im nächsten Jahr 70 000 Menschen profitieren.

Wochenausweis

	23.11.	15.11.	23.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,5	68,1	71,5
Kredite an Banken	72,1	72,6	67,1
Wertpapiere	7,7	7,7	7,7
Bargeldumlauf	99,9	100,5	98,8
Einl. v. Banken	39,6	49,3	41,6
Einl. v. öffentl. Haushalten	10,5	3,6	10,2

LEASING

Das laufende Jahr gilt als Phase der Konsolidierung

INGE ADHAM, Frankfurt

Als Phase der „Konsolidierung auf hohem Niveau" sehen die im Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften zusammengeschlossenen 50 Leasing-Unternehmen das laufende Jahr. Erstmals seit Bestehen werden die Finanzierungs-Leasing-Gesellschaften bei ihren Neuinvestitionen den Vorjahreswert unterschreiten; um knapp vier Prozent, schätzt das Münchner Ifo-Institut, insgesamt werden die über Leasing finanzierten neuen Anlagen laut Ifo in diesem Jahr 17,8 Milliarden Mark ausmachen, das sind 4,6 Prozent mehr als 1982.

Für dieses Wachstum sorgen allein die Herstellervermieter, die ihr Investitionsvolumen um ein Viertel ausweiten können. Ursache ist die rasante Entwicklung beim Auto-Leasing, das in diesem Jahr von den Autoproduzenten massiv zur Absatzförderung eingesetzt wurde. Das bescherte den Auto-Leasing-Unternehmen in diesem Jahr einen Neuzugang von rund 200 000 Fahrzeugen, in zunehmendem Maße auch im Privatgeschäft.

Angesichts der Risiken bei der Verwertung der Gebrauchtwagen nach Ende der durchschnittlich 33monatigen Vertragsdauer, wird dies in der Branche nicht nur mit Freude gesehen. Denn Erfahrungen mit Verwertungsschwierigkeiten konnten die Unternehmen in diesem Jahr ausreichend sammeln: Der Markt für gebrauchte Maschinen klemmt ebenso wie die Vermarktung gebraucher Immobilien, die jetzt die Bilanzen der betroffenen Unternehmen belasten. Das Risikobewußtsein in der Branche ist gestiegen, heißt es dazu im BdL, den das Thema „Risikovorsorge" nicht erst seit den spektakulären Problemen der DAL beschäftigt.

PRIME RATE / Anwalt führt Musterprozeß gegen US-Geldinstitut

Leitzins oder Pappkamerad für Dumme?

H.-A. SIEBERT, Washington

Was ist die Prime Rate der Geschäftsbanken, der eigentliche amerikanische Leitzins, überhaupt noch wert? Mit dieser Frage wird sich im Februar das zuständige US-Bundesdistriktgericht beschäftigen, dem die Klage eines Washingtoner Anwalts vorliegt. Er verlangt eine rechtsverbindliche Definition und hat seine erste Schlacht vor einer Berufungsinstanz schon gewonnen. Der Ausgang ist auch für Ausländer interessant, da der Zinssatz für kurzfristige Kredite an erstklassige Kunden gemeinhin als das wichtigste Markierungszeichen für das US-Zinsniveau angesehen wird.

Grund für die Klage ist dieser Vorgang: 1980 pumpte sich Jackie Kleiner, damals Rechtsprofessor an dem Georgia Institute of Technology, von der First National Bank in Atlanta 415 000 Dollar für ein Immobiliengeschäft. Er unterzeichnete einen Darlehensvertrag mit dem Passus, daß die Zinsen nach der Formel „Prime Rate plus ein Prozent" berechnet würden. Wenig später erfuhr Kleiner von einem Kredit, den die Bank der Coca-Cola Co. eingeräumt hatte: Der Zins lag um einige Prozent unter der für ihn gültigen offiziellen Prime Rate. Die First Atlanta weigerte sich, den Geldpreis herabzusetzen; Kleiner ging vors Gericht.

Anders als in Deutschland, wo der Diskontsatz der Bundesbank den Leitzins darstellt, setzen in den USA die Marktführer unter den mehr als 14 000 Privatbanken die Prime Rate fest, die mit gelegentlichen geringen Abweichungen für die gesamten Vereinigten Staaten gilt. Seit vielen Monaten beträgt sie elf Prozent, und früher verfuhr man nach der Regel, daß die bevorzugten Adressen den veröffentlichten Satz, die mittleren und kleinen Kreditnehmer aber ein bis drei Prozent mehr bezahlten. Heute gewähren praktisch alle amerikanischen Banken, die unter einem starken Wettbewerbsdruck stehen, ihren besseren Kunden Rabatte. Die Prime Rate ist also kein Leuchtfeuer in der Zinslandschaft mehr, sondern eher ein Pappkamerad für Dumme.

Worum es Anwalt Kleiner geht, ist der rechtliche Aussagewert der in den Banken ausgehängten Prime Rate, nach der sich in der Vergangenheit Kreditnehmer und Investoren richten konnten. Er fordert eine genaue Beschreibung und wirft den Banken Geschäftemacherei vor, wobei er sich auf den Racketeer Influenced & Corrupt Organizations Act aus dem Jahre 1970 stützt. Seinem Kreuzzug haben sich bisher 22 Amerikaner angeschlossen, die ähnliche Klage einreichten. Wegen der Logik stehen ihre und Kleiners Gewinnchancen nicht schlecht. Viele US-Institute haben bereits ihre Zinsformel geändert. Von der Prime Rate ist nicht mehr die Rede.

OECD

Wirksamere Entwicklungshilfe

J. SCH. Paris

Für mehr Effizienz in der Entwicklungshilfe hat sich Staatssekretär Köhler (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) zur Eröffnung der Jahrestagung des OECD-Entwicklungshilfeausschusses (DAC) in Paris ausgesprochen. Es müßten vor allem solche Vorhaben gefördert werden, die schnell einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung leisten können. Dabei sollten die Entwicklungsländer begünstigt werden, die sich auf ein vernünftiges Strukturanpassungsprogramm festgelegt haben.

Auf der Tagung bestand Übereinstimmung darüber, daß der schwierigen Verschuldungsfrage vieler Entwicklungsländer und ihren Zahlungsschwierigkeiten ebenso Rechnung zu tragen sei wie dem Bedarf nach struktureller Anpassung ihrer Volkswirtschaften. Wichtig ist die weitere Ermäßigung des internationalen Zinsniveaus. Die Aussichten dafür sind aber bis Ende 1984 nicht sehr groß, sagte Köhler vor der deutschen Presse.

Auch dürften sich die Entwicklungsländer noch nicht allzuviel von dem Wiederaufschwung der westlichen Industriestaaten versprechen. Von einem dauerhaften, stetigen Wirtschaftswachstum sei man noch weit entfernt, meinte der deutsche Staatssekretär. Die strukturelle Anpassung habe gerade erst begonnen.

Gleichwohl hat sich die Bundesregierung dem DAC gegenüber bereit erklärt, den Anteil ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe bis 1985 auf 0,47 Prozent des Bruttosozialproduktes zu halten. Dies entspricht dem Anteil von 1982, während dieser im DAC-Durchschnitt nur 0,37 Prozent erreicht hatte. Für 1983 erwartet Köhler für die Bundesrepublik 0,48 Prozent.

Angesichts der Tatsache, daß die Entwicklungsländer in den nächsten Jahren große Anpassungen an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse durchführen müssen, plädierte Köhler für einen selektiven Nord-Süd-Dialog. Vor allem sollte er mit den Entwicklungsländern geführt werden, die am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs stehen.

Die deutsche Delegation unterstützte die Forderung des OECD-Sekretariats nach einer indirekten Entwicklungshilfe durch zusätzliche Einfuhrliberalisierungen.

FRANKREICH / Arbeitgeber protestieren gegen verschärfte Preisreglementierungen / Preisstopp?

Die Einkommenspolitik bleibt weiter umstritten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit dem Ziel, die Inflationsrate zu halbieren, hat die französische Regierung das System der behördlichen Preisreglementierung in verschärfter Form verlängert. Die Unternehmerverbände wurden aufgefordert, mit dem Wirtschaftsministerium auf der Basis durchschnittlicher Preiserhöhungen von vier bis 4,5 Prozent neue Stabilisierungsverträge für 1984 abzuschließen. Dies hat das Patronat als „Diktat" kategorisch abgelehnt.

Die Unternehmer riskieren damit den absoluten Preisstopp. Denn ausdrücklich erklärte der Leiter der französischen Preisbehörde, Claude Jouvon, daß die Branchenverbände und Unternehmen, die Verhandlungen ablehnen beziehungsweise Stabilisierungsverträge nicht unterzeichnen, ihre Verkaufspreise blockiert bekommen. Dies ist in Frankreich aufgrund einer noch aus der vorsozialistischen Zeit stammenden gesetzlichen Generalermächtigung jederzeit möglich.

Unter dieser Drohung waren vor einem Jahr nach einem viermonatigen generellen Preis- und Lohnstopp für 1983 Stabilisierungsverträge mit einem durchschnittlichen Preiserhöhungslimit von acht Prozent unterzeichnet worden. Die „Diskussionsbasis" betrug damals sieben bis 7,5 Prozent. Von diesem Reglement ausgenommen wurden im Laufe des Jahres die einem besonders starken internationalen Wettbewerb ausgesetzten Industrieunternehmen. Etwa ein Drittel aller Industriegüterpreise wurden so freigegeben.

Noch Anfang 1983 hatte die Regierung der gesamten Industrie die Preisliberalisierung bis zum Jahresende in Aussicht gestellt. Das Patronat fordert jetzt die Einlösung dieser Zusage, obwohl sich von ihr Wirtschaftsminister Delors im März bei der Verkündung seines bis Ende 1984 konzipierten Austerityplans distanziert hat.

Die Verschärfung der Reglementierung besteht nicht nur in der Herabsetzung der Preiserhöhungslimits. Darüber hinaus sollen die Unternehmen, die den Satz, um den sie ihre diesjährigen Limits überschritten haben, auf das nächste Jahr angerechnet bekommen.

Für den Dienstleistungssektor gilt grundsätzlich das gleiche Limit wie für die Industrie. Jedoch darf hier die Preiserhöhungsmarge nur in bestimmten Etappen ausgenutzt werden, um den Lebenshaltungskostenindex zu schonen. Bei einem Teil des Dienstleistungssektors erfolgt die Preisfestsetzung weiterhin behördlich.

Im Bericht des Groß- und Einzelhandels dagegen wird die Preisreglementierung etwas gelockert. Die Blockierung der Handelsspannen erfolgt nicht mehr nach Artikelgruppen, sondern nach dem Jahresumsatz des Unternehmens. Die für 1983 verfügte Spannenreduzierung um zwei Prozent für Großflächengeschäfte wird auf ein Prozent ermäßigt. Für den übrigen Einzelhandel bleibt es bei minus ein Prozent.

Durch diese Maßnahmen, die im Einzelfall gelockert, aber auch verschärft werden können, will die französische Regierung die Inflationsrate im nächsten Jahr auf fünf Prozent begrenzen. Ihr diesjähriges Preiserhöhungslimit von acht Prozent war schon in den ersten zehn Monaten übertroffen worden, während die Lohnerhöhungen für das Gesamtjahr 1983 auf acht Prozent begrenzt worden sind.

Deshalb fordern die Gewerkschaften schon jetzt einen vollen Inflationsausgleich durch nachträgliche Lohnerhöhungen. Dies lehnt aber der Patronatsverband CNPF kategorisch ab. Er beruft sich darauf, daß eine Indexierung der Löhne mit den Preisen in Frankreich gesetzlich verboten ist. Eine Ausnahme besteht nur für den gesetzlich garantierten Mindestlohn (SMIC). Dieser dürfte von der Regierung künftig aber nicht mehr real aufgewertet werden, erklärte CNPF-Vize von Chotard.

Darauf haben alle Gewerkschaftsführer höchst allergisch reagiert. Die volle Kaufkrafterhaltung für alle Arbeiter und weitere Kaufkraft.verbesserungen für die Mindestlöhner sind Forderugngen, für die sie gegebenenfalls zum Streik aufrufen wollen.

SCHWEDEN / Bundesrepublik wichtigster Partner

Keine Handelsprobleme

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Unsere Handelsbeziehungen sind traditionell gut und frei vor tiefergreifenden Problemen zwischen beiden Ländern." Im Vergleich zu den getrübten Wirtschaftsbeziehungen unter manchen EG-Partnerländern ist die positive Wertung durch den Präsidenten der Schwedischen Handelskammer in der Bundesrepublik Deutschland, John A. Some, gegenüber einem „blockfremden Partner" sicher ungewöhnlich.

Nach dem Auslaufen der Zölle auf Papier und Papierhalbstoffe Ende dieses Jahres wird zwischen der Bundesrepublik und Schweden völliger Freihandel bestehen – freilich mit Ausnahme des Agrarbereichs (20 Prozent Außenzoll).

Geringe Mißstimmungen auf dem Stahlsektor sind demgegenüber kaum der Erwähnung wert, meint Some in einem Pressegespräch aus Anlaß des 25. Gründungsjubiläums der Kammer im nächsten Jahr. Die relativ junge Gründung führt der schwedische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, der Düsseldorfer Kunsthändler Hans-Georg Paffrath, auf den relativ späten Einstieg Schwedens ins Industriezeitalter und die durch den Zweiten Weltkrieg verzögerten Aktivitäten auf dem deutschen Markt zurück.

Im letzten Jahr betrug die schwedische Einfuhr deutscher Waren 30 Milliarden Skr., die deutsche Einfuhr schwedischer Erzeugnisse 17,6 Milliarden Skr. Die Bundesrepublik ist Schwedens wichtigster Handelspartner mit einem Anteil von 17,3 Prozent aller Lieferländer, bei den schwedischen Ausfuhren rangiert sie mit 10,5 Prozent an zweiter Stelle aller Empfängerländer, knapp hinter Norwegen. Im deutschen Außenhandel steht Schweden seit Jahren etwa an 12. Stelle.

Das Außenhandelsdefizit mit der Bundesrepublik ist, so Handelskammer-Geschäftsführer Fred von Tobiesen, zwar „ein traditionelles Sorgenkind Schwedens", aber auch dies führe nicht zu ernsten politischen Beeinträchtigungen des Handels. Das Ungleichgewicht wurde in Schweden mit globalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bekämpft, so mit den Abwertungen der Schwedenkrone 1981 und 1982 auch gegenüber der D-Mark.

Bis September dieses Jahres hat sich eine deutliche Verbesserung der schwedischen Handelsbilanz erkennen lassen. Die Steigerung der schwedischen Gesamtexporte um 27 Prozent hat einen Handelsbilanzüberschuß von 9,1 Milliarden Skr. gegenüber einem Defizit von 340 Millionen Skr. im gleichen Zeitraum des Vorjahres gebracht. Die schwedischen Ausfuhren wuchsen um 33, die Importe nur um 14 Prozent, was immer noch ein – wenn auch abgemagertes – Handelsbilanzdefizit von fünf (12,5) Milliarden Skr. bedeutet. Für diese Verbesserung haben neben dem Abwertungseffekt die erheblich gestiegenen Stahl- und Papier- beziehungsweise Zelluloseexporte gesorgt.

In der Schwedischen Handelskammer waren 1982 gut 570 deutsche Tochtergesellschaften schwedischer Unternehmen mit 50 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 13,7 (13,1) Milliarden Mark tätig. Die schwedischen Direktinvestitionen betrugen 800 (500) Millionen Skr.

Commerzbank: Gut fundierte Dividende

Wb. Frankfurt

Als „gut fundiert" bezeichnet der Vorstand der Commerzbank AG, Frankfurt, im jüngsten Zwischenbericht die Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen, die schon vor etwa einem Monat mit 6 DM je Aktie avisiert worden war. Bis Ende Oktober hat sich das Teilbetriebsergebnis der Bank (ohne Eigenhandelsgewinne, Pensionsaufwendungen und Anlage-Abschreibungen) um gut 59 Prozent auf 739 (463) Mill. DM verbessert. Dazu haben vor allem der um 28 Prozent auf 1,48 (1,15) Mrd. DM gestiegene Zinsüberschuß und der um knapp 18 Prozent auf 496 (421) Mill. DM gewachsene Provisionsüberschuß im Zusammenspiel mit dem nur um 6 Prozent auf 868 (820) Mill. DM ausgeweiteten Personalaufwand beigetragen.

Daß das gesamte Betriebsergebnis (unbeziffert) sich noch etwas kräftiger verbessert hat, läßt den Schluß zu, daß die Entwicklung der Gewinne aus dem Eigenhandel noch etwas günstiger verlaufen ist. Alle Zuwächse wurden bei einem mit 67,9 (Anfang 1983: 68,9) relativ konstanten Geschäftsvolumen erreicht.

NIGERIA / Ehrgeiziges Projekt

Export von Flüssiggas

WILHELM FURLER, London

Nigeria, das immer noch in Verhandlungen um die Refinanzierung ausstehender Außenhandelsschulden in Höhe von vier bis fünf Milliarden Dollar steht, versucht alles, seine Außenhandelsbilanz zu verbessern. Dazu gehört auch ein ehrgeiziges Programm, die reichen Erdgas-Vorkommen zu entwickeln und Flüssiggas zu exportieren. Aus verschiedenen Gründen – Entdeckung und Produktion von Nordseegas, ein stagnierender Gasmarkt sowie der enorme Kapitalbedarf zur Entwicklung der Gasfelder und zur Errichtung der Verflüssigungs- und Verschiffungs-Anlagen – ist dieses Projekt seit den sechziger Jahren immer wieder zurückgestellt worden.

Doch inzwischen hat die Regierung unter Präsident Shehu Shagari die führenden internationalen Ölkonzerne Shell, Agip und Elf-Aquitaine zu Gesprächen eingeladen, wie das Flüssiggas-Projekt endlich verwirklicht werden könnte. Allerdings besteht bei allen Beteiligten kein Zweifel, daß es frühestens Anfang der neunziger Jahre zu einer Aufnahme der Flüssiggas-Exporte kommen könnte.

Das nigerianische Projekt, das nach Angaben der Londoner Financial Times eine Größenordnung von 6,6 Milliarden Dollar haben dürfte, hängt in erster Linie von der Genauigkeit der Prognosen über den Flüssiggas-Bedarf nach 1990, über den dann zu erwartenden Marktpreis sowie über die Finanzierung dieses Mammut-Projektes ab. Im Gespräch ist Informationen aus Lagos zufolge vor allem eine Kombination aus Konsortial-Eurokrediten von etwas mehr als einer Milliarde Dollar, Lieferanten-Krediten von rund vier Milliarden Dollar sowie Eigenkapital der beteiligten Produktionspartner in Höhe von bis zu 1,75 Milliarden Dollar.

Die Gasreserven Nigerias werden auf das Äquivalent von 15 Milliarden Barrel Rohöl (ein Barrel = 159 Liter) geschätzt. Den Vorstellungen der Regierung in Lagos zufolge sollte die zu verflüssigende Gasmenge 300 Millionen Kubikmeter pro Tag erreichen.

Zanders-Aktien an die Börse

J. G. Düsseldorf

Die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, macht die seit einiger Zeit geäußerte Absicht wahr auch Publikumsaktionäre an diesem 154 Jahre alten Familienunternehmen zu beteiligen. Zu diesem Zweck wurde jetzt eine Kapitalerhöhung auf 60 (40) Mill. DM von der Deutschen Bank AG und dem Bankhaus Sal. Oppenheim mit der Verpflichtung übernommen, die jungen, ab 1. Januar 1984 gewinnberechtigten Aktien Mitte Januar dem Publikum zum Kauf anzubieten. Bezugskurs und -frist sollen in der ersten Januar-Hälfte mitgeteilt werden.

Zanders begründet den Schritt an die Börse mit dem Streben, das weitere Wachstum des Unternehmens auch mit entsprechendem Eigenkapital abzusichern. Vorrangig dürfte die Kapitalerhöhung dazu dienen, die hauptsächlich von der Deutschen Bank geleistete teure „Einlage stiller Gesellschafter" (40 Mill. DM mit 14 Prozent „Gewinnanteil") abzulösen. Für 1983 hat Zanders bereits im Sommer eine etwa 10prozentige Umsatzsteigerung auf reichlich 730 Mill. DM und ein „sehr gutes" Ergebnis angekündigt.

NAMEN

Dr. **Martin Otto**, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Lastenausgleichsbank, Bonn, feiert heute den 65. Geburtstag.

Georg Schulhoff, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf und des Rheinisch-Westfälischen-Handwerkerbundes, vollendet am 1. Dezember das 85. Lebensjahr.

Herbert Heinemann, Prokurist der AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, ist per 1. Januar 1984 zum Geschäftsführer der GHD, ernannt worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: Alois Kretzschmar GmbH, Georgsmarienhütte; **Bochum:** VODA-Verlagsges. mbH; **Braunschweig:** Rolf Koch, Dachdeckermeister, Inh. d. Walter Koch (Dachdeckerei u. Gerüstbau); **Hamm:** Herbert Köhler KG, Holzwickede; **Hannover:** GIS Ges. f. Informationssysteme mbH; **Heilbronn:** Sportstättenbau GmbH, Bietigheim-Bissingen; **Mönchengladbach:** Bernhard Heinemann GmbH u. Co. Bauträger KG; **Saarbrücken:** Endric Richartz, Kaufm., **Schwelm:** Ewald Söhn GmbH & Co.; **Walsrode:** Karl-Heinz Weitze, Schwarmstedt.

Anschlußkonkurs eröffnet: Siegburg: Ingenieurbüro Benno Kaltenegger AH & Co. KG, Hennef.



VERLAGSGRUPPE BERTELSMANN / Das Buch bleibt eine echte Alternative zu den neuen Medien

„Kassandrarufe sind absolut überflüssig"

DANKWARD SEITZ, München

Obwohl das Angebot der elektronischen Medien heute bereits so groß ist, daß von einem Informationsüberangebot gesprochen werden kann, und dieses durch Satelliten und Kabelfernsehen in den nächsten Jahren noch weiter eskalieren wird, gibt es nach Meinung von Ulrich Wechsler, Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG in Gütersloh und Chef der Buchverlage, keine Anzeichen dafür, daß das Buch den elektronischen Medien zum Opfer fallen wird. Vielmehr werde das Buch auch in Zukunft eine echte und aktive Alternative zu den „Neuen Medien" darstellen und sich als unersetzbar erweisen. „Kassandrarufe", so Wechsler, „sind absolut überflüssig."

Schon heute zeige sich, daß die Handhabung der verschiedenen Medien sich einspiele und im Umgang mit ihnen bewußt selektiert würde. Ein möglicher Einstieg des Hauses Bertelsmann ins private Fernsehen in kleinen Schritten werde daher „auf keinen Fall eine Abkehr von den klassischen Medien" bedeuten, versicherte Wechsler. Die Printmedien bildeten nach wie vor die Eckpfeiler des Konzerns. So entfielen von den über 6 Mrd. DM Gesamtumsatz von Bertelsmann mehr als 90 Prozent auf Bücher, Zeitschriften und Schallplatten, aber nur 10 Prozent auf neue Medien.

Daß das Buch innerhalb der Medienkonkurrenz seinen Platz behaupten wird und sogar eine positive Zukunft hat, wird nach Wechsler an der Entwicklung des Jahres 1983 deutlich. Trotz allgemein noch schwacher Konjunktur habe der Buchhandel bisher an seine Privatkundschaft nominal 8 Prozent mehr Bücher verkauft als im Vorjahr. Der Verkauf an Bibliotheken, Behörden und Unternehmen sei hingegen im Zuge von Einsparungsmaßnahmen um etwa 10 Prozent zurückgegangen. Insgesamt werde aber der Umsatzzuwachs der Sortimentsbuchhandel, der in der Rangliste der Einzelhandelsbranchen hinter Lebensmitteln an zweiter Stelle steht, 1983 ein Umsatzplus von 4 bis 5 Prozent auf über 5,3 (5,13) Mrd. DM erzielen können, nachdem die Zuwachsrate 1982 mit 2 (5 nach 8) Prozent am geringsten war. Nach wie vor intakt sei auch mit 4000 Buchhandlungen das „Netz geistiger Tankstellen", die das Angebot von 2000 Buchverlagen in der Bundesrepublik vertreiben.

Für die Verlagsgruppe Bertelsmann mit ihren rund 30 Verlagen verlief das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) nach den Worten von Wechsler „außerordentlich zufriedenstellend".

Trotz schwieriger Marktsituation konnte der Umsatz um rund 23 (13,4) Prozent auf 794 Mill. DM gesteigert werden. Allerdings ist darin zum ersten Mal der spanische Verlag Plaza y Janés mit einbezogen. Im Laufe des Jahres 1982 war die bisherige Beteiligung von 40 Prozent auf 100 Prozent aufgestockt worden. Ohne Plaza wäre der Umsatz um „gut 10 Prozent" gewachsen. Noch keinen Einfluß auf dieses Ergebnis hatte der im März 1983 zu 75 Prozent übernommene Siedler Verlag, Berlin. Wolf Jobst Siedler, der diesen Verlag mit politischen, kultur- und geistesgeschichtlichen Sachbüchern profilierte und weiterhin mit 25 Prozent beteiligt ist, hatte sich aus Altersgründen zu diesem Schritt entschlossen.

Zufrieden zeigte sich Wechsler auch mit dem Ertrag der Verlagsgruppe Bertelsmann. Man habe die Umsatzrendite von 3 Prozent zwar gehalten, doch hätten es auch 4 Prozent sein können, wenn man nicht 3 bis 4 Mill. DM zur Bildung von Reserven verwendet hätte.

Zum Umsatzwachstum trugen den Angaben zufolge das Inland mit einem Plus von 44 Prozent auf 346 Mill. DM und das Ausland mit plus 56 Prozent auf 448 Mill. DM fast zu gleichen Teilen bei. Aufgegliedert nach Verlagsbereichen entfielen auf allgemeine Literatur 472 Mill. DM (plus 9,8 Prozent), 155 Mill. DM (plus 2 Prozent) auf Fachzeitschriften und -bücher sowie 167 Mill. DM auf Nachschlagewerke, wo sich durch die Übernahme von Plaza ein Plus von 100 Prozent ergab.

In der Bundesrepublik liegt das Titelangebot von Bertelsmann bei 5845 (5145) Büchern, davon 700 (567) Neuerscheinungen. Im Ausland wurden 1982/83 insgesamt 3200 Titel angeboten, wovon 2250 auf die amerikanische Bantam, den größten Taschenbuchverlag der Welt, 2200 auf Plaza und 950 auf die britische Transworld entfielen.

Für das Geschäftsjahr 1983/84, das bisher „sehr gut" gelaufen ist, erwartet Wechsler ein Umsatzplus von 6 bis 10 Prozent, was „sehr zurückhaltend" sei. Insgesamt könne die Branche auch von einem guten Weihnachtsgeschäft ausgehen, da sich das Buch als Geschenk einer immer größeren Beliebtheit erfreue. Weitere Übernahmen für sein Haus schloß Wechsler aus, wenn „uns nicht etwas ganz besonderes über den Weg läuft".

MANNESMANN / Tiefe Einbrüche in Umsatz und Ertrag, vor allem beim Röhrenbereich

Anpassungskurs für schwache Märkte

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Um etwa 10 Prozent wird der Weltumsatz der Mannesmann AG, Düsseldorf, im „schwierigen Jahr" 1983 hinter seinem vorjährigen Gipfel von 16,5 Mrd. DM zurückbleiben. Noch stärker ist der Einbruch beim Jahresüberschuß (280 Mill. DM) zu vermuten, der im Vorjahr nur zu 54 Prozent für die Dividende von 6 DM benötigt wurde. Konsequenzen für die diesjährige Dividende der 185 000 Aktionäre kündigt Vorstandsvorsitzender Franz Josef Weisweiler vorerst vage mit dem Hinweis an, daß Mannesmann sich hier stets um „möglichst weitgehende Konstanz" bemühe.

Der Ertragseinbruch kam vor allem aus dem Röhrenbereich, der 1983 bei voraussichtlich 9 Prozent Versandminus und 26 Prozent Umsatzminus in den Betriebsverlust rutschte. Zumal hier und im Demag-Bereich will der Konzern auch 1984 seinen Anpassungskurs mit Kapazitäts- und Personalreduzierung fortsetzen. Denn die flaue Investitionsgüterkonjunktur lasse bisher auch für 1984 keine wesentliche Besserung erwarten. Aufträge zu nicht kostendeckenden Preisen (nur um der Beschäftigung willen) aber wolle man sich künftig nicht mehr wie 1983 leisten. Auf Sparflamme hat der Konzern auch seine für 1984 nur noch mit 408 (1982 noch 707) Mill. DM geplanten Sachinvestitionen gesetzt.

In den ersten drei Quartalen von 1983 fiel der Außenumsatz bei „deutlichem" Ertragsrückgang um 20 Prozent auf 9,55 Mrd. DM mit nur noch 60 (67) Prozent Auslandsanteil zurück. Mit Ausnahme der Unternehmensgruppen Hartmann & Braun und Kienzle, die auch Ertragsbesserungen erzielten (Kienzle seit einigen Monaten erstmals mit positiven Ergebnissen), sanken die Umsätze aller Gruppen. Besonders stark fiel das Umsatzminus in den Gruppen Röhrenwerke, Brasilien und Handel aus. Der Export der Inlandsunternehmen schrumpfte um 29 Prozent auf 1,07 Mrd. DM oder nur noch 52 (59) Prozent ihres Außenumsatzes. Alle Maschinen- und Anlagenbaugruppen des Konzerns zusammen kamen immerhin noch auf 5,29 Mrd. DM Produktionsleistung (minus 1 Prozent).

Die Stahlrohrproduktion des Gesamtkonzerns sank um 13 Prozent auf 2,17 Mill. t, wobei nur die Großrohrerzeugung noch leicht um 1 Prozent auf 796 000 t zunahm, nahtlose Röhren aber drastisch um 25 Prozent auf 1,02 Mill. t abfielen. Insbesondere mit dem Preisverfall auf dem Stahlrohrmarkt und der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs im Anlagengeschäft erklärt der Vorstand den Ertragsrückschlag. Außerdem seien Belastungen aus „Maßnahmen zur Strukturverbesserung" eingetreten.

Besagte „Maßnahmen" spiegeln sich auch in dem relativ starken Rückgang der Gesamtbelegschaft während dieser drei Quartale um 7 Prozent auf 107 200 Mitarbeiter, darunter im Ausland (vor allem durch Brasilien) sogar um 10 Prozent auf 27 000 Leute. Personalabbau, geringere Überstundenzahl und vermehrte Kurzarbeit minderten den Personalaufwand um 5 Prozent auf 4,03 Mrd. DM; je Inlandsbeschäftigtem stieg er noch um 1,3 Prozent.

Die Sachinvestitionen wurden mit 436 Mill. DM auf Vorjahresniveau fortgesetzt. Erholungstendenzen aus der allgemeinen Konjunkturbesserung spürte Mannesmann im Auftragseingang bis Ende September nur vereinzelt. So buchte die Gruppe Anlagenbau mit 1,7 Mrd. DM „deutlich" mehr Aufträge als vor Jahresfrist, davon vier Fünftel im Bereich Rohrleitungsbau, der seine Marktstellung in der Kraftwerksausrüstung „festigte". In der Rexroth-Gruppe haben die Hydraulik-Aufträge inzwischen wieder zu dem guten Buchungsniveau des Vorjahres aufgeschlossen.

STREPP / Druck der Überkapazitäten auf den Hygienepapiermarkt Westeuropas hat nachgelassen

Die Großinvestition wurde glatt verdaut

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In der Branche krankt zwar noch mancher an den Wunden, die seit Frühjahr 1982 der Druck der westeuropäischen Überkapazitäten mit Preisrückschlägen bis zu 30 Prozent bei einigen Produkten schlug. Aber der mittelständische Hygienepapierproduzent Strepp GmbH & Co. KG Papierfabrik - Hochkoppelmühle, Kreuzau/Düren, kündigt auch für 1983 wieder ein „voll zufriedenstellendes" Jahresergebnis an. Optimistisch ist Karl-Theo Strepp als Geschäftsführer dieses steinalten Familienunternehmens – die Papiermachertradition der Strepps reicht bis anno 1717 zurück – auch im Ausblick auf 1984.

Der Druck der Überkapazitäten auf den Hygienepapiermarkt Westeuropas lasse seit Mitte 1983 nach. Dank Nachfragebelebung herrsche nun praktisch überall Vollbeschäftigung. Die eigene Firma habe in diesem Herbst mit 2 bis 5 Prozent eine erste Produktenpreiserhöhung realisiert. Der werde ab Anfang 1984 die nächste Erhöhungsstufe um 3 bis 8 Prozent folgen, womit man die bisherigen Kostensteigerungen wieder kompensiere. Das allgemeine Konjunkturklima lasse für 1984 zumindest kein schlechteres Geschäft als derzeit erwarten.

Mit einer vor zwei Jahren auf 300 (260) Leute aufgestockten und seitdem konstanten Belegschaftszahl erwartet Strepp für 1983 eine Umsatzsteigerung um 8 (29) Prozent auf 104 Mill. DM bei einer Absatzsteigerung um 21 (39) Prozent auf 41 000 t.

Diese Großinvestition von 25 Mill. DM aus den Jahren 1981/82 würde nicht nur in schneller Markteinschleusung glatt verdaut. Ein Problem, das manchem mittelständischen Investor in der Papierindustrie in neuerer Zeit schon das Genick gebrochen hat. Mit einer Eigenkapitalquote von gut 40 Prozent des Bilanzvolumens sei man 1983 zudem wieder auf gutem Rückweg zu den vor der Großinvestition gewohnten reichlich 50 Prozent und zu mehr als voller Deckung des Anlagevermögens aus Eigenmitteln. Dazu trägt nun eine „Konsolidierungsphase" bei, in der die Investitionen von 1983 bis 1985 mit je etwa 2 Mill. DM sehr niedrig bleiben und schätzungsweise nur ein Sechstel vom Cash-flow beanspruchen.

Der Strepp-Umsatz von 1983, auch wegen der Standortnähe des frachtkostenempfindlichen Produkts zum Benelux-Raum mit branchentypisch hohem Exportanteil von 15 Prozent, stammt nun nur noch zu 44 (50) Prozent aus eigener Fertigware, die überwiegend mit Handels- oder „weißen" Marken zum Konsumenten kommt. Bewußt als Element des Konjunkturausgleichs pflegt Strepp das Tissue-Halbfabrikate-Geschäft für Fremdverarbeiter mit nun 13 (35) Prozent Umsatzanteil. Den Rest des Umsatzes bringt das seit Jahren stagnierende Geschäft mit Zellstoffwatte.

Bei allem Erfolg quält die jetzt mit 9 (8) Prozent an der Deutschen Hygienepapierdroduktion beteiligte Firma ein Ärgernis: Die Auslandskonkurrenz drücke in die Bundesrepublik auch mit Produktangeboten, die nach „Mogelpackung" riechen.

Patrizier: Nur noch ein Großaktionär

DANKWARD SEITZ, München

Einziger Großaktionär bei der Patrizier-Bräu AG, Nürnberg, ist jetzt die Gustav und Grete Schickedanz Holding KG, Fürth. Nach eigenen Angaben hat das Fürther Unternehmen, das bisher schon wesentlich an der Brauerei beteiligt war, die über 25prozentige Beteiligung der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, an Patrizier erworben. Über die Höhe des Kaufpreises wurde nichts mitgeteilt.

Patrizier erzielte 1981/82 (30. 9.) einen AG-Umsatz von 141,6 (136,0) Mill. DM bei einem Getränkeausstoß von 1,25 Mill. hl, davon 1,07 Mill. hl Bier. Im Konzern waren es es 175,8 (163,2) Mill. DM und 1,54 Mill. hl. Damit war es gelungen, den negativen Trend der vergangenen Jahre zu stoppen. Allerdings mußten die Aktionäre zum fünften Mal hintereinander auf eine Ausschüttung verzichten.

IBM / 20 Milliarden Mark Schadenersatz verlangt

Konkurrenten spionierten

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine der größten Schadenersatzklagen in der US-Geschichte hat die International Business Machines Corp. (IBM) gegen die National Semiconductor Corp. in Santa Clara, Kalifornien, und die japanische Hitachi Ltd. wegen „gemeinsamer Industriespionage in den vergangenen dreieinhalb Jahren, gewissenloser Geschäftemacherei und unfairen Wettbewerbs" angestrengt. Als Wiedergutmachung sollen die beiden Unternehmen im Rahmen des strafrechtlichen Prozesses 7,5 Milliarden Dollar (mehr als 20 Milliarden Mark) zahlen. Das ist das Dreifache des entstandenen Schadens.

Anhängig ist die Klage beim US-Distriktgericht in San Francisco, wo FBI-Beamte 1982 in einer „Sting"-Aktion einen Schmugglerring für neue IBM-Technologien aufbrachen. Um die Geräte und Blaupausen außer Landes zu schleusen, wendete Hitachi 648 000 Dollar auf. Empfänger waren jedoch die FBI-Agenten. Nach Angaben des Konzerns hatten die gestohlenen Computer-Informationen einen Wert von 0,8 bis 2,5 Milliarden Dollar.

IBM wirft der National Semiconductor und Hitachi die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens vor, das den Auftrag hatte, Betriebsgeheimnisse des größten Computerherstellers der Welt auszuspionieren, um die Produktion von Hard- und Software, die für IBM-Anlagen verwendet werden können, zu erleichtern. Auf diese Weise sollen die beiden Firmen in den Besitz neuer Techniken gelangt und in die Lage versetzt worden sein, ihre Erzeugnisse früher auf den Markt zu bringen als die übrige Konkurrenz.

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich bzw. unverändert ging Kupfer aus dem Markt. Leicht verbessern konnten sich Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25. 11.	24. 11.
Dez.	341,50	–
März	356,25	–
Mai	358,75	–

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	25. 11.	24. 11.
St. Lawrence 1 CW	333,15	204,79
Amber Durum	255,80	255,80

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	149,50	148,00
März	154,60	151,00
Mai	158,50	156,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,00	122,30
März	124,90	124,40
Mai	124,50	123,50

Hafer Chicago (c/bush)	25. 11.	24. 11.
Dez.	177,25	–
März	185,00	–
Mai	189,50	–

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	340,00	–
März	341,25	–
Mai	341,50	–

Gerste Winnipeg (can. $/t)	25. 11.	24. 11.
Dez.	130,40	128,50
März	134,80	132,90
Mai	135,10	133,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25. 11.	24. 11.
Dez.	149,75	149,50
März	144,25	143,90
Mai	139,50	139,10

Kakao New York ($/t)	25. 11.	23. 11.
Dez.	2229	2208
März	2235	2226
Terminkontr. Mai	2247	2240
Umsatz	2207	4896

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,22	9,10
März	9,74	9,49
Mai	10,07	9,80
Juli	10,40	10,05
Sept.	10,57	10,29
Umsatz	6 370	10 060

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	25. 11.	23. 11.
	geschl.	8,04

Kaffee London (£/t) Robusta-	25. 11.	24. 11.
Kontrakt Nov.	1908–1909	1915–1917
Jan.	1916–1917	1923–1925
März	1887–1888	1888–1890
Umsatz	2179	2890

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1614–1617	1610–1614
März	1632–1633	1623–1624
Mai	1633–1634	1620–1621
Umsatz	6707	4391

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	150,00–151,00	144,50–146,50
März	165,20	162,00–162,25
Mai	171,00	167,25–168,00
Umsatz	2487	1542

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 11.	24. 11.
schw. Sarawak spez.	425,00	425,00
weißer Sarawak	637,50	637,00
weißer Muntok	645,00	645,00

Orangensaft New York (c/lb)	25. 11.	23. 11.
Jan.	123,00	122,50
März	120,60	120,25
Mai	120,20	119,95
Juli	119,95	119,65
Sept.	119,75	119,15
Umsatz	150	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	25. 11.	23. 11.
Südstaaten fob Werk	geschl.	44,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	26,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,18	26,25
Jan.	27,43	26,45
März	27,90	27,00
Mai	28,20	27,45
Juli	28,55	27,80
Aug.	27,95	27,50
Sept.	26,70	25,40

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	geschl.	27,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	17,50
Choise white hog 4% fr. F.	geschl.	17,50

Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	17,50
fancy	geschl.	16,75
bleichfähig	geschl.	16,50
yellow max. 10% fr. F.	geschl.	15,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	geschl.	42,55
Febr.	geschl.	47,95
April	geschl.	47,60

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	geschl.	61,25
März	geschl.	61,70
Mai	geschl.	63,20

Häute Chicago (c/lb)	25. 11.	23. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	52,50

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	794,00	783,00
März	811,00	800,00
Mai	822,50	809,00
Juli	826,00	813,00
Aug.	807,00	794,00
Sept.	747,00	741,00
Nov.	692,00	693,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	220,90	218,50
Jan.	223,30	221,50
März	225,80	223,70
Mai	225,50	223,60
Juli	225,00	224,00
Aug.	220,00	218,00
Sept.	209,40	209,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	24. 11.	24. 11.
Dez.	370,50	363,30
März	382,50	375,50
Mai	391,00	383,20

Kokosöl New York (c/lb)	25. 11.	23. 11.
Westküste fob Werk	geschl.	40,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	28. 11.	25. 11.
jegl. Herk. cif	900,00	890,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	555,00	545,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	695,00	690,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	198,00	194,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	915,00	910,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	306,50	300,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	25. 11.	23. 11.
Dez.	76,35	75,80
März	79,40	79,10
Mai	80,70	80,31
Juli	81,60	81,00
Okt.	76,43	76,30
Dez.	75,00	74,80

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	geschl.	59,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	25. 11.	24. 11.
Dez.	404–409	406–409
Jan.	403–406	407–408
März	410–412	412–414
Umsatz	102	7

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	25. 11.	24. 11.
Dez.	46,50	46,50
März	46,70	46,70
Mai	47,50	47,50
Juli	47,70	47,70
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	25. 11.	24. 11.
Dez.	533,30–537,00	535,00–537,00
März	558,30–558,50	559,50–560,00
Mai	573,00–577,00	576,00–577,00
Umsatz	58	79

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	25. 11.	24. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	25. 11.	24. 11.
Nov.	13 835	13 829
Dez.	13 836	13 806

Kautschuk London (p/kg)	25. 11.	24. 11.
Nr. 1 RSS loco	83,50–85,50	82,50–84,50
Jan.	84,40–86,00	83,00–84,00
Febr.	84,30–86,00	–
Jan./März	84,30–84,80	83,20–83,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	25. 11.	24. 11.
Nr. 1 RSS loco	264,00–265,00	261,00–262,00
Dez.	266,50–267,50	263,50–264,50
Jan.	270,00–271,00	265,75–268,50
Nr. 2 RSS Dez.	260,50–261,50	258,50–259,50
Nr. 3 RSS Dez.	257,00–258,00	255,00–256,00
Nr. 4 RSS Dez.	250,50–251,50	248,50–249,50
Tendenz: stetiger		

Jute London (£/lgt)	25. 11.	24. 11.
BWC	400,00	400,00
BWD	390,00	390,00
BTC	400,00	400,00
BTD	390,00	390,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	28. 11.	25. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	111,15–111,25	111,10–111,30
drittfolg. Monat	114,81–115,01	113,88–114,08
Zink: Basis London		
laufend. Monat	230,02–230,22	230,74–231,14
drittfolg. Monat	235,76–235,96	236,49–236,89
Produz.-Preis	257,74	258,19
Reinzinn 99,9%	3815–3852	3813–3851

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 11.	25. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	395,31–397,69	392,43–394,81
Blei in Kabeln	118,75–119,75	118,75–119,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	28. 11.	25. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	365–376	363–374
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	411–412	410–411
MS 63	406–411	404–406

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	25. 11.	24. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,19	30,23

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 11.	25. 11.
Leg. 225	413–415	410–413
Leg. 226	415–417	412–415
Leg. 231	445–447	442–445
Leg. 233	455–457	452–455

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 11.	25. 11.
Platin (DM je g)	37,00	36,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 600	33 180
Rücknahmepr.	32 850	32 350
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 570	33 190
Rücknahmepr.	32 580	32 190
verarbeitet	35 230	34 830
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 315	32 915
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	770,80	758,70
Rücknahmepr.	743,80	732,10
verarbeitet	804,80	792,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	28. 11.	25. 11.
10.30	381,25	375,90
15.00	–	376,10
Zürich mittags	381,10–381,60	375,75–376,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 550	98 350
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	596,35	585,85
3 Monate	609,95	598,45
6 Monate	623,75	612,45
12 Monate	651,65	639,90

Platin (£-Feinunze) London	25. 11.	24. 11.
fr. Markt	265,90	265,45
Palladium (£-Feinunze) London		
fr. Markt	99,85	–
f. Händlerpr.	99,85	93,70

New Yorker Preise	25. 11.	23. 11.
Gold H & H Ankauf	geschl.	375,75
Silber H & H Ankauf	geschl.	858,50
Platin fr. Händlerpr.	392,00–395,00	392,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	145,00–147,00	145,00–147,00
Produz.-Preis	130,00	130,00

Silber (c/Feinunze)		
Nov.	858,70	852,30
Dez.	856,00	851,00
Jan.	867,30	[illegible]
März	878,00	873,00
Mai	895,00	[illegible]
Juli	912,50	905,00
Sept.	927,00	[illegible]
Umsatz	14 000	19 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	25. 11.	23. 11.
Nov.	63,90	63,85
Dez.	63,95	63,90
Jan.	64,80	64,80
März	65,95	65,95
Mai	67,25	67,20
Juli	68,70	68,65
Sept.	70,05	70,00
Umsatz	15 000	17 000

Londoner Metallbörse

	28. 11.	25. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	1083,0–1083,5	1081,5–1082,5
3 Monate	1110,5–1111,0	1098,0–1098,5
Blei (£/t) Kasse	280,70–281,00	278,00–279,00
3 Monate	290,00–290,50	288,50–287,00
Kupfer Higbgrade (£/t) mittags Kasse	986,00–986,50	976,00–977,00
3 Monate	1007,5–1008,0	998,50–999,00
abends Kasse	–	972,50–973,00
3 Monate	–	994,50–995,00
(Kupfer-Standard) Kasse	969,50–970,00	954,00–956,00
3 Monate	992,50–993,00	979,00–980,00
Zink (£/t) Kasse	587,00–581,50	576,00–577,00
3 Monate	595,50–596,00	590,50–590,70
Zinn (£/t) Kasse	8720–8735	8720–8725
3 Monate	8850–8852	8847–8850
Quecksilber ($/Fl.)	–	305,00–315,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70,00–73,00

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Broch, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

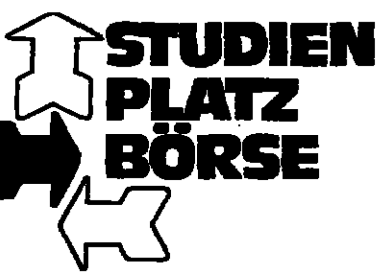
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Rechtswissenschaften
1. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Frankfurt
2 FU Berlin	Hamburg
3 FU Berlin	Münster
4 FU Berlin	Uni München
5 FU Berlin	Tübingen
6 Bayreuth	Bochum
7 Bayreuth	Göttingen
8 Bayreuth	Hamburg
9 Bayreuth	Köln
10 Bayreuth	Münster
11 Bayreuth	Osnabrück
12 Erlangen	Bonn
13 Erlangen	Bochum
14 Erlangen	Hamburg
15 Erlangen	Köln
16 Erlangen	Münster
17 Erlangen	Uni München
18 Freiburg	Hannover
19 Freiburg	Köln
20 Gießen	Frankfurt
21 Gießen	Göttingen
22 Gießen	Hannover
23 Gießen	Uni Kiel
24 Göttingen	Freiburg
25 Göttingen	Hamburg
26 Göttingen	Uni München
27 Göttingen	Tübingen
28 Heidelberg	Uni München
29 Uni Kiel	Hamburg
30 Marburg	Göttingen
31 Marburg	Hamburg
32 Marburg	Münster
33 Passau	Bonn
34 Passau	Hamburg
35 Passau	Köln
36 Regensburg	Hannover
37 Regensburg	Bremen
38 Regensburg	Hamburg
39 Regensburg	Uni Kiel
40 Regensburg	Münster
41 Saarbrücken	Bonn
42 Saarbrücken	Frankfurt
43 Saarbrücken	Köln
44 Trier	Bremen
45 Trier	Hamburg
46 Trier	Uni Kiel
47 Tübingen	Frankfurt
48 Würzburg	Hamburg
49 Würzburg	Uni Kiel

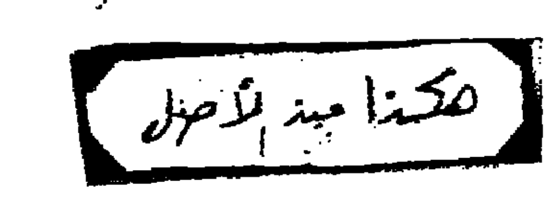
Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Tübingen
2 Bochum	Bonn
3 Bochum	FU Berlin
4 Bochum	Erlangen
5 Bochum	Hannover
6 Bochum	Hamburg
7 Bochum	Köln
8 Bochum	Tübingen
9 Bochum	Würzburg
10 FU Berlin	Marburg
11 FU Berlin	Mainz
12 FU Berlin	Tübingen
13 Düsseldorf	Bonn
14 Essen	Bonn
15 Essen	FU Berlin
16 Essen	Erlangen
17 Essen	Gießen
18 Essen	Hamburg
19 Essen	Köln
20 Essen	Uni Kiel
21 Essen	Marburg
22 Essen	Würzburg
23 Gießen	TU München
24 Gießen	Mainz
25 Gießen	Tübingen
26 Köln	TU München
27 Uni Kiel	Hamburg
28 Saarbrücken	Mainz
29 Saarbrücken	Tübingen
30 Saarbrücken	Würzburg
31 Würzburg	Erlangen

Humanmedizin
1. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Hannover
2 Aachen	Hamburg
3 Bonn	Hamburg
4 Bochum	Freiburg
5 Bochum	Hamburg
6 Bochum	Lübeck
7 Bochum	Uni Kiel
8 Bochum	TU München
9 Bochum	Uni München
10 FU Berlin	Bonn
11 FU Berlin	Freiburg
12 FU Berlin	Gießen
13 FU Berlin	Uni München
14 FU Berlin	Tübingen
15 FU Berlin	Würzburg
16 Düsseldorf	Hannover
17 Essen	Bonn
18 Essen	TU München
19 Essen	Uni München
20 Göttingen	Tübingen
21 Saarbrücken	Göttingen
22 Saarbrücken	Hannover
23 Saarbrücken	Hamburg
24 Saarbrücken	Münster
25 Würzburg	TU München
26 Würzburg	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84





Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Renten weiter nachgebend

Ausgehend vom Pfandbriefmarkt zogen die Renditen der festverzinslichen Papiere weiter an. Bei einigen Daueremittenten soll der Refinanzierungsbedarf immer noch nicht befriedigt sein. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Der Abgabeschwerpunkt lag im längeren Bereich. Wegen der meist pessimistischen Zinsprognosen scheint ein Umsteigen in Papieren mit kürzeren Laufzeiten vorbereitet zu werden. DM-Auslandsanleihen ebenfalls rückläufig, hier leidet der Markt weiterhin unter dem hohen Volumen an Neuemissionen.

	28. 11.	25. 11.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,25bG	94,25bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
6½ dgl. Pf 10	81,5G	81,5G
6 dgl. KS 1	98,6G	98,6G

	28. 11.	25. 11.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	89,75G	89,75G
6 dgl. 47	77	77
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100,2	100,2
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 96	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 80	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf. 248	100,7G	100,7G

	28. 11.	25. 11.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 85	77bG	77bG
7 dgl. Pf 100	99,1G	99,1G
D 8 WestLB Pf 350	100,35G	100,35G
8¾ dgl. Pf 403	96,1G	96,1G
9½ dgl. Pf 1007	104,75G	104,75G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	97,95G
7 dgl. KO 558	99,35G	99,35G
6¾ dgl. KS 420	94,45G	94,45G
9¼ dgl. KO 1301	103,95G	103,95G
8½ dgl. KS 1278	101,2G	101,2G
8 dgl. IS 1512	99,55T	99,55T

Sonderinstitute

Industrieanleihen

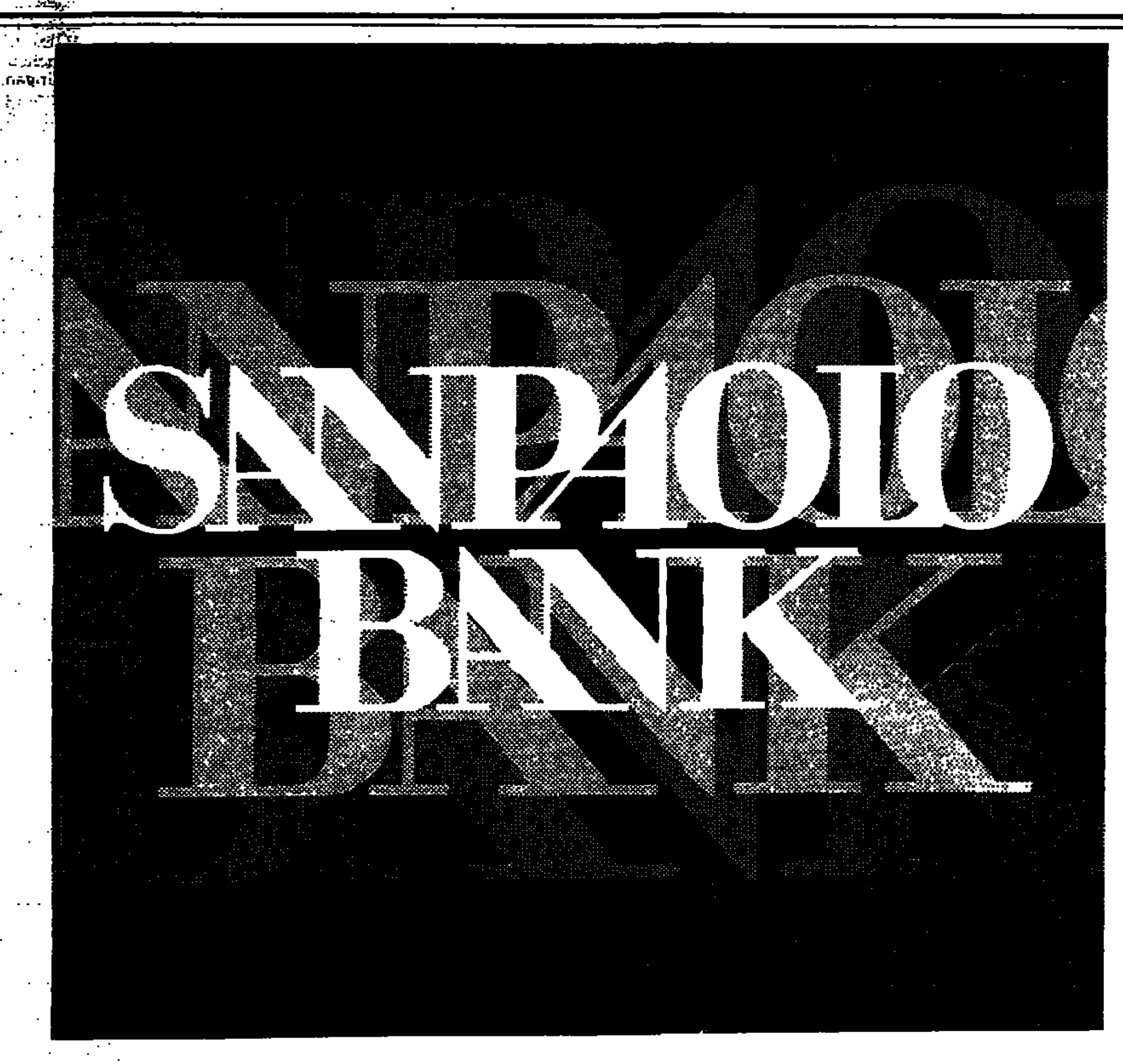
Wandelanleihen

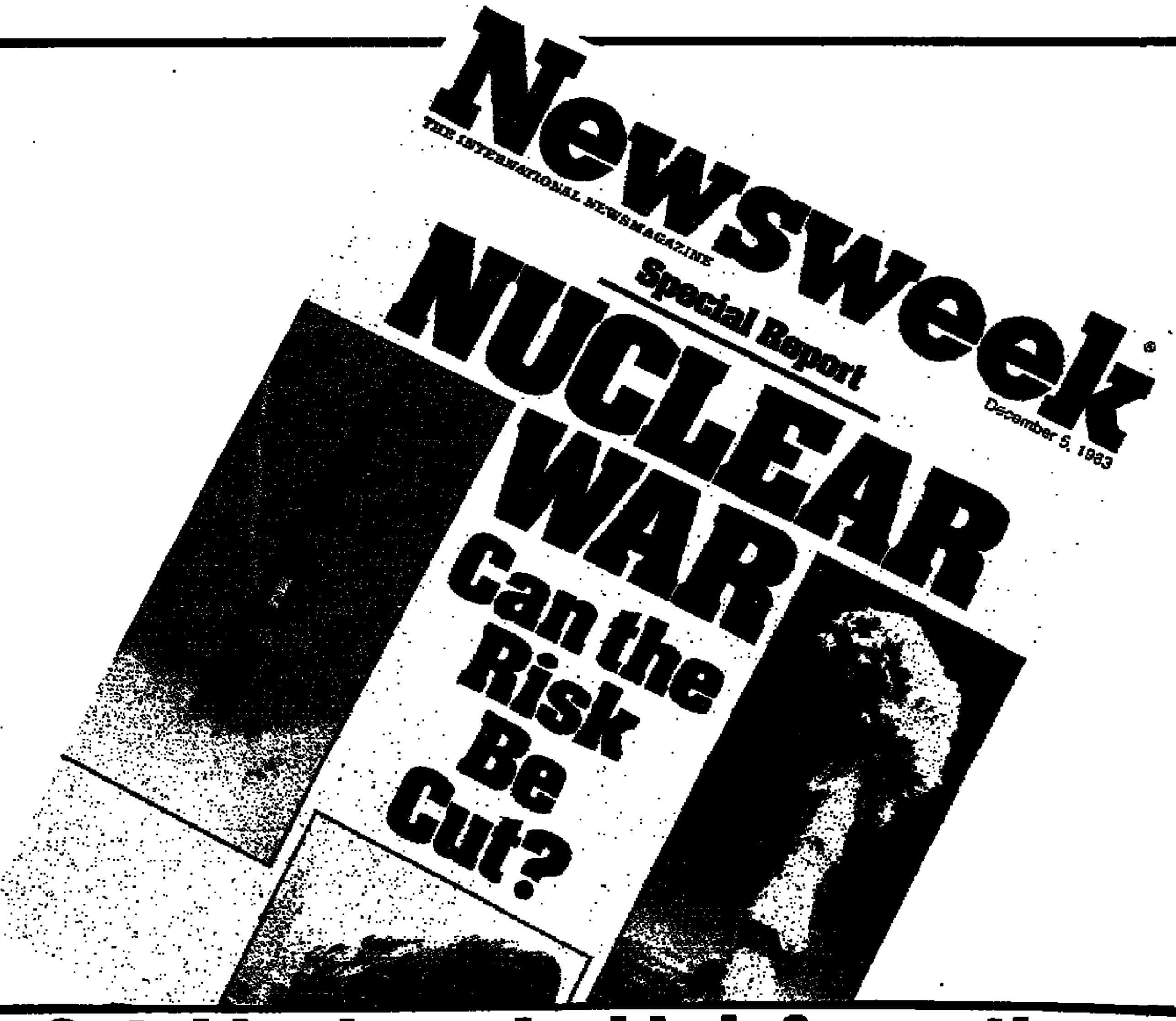
Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Ausländische Aktien





Spitzenkurse nicht gehalten,

aber weiterhin Interesse für Qualitätsaktien

DW. – Der Aktienmarkt eröffnete dank der vorliegenden Kaufaufträge inländischer Kunden zu überwiegend festeren Kursen. Da Anschlußaufträge während der Börsenzeit nicht eintrafen und sich die Ausländer mit neuen Dispositionen zurückhielten, bröckelten die Kurse im Verlaufe bei meist nur geringen Umsätzen ab. Teilweise wurden dabei die Wochenschlußnotierungen unterschritten. Die Bevorzugung der Spitzenpapiere, wie Titel der Großchemie, Daimler, Mercedes, BMW und Siemens, läßt auf Anlagekäufe institutioneller Anleger schließen. Bei den Versicherungswerten Allianz und Aachen-Münchner-Beteiligung – beide erreichten neue Spitzenkurse – war auch die Börsenkulisse aktiv.

Der deutliche Anstieg des Betriebsergebnisses der Commerzbank führte bei den Commerzbank-Aktien nur zu einem bescheidenen Anstieg um 1,50 DM. Ähnliche Steigerungen verzeichneten auch die anderen Bankaktien. Der Umsatzrückgang bei Mannesmann löste hier weitere Abgaben aus und ließ den Kurs um weitere 2 DM sinken. Auch in anderen Maschinenbauwerten kam es zu Abschlägen. Teilweise erreichten sie 3 DM. Im Automobilbereich gab es bei den VW-Aktien eine Ernüchterung und eine Kursreduzierung um 4 DM. Hinweise der Banken, wonach beim Volkswagenwerk im laufenden Quartal die Wende eintreten wird, stoßen vorerst nur auf geringe Käuferresonanz.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt und Dyckerhoff erhöhten je um 3 DM. Pongs u. Zahn legten 2,50 DM zu und Rheag 15 DM. Rhenag verbesserten sich um 5 DM auf 315 DM. Nachgeben mußten Bilfinger um 3 DM auf 194 DM und Hagen Batt. um 3,30 DM auf 130 DM. Huta verloren 4 DM auf 106 DM und Allianz Leben stockten um 150 DM auf 3350 DM auf. Allianz Vers. erhöhten um 18 DM auf 868 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte haben Veränderungen auf beiden Seiten, die bis an die Grenze von 5 DM pro Aktie heranreichten. Wibau konnten sich verbessern, Königebenfalls um 2 DM auf 25 DM. Besonders gaben VW um 4,30 DM auf 205 DM nach.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden mit 155,50 DM (minus 2,50 DM) gehandelt. HEW lagen bei 100,50 DM (plus 0,50 DM) und NWK-Vorzüge bei 170,20 DM (plus 0,70 DM) gut behauptet. Reichelt gingen zu 87 DM (minus 1 DM) aus dem Markt.

München: Agrob Vz. erhöhten um 1 DM auf 321 DM und Dywidag um 2 DM auf 180 DM. Diamalt AG gaben um 5 DM auf 179 DM nach. Flachglas verloren 1 DM auf 271 DM und Grünzweig 1 DM auf 173 DM. Süd Chemie verloren 3 DM auf 325 DM.

Berlin: Kempinski verbesserten sich um 2 DM, Herlitz Stämme und Orenstein um je 1,50 DM. DUB-Schultheiss gaben um 3,50 DM, Berthold um 1,50 DM, Berliner Kindl und Herlitz Vorzüge um je 1 DM nach.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

Hongkong

Brüssel

Singapur

Madrid

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 25. 11.: 794 Optionen = 40 550 (45 550) Aktien, davon 124 Verkaufsoptionen = 8550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-80/8,90, 4-95/2,50, 7-85/8,10, Siemens 1-390/7, 4-400/13,20, 7-410/20, Veba 4-170/8,40, 7-190/4,70, BASF 1-144,30/25, 1-154,50/16,60, 1-155/16, 1-159,30/11,80, 1-170/5,90, 1-180/3,80, 4-140/33,25, 4-159,50/18, 4-160/15,50, 4-170/10,60, 4-180/6,75, 7-160/22, 7-170/17,80, 7-180/11, Bayer 1-138/34,40, 1-140/31, 1-146/25, 1-150/20, 1-156/15, 1-160/12, 1-170/5,30, 4-160/16,10, 4-170/12,80, 4-180/5,50, 7-180/18,60, Hoechst 1-154,50/26, 1-160/21, 1-170/24, 4-170/19,80, 4-180/13,10, 4-190/9,85, 7-150/50, 7-180/19,40, 7-190/16, 7-200/11, BMW 1-450/7, 4-440/23,20, 4-450/17,50, VW 1-190/24,80, 1-220/5,30, 1-230/2,50, 4-210/21,20, 4-220/17, 4-230/12, 4-240/9, 4-250/6, 7-230/20, 7-240/15,40, Conti Gummi 1-100/25, 1-110/18, 1-120/8,20, 1-130/4, 4-110/24,20, 4-120/13, 4-130/10, 4-140/8, 7-130/14,50, 7-140/9,50, 7-150/5,50, Lufthansa St. 1-130/9, Vz. 1-120/16, 1-117,50/18, Commerzbank 1-170/6, 1-180/1,90, 4-170/14,50, 4-180/9, 4-190/5, 7-160/28, 7-170/21,20, 7-180/14,40, 7-190/10, 7-200/6,60, Dt. Bank 1-330/5,50, 4-320/19,40, 4-330/15, 4-370/4, Dresdner Bank 1-180/4, 4-170/15,90, 4-180/10,50, 7-170/30, Hoesch 1-90/6, 1-95/3,30, 1-100/1,60, 4-90/13, 4-95/7,90, 4-100/6,50, 7-100/11,30, Mannesmann 1-140/1,70, 4-130/10,40, 4-140/7,10, 4-150/3,80, 7-130/16, 7-140/11, 7-150/7, 7-160/2,50, Preussag 1-282/11, 2-270/10, Thyssen 1-70/10, 1-85/1,60, 4-80/7, 4-85/5, 7-85/7, Daimler 1-518,50/180, 1-640/70, Degussa 4-380/14,40, Klöckner 1-45/1, 4-40/4,10, 7-40/6, MAN 4-130/12,40, Varta 4-180/14, Chrysler 4-70/12,10, 4-75/7,40, Xerox 1-120/11,30, Philips 7-45/4, Royal Dutch 7-130/8,10, Elf 4-60/4, 4-60/3,20. **Verkaufsoptionen:** 4-75/1,50, Siemens 1-380/1,20, 4-370/5, 4-380/13, Veba 4-160/4, BASF 1-170/2,90, 4-160/2,30, 4-170/4,60, Bayer 4-170/4,80, 7-160/3,80, 7-170/5,60, Hoechst 4-170/2,50, VW 1-220/12, 4-210/7,90, 4-220/14, 4-230/18, 7-220/16, Conti Gummi 1-120/2, 4-120/2,70, 47-120/4,90, Lufthansa St. 7-130/5, Commerzbank 4-160/3,80, 4-170/5,30, Dt. Bank 1-310/3,40, 4-310/7,20, Dresdner Bank 1-170/4, 4-160/2,40, 4-170/7, 7-170/7,40, Hoesch 7-90/4,60, 7-100/10,60, Mannesmann 1-130/5,10, 4-130/8, Thyssen 4-85/9,40, 7-75/4,15, Bayr. Hypo 1-280/6,40, BBC 7-200/5, Daimler 1-680/14, 4-680/18, GHH St. 4-130/4,40, Vz. 7-120/6,90, KHD 4-230/9,40, MAN 1-120/2, Chrysler 1-70/1,30, 4-75/4,90, 4-80/8, 7-75/7,20, Litton 4-170/5, Norsk Hydro 1-180/8,30, 4-170/10. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9¾	5⅝–5¾	3¼–3½
3 Monate	9⅞–10	6⅛–6¼	4⅛–4⅜
6 Monate	10 –10⅛	6⅛–6¼	4¼–4½
12 Monate	10¼–10⅜	6⅜–6½	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1405,00	1715,70
10 US-Dollar (Indian) **)	1138,00	1346,06
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,10
1 £ Sovereign alt	239,00	295,26
1 £ Sovereign Elizabeth II	233,00	288,42
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1050,00	1236,90
Maple Leaf	1050,00	1236,90
Platin Noble Man	1000,00	1282,50
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	254,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	199,00	255,36
20 franz. Franken „Napoléon"	194,00	245,10
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,87
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	445,00	547,20
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 11. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,7033	2,7113	2,6826	2,66	2,75
London¹)	3,945	3,959	3,922	3,89	4,04
Dublin¹)	3,100	3,114	3,061	3,10	3,16
Montreal³)	2,1804	2,1884	2,1660	2,13	2,22
Amsterd.	89,180	89,400	89,29	87,75	89,75
Zürich	124,210	124,410	124,21	123,00	125,75
Brüssel	4,916	4,936	4,875	4,75	4,97
Paris	32,795	32,955	32,295	32,00	33,75
Kopenh.	27,630	27,750	27,39	26,50	28,50
Oslo	35,950	36,070	35,42	35,00	36,75
Stockh.**)	33,900	34,060	33,49	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,647	1,657	1,607	1,60	1,70
Wien	14,182	14,222	14,192	14,09	14,32
Madrid**)	1,735	1,745	1,680	1,65	1,77
Lissabon**)	2,091	2,111	2,001	1,80	2,49
Tokio	1,1520	1,1550	–	1,11	1,17
Helsinki	46,690	46,890	45,740	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,760	2,800	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4660	2,4850	–	2,42	2,52
Johannesbg.*)	2,2215	2,2405	–	2,18	2,49

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Devisenmärkte befanden sich zu Beginn der Woche in abwartender Haltung. Die hohen Kurse vom Freitag konnte der US-Dollar nicht mehr erreichen, er wurde zwischen 2,7110 und 2,7050 gehandelt. Das günstige Ergebnis der Leistungsbilanz der Bundesrepublik für Oktober in Höhe von 2,9 Mrd. Überschuß wirkte zusätzlich beruhigend. Die Bundesbank war zur amtlichen Notiz von 2,7073 mit einem Verkauf von 23,15 Mill. Dollar vertreten. Mit Ausnahme des holländischen Gulden und der spanischen Pesete wurden alle anderen amtlich notierten Währungen schwächer festgestellt. Im Falle des englischen Pfundes ist der Rückgang von 2,3 Promille auf 3,952 von dem noch nicht beigelegten Streik in der Druckindustrie mit beeinflußt worden. US-Dollar in: Amsterdam 3,0325; Brüssel 54,9650; Paris 8,2365; Mailand 1639,00; Wien 19,0600; Zürich 2,1779; Ir. Pfund/DM 3,107; Pfund/Dollar 1,4596.

Ostmarkkurs am 28. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Umsätze am Devisenmarkt blieben am 28. November bei wenig veränderten Kursen klein.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87/0,77	2,55/2,45	5,10/4,90
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,22/0,26	0,47/0,51
Pfund/DM	1,70/0,20	3,70/2,30	6,70/5,30
FF/DM	27/10	65/49	132/116

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 11.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,3–6,4 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 28. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50)–8,00 (6,71)–8,00 (7,11)–8,50 (7,42)–8,50 (7,60)–10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50)–8,00 (6,74)–8,00 (7,18)–8,50 (7,69)–10,00 (8,08)–10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Mr. Frost bedauert

cf – Auch nach Minikriegen werden Bücher geschrieben über Heldentaten. Wenn Generäle das tun, kommen bisweilen auch Wahrheiten zutage, die niemandem willkommen sind. Es kommt dann vor, daß nach manch einer Meinung der Krieg eine zu ernste Sache sei, um ihn der ganzen Wahrheit zu überlassen.

Generalmajor John Frost kommandierte einst das britische Fallschirmjäger-Regiment. Nun hat er über die Taten und Leiden des zweiten Bataillons in diesem Regiment ein Buch veröffentlicht, über Taten und Leiden beim Konflikt um die Falkland-Inseln. Mr. Frost, er verteidigte vor fast drei Jahrzehnten die Brücke von Arnheim, war nicht selbst auf den Inseln, doch er war gut informiert. Trotzdem, oder aber: eben deswegen, grollt ihm das britische Verteidigungsministerium.

Da wird neben vielem anderen berichtet, wie ein Sanitätsfeldwebel einen tödlich verwundeten Argentinier erschoß: ein Gnadenakt. Auch ist nachzulesen, wie ein Major der Fallschirmjäger einen Marinesoldaten mit gezogener Pistole veranlaßte, seine Leute überzusetzen: Befehl und Gehorsam.

Das schlimmste Faktum in Mr. Frosts Buch aber ist die Geschichte vom Fallschirmjäger David Parr, um den seine Familie getrauert hat als gefallen im Gefecht. Mr. Frost verzeichnet, daß David Parr durch britische Granaten umgekommen ist, und das Verteidigungsministerium hat das nun der Familie Parr zugeben müssen.

War die Lüge, mit der die Familie bisher lebte, nicht barmherzig? Ist Generalmajor Frosts Wahrheit notwendig, nützlich, heilsam? Niemand hat sich geäußert, ausgenommen Frost. Er ließ vernehmen, die Sache täte ihm leid.

München: Bizets „Carmen" auf französisch

Einmal eine Dame sein

München spielte Bizets „Carmen" erstmals in französischer Sprache. Die vorige Produktion, noch auf deutsch und bis vor kurzem auf dem Spielplan des Nationaltheaters, ließ sich länger nicht halten. Sie war nicht mehr zu besetzen. Sänger von Rang, die ein solches Werk auf deutsch lernen, finden sich nicht mehr.

Nun fand die Bayerische Staatsoper für die Carmen die Polin Stefania Toczyska, für den José den Russen Wladimir Atlantow, für die Micaëla die Amerikanerin Pamela Coburn und für den Escamillo den Deutschen Wolfgang Brendel. An eine Aufführung der originalen „Carmen" Bizets mit ihren leichtzüngigen, pointierten Dialogen war so wiederum nicht zu denken. Man griff also auf Guirauds zähe Rezitative zurück. Schlechtes Französisch soll gesungen leichter erträglich sein als gesprochen. Ein Irrtum wie so vieles an diesem Abend.

Man geht in die „Carmen" ja immer wieder in Erwartung eines feurigen und zündenden musikalischen Spektakels, eines zigeunerischen Andalusiens mit Kastagnetten und Stierkampf. Tatsächlich hat es Dirigenten gegeben, die Bizets Musik noch in den lyrischen Nachtstücken durchglühen konnten. Der Normalfall sieht anders aus: Bizets Musik wird über weite Strecken zur mattfarbenen Langatmigkeit.

So unsinnlich, so schleppend wie jetzt in München unter dem Dirigenten Kazimierz Kord klingt die „Carmen" aber wirklich nur ausnahmsweise. Sie trottet vor sich hin in unpräziser Gemächlichkeit. Der Kontakt zur Bühne wackelt oft und ausdauernd. Die Phrasierungen instrumentaler Melodienbögen – etwa der Soloflöte im Vorspiel zum dritten Akt – holpern nur. Bizets Musik wird nie auf den Punkt gebracht.

Die Besetzung ist rundum unzutreffend. Die Toczyska ist eine attraktive Frau, und ihr Mezzo hat eine persönliche Note. Aber Carmen ist sie nicht. Ihr traut man zu, daß sie aus der Zigarettenfabrik nach Hause geht, sich ans Klavier setzt und einige Chopin-Préludes spielt. Sie ist eine Dame, die Femme scandaleuse spielt. Am Manzanilla würde sie bestenfalls nippen. Ihre Kollegin in der Zigarettenfabrik hat sie gewiß nicht erstochen, sondern bestenfalls mit der Puderdose erschlagen. Sie singt, wie sie spielt: kultiviert, kalkulierend. Leidenschaft bricht nicht durch. Sie trägt ihre Arien vor wie Kunstlieder: geschmackvoll.

Musikalischer Geschmack und Kultur gehen Wladimir Atlantow ab. Er ist der Brülltenor alter Schule, sein erstaunliches Stimm-Material mangels Technik undiszipliniert einsetzend. Er erreicht Näherungswerte an die Noten, in puncto musikalische Gestaltung kann nicht einmal davon die Rede sein. Ein Stück wie die Blumenarie oder das Duett mit Micaëla kann so nicht gutgehen.

Micaëla ist Pamela Coburn. Statt der jugendlich blühenden Stimme hat sie einen flachen Mädchensopran zu bieten, mit deutlichem Registerbruch. Ein Stimmchem, das große Haus kaum füllend. Auch zur Innigkeit, zur tapferen Verzweiflung ihrer Arie fehlt der Coburn jegliches stimmliches Spektrum. Wolfgang Brendel überfordert als Escamillo sich selbst. Er versucht, kernig zu singen und forciert doch bloß. Die Intonation leidet darunter ebenso wie die Klangfarbe seines weichen Liedbaritons. Vier Fehlbesetzungen hält die beste Oper nicht aus.

Jean-Claude Auvray hat in einer Ausstattung von Hubert Monloup inszeniert. Das Stück spielt wohl jetzt zu Beginn unseres Jahrhunderts, und vielleicht auch nicht mehr in Sevilla, sondern irgendwo in Lateinamerika. Blasses, ausgebleichtes Beige dominiert. Die Fabrik wird vom Militär heftig bewacht. Vielleicht mixt man Munition, statt Zigaretten zu drehen. Kinder müssen arbeiten und fallen in der Sonnenglut in Ohnmacht. Das Militär trainiert Liegestützen im Hof: auch ein Zusammenbruch mit anschließender Korrektur. In Lillas Pastias Schenke tritt eine „blinde" Tänzerin auf, was mehr als Karikatur denn als sozialkritischer Verweis über die Rampe kommt. Carmen ist blond, Micaëla schwarzhaarig: Kopfstand der Charaktere. Die Mühe, die sich Auvray mit vielen, zuweilen auch gelungenen Details gegeben hat, verpufft so. – Viel Buhgeschrei, vor allem für den Dirigenten und den Regisseur. Aber die Operndirektion war wohl auch gemeint.

REINHARD BEUTH

Zemlinski-Woche der Hamburgischen Staatsoper

Facettenreiches Bild

Zu den wenigen Zeichen, die Christoph von Dohnanyi in seiner Amtszeit als Intendant der Hamburgischen Staatsoper für den eigenen Ruf und den des Hauses gesetzt hat, gehört – neben dem schändlichen Plan, die Opera stabile, Werkstatt des Hauses, zu schließen – die Retrospektive auf das Werk Alexander Zemlinskis. Gewiß, die Staatsoper war nicht die erste Institution, die an die Musik des Vergessenen erinnerte. Einzelne Versuche der Wiederbelebung gab es immer schon. Doch gelang es erst jetzt, durch die maßstäblichen Schallplattenaufnahmen der vier Streichquartette, mit dem LaSalle-Quartett das Interesse für eine der Schlüsselfiguren der Musik unseres Jahrhunderts zu wecken. Die Aufmerksamkeit teilt sich in das Staunen über so viel satztechnisches Können im Gewand üppiger Klangsprache und die Bewunderung über die Fülle musikalischer Substanz.

Darauf wurde nun in Hamburg spät, aber dafür mit so geballter Konzentration hingewiesen, daß man hoffen darf, Zemlinskis verschüttete Partituren nicht nur von einem Grab ins andere geschaufelt zu haben, sondern auf seine musikalische Potenz so nachdrücklich hingewiesen zu haben, daß sie in Zukunft in das Opern- und Konzertrepertoire dauernd integriert und aus ihm nicht mehr wegzudenken ist.

Alexander Zemlinski, geboren 1871 in Wien, gestorben 1942 in Larchmont (New York), steht auf der Schwelle von der Vergangenheit zur Gegenwart, gehört als fundamentaler Eckstein zur klassischen Moderne, ergänzt das Triumvirat der Neuen Wiener Schule Schönberg-Webern-Berg zum Kleeblatt. Schönberg war der Prophet neuer, un-erhörter Tonbeziehungen, Berg komponierte die größte Ausdrucksdichte und differenzierteste Klangfülle, Webern machte tabula rasa, sang Pianissimo die Melodie in Kürzeln und ordnete sie ins Gitternetz der Intervallstruktur. Vielleicht wurde Zemlinski deshalb vergessen, weil die anderen ihre persönlichen Konturen in ihrer Musik stärker, entschiedener fixierten. Er ahnte nur, was sie verkündeten, und erst spät im schmalen Werksverzeichnis der 25 Opus-Zahlen, komponiert von 1894 bis 1938, enthaltend Opern, Lieder, sinfonische und Kammermusik, wirkt Zemlinskis Musik nervöser, bricht sie sich Bahn in eine neue Freiheit.

Der Anfang ist nicht frei von Gefährdung. Symbolismus und Manierismus der Kunst seiner Zeit, nicht zu vergessen sein literarischer Geschmack gab Zemlinskis Musik der frühen Jahre einen Hauch mondäner Eleganz.

Solche Einseiten wurden in Hamburg durch kompetente Interpretationen transportiert, besorgt durch vorbildliche, mit der Sache vertraute Musiker. Die Sinfonietta Op. 23, die Lyrische Sinfonie Op. 18, die Maeterlinck-Gesänge Op. 13, das erste und dritte Streichquartett, die Opern „Eine florentinische Tragödie", „Der Geburtstag der Infantin" und „Der Kreidekreis" boten das facettenreiche Bild eines großen Komponisten von europäischem Rang. Ein interessiertes Publikum zeigte sich dem Gegenstand gewachsen und fiel nicht durch. Es applaudierte einmütig und begeistert.

HANS OTTO SPINGEL

Die Kamera vergessen lassen – Felix H. Man, der Pionier des modernen Fotojournalismus, wird 90

Der diskrete Charme der Prominenz

Die Zeitgenossen haben es nicht bemerkt, aber aus der Rückschau ist es nicht zu übersehen: Um 1928 veränderte sich das Bild der Illustrierten in Deutschland. Plötzlich trat der Text zurück. Die Photographie war nicht mehr nur Illustration, sie gewann Eigenleben, erzählte Geschichten auf ihre Weise. Es war die Geburtsstunde des modernen Photojournalismus.

Zu seinen Vätern gehören zwei Gruppen: Zum einen die Chefredakteure der damals führenden Illustrierten: Paul Feinhals und Stefan Lorant von der „Münchner Illustrierten Presse" und Karl Korff von der „Berliner Illustrirten Zeitung". Zum anderen die Bildreporter, nicht mehr als eine Handvoll Namen, die inzwischen Photogeschichte gemacht haben: Erich Salomon, Die Brüder Gidal, André Kertesz, Martin Munkasci, Umbo, Alfred Eisenstädt – und Felix H. Man, der heute in voller geistiger Frische seinen 90. Geburtstag feiern kann.

Sie waren Berufsphotographen, aber gelernte Photographen waren sie nicht. Meist hatten sie studiert und auch – wie Salomon, Tim Gidal, Paul Wolff oder Hans Böhm – promoviert. Sie wußten sich im Frack zu bewegen, und sie verstanden sich mit den Prominenten aus Kultur und Politik, die sie photographierten, sachkundig und in mehreren Sprachen zu unterhalten. Sie waren in der Gesellschaft keine Fremden oder Eindringlinge; sie gehörten dazu. So entstanden damals gewissermaßen Familienphotos zur Weltgeschichte, die sich durch Intimität (ohne Indiskretion) von den bis dahin üblichen gestellten Aufnahmen von Fest- und Staatsakten unterschieden.

Als Ende August 1929 die „Berliner Illustrirte" mit dem Titelphoto „Abendgespräch im Haag" erschien, das den deutschen Delegationsleiter,

Politikerporträts gehörten von Anfang an zu seinem Repertoire: „Mussolini in seinem Arbeitszimmer in Rom", 1931 von Felix H. Man aufgenommen



Für jedes Sujet gleich gut: Felix H. Man mit seiner Kamera
FOTO: TEUTO PRESS

Reichsaußenminister Stresemann, zusammen mit den deutschen Gesandten, Graf Zech, in einem fast familiären Plausch zeigte, war das das Meisterdiplom für den Photographen Felix H. Man. Denn wem der Sprung auf die Titelseite der „Berliner" (mit 1,6 Millionen Exemplaren pro Woche die führende deutsche Illustrierte, gefolgt von der „Münchner" mit etwa 500 000) gelungen war, der hatte es geschafft. Felix H. Man gelang es auf Anhieb. Erst acht Wochen vorher war seine erste Reportage, „Frauenkongreß", in der „Münchner" erschienen. Von da an war er fast jede Woche in einer der beiden Zeitschriften vertreten. Bis 1933. Dann verließ auch er, wie die meisten Männer, die sich als Photoreporter einen Namen gemacht hatten, Deutschland.

Geboren wurde Hans Felix Sigismund Baumann am 30. November 1893 in Freiburg im Breisgau. Nach seinem Abitur 1912 studierte er Malerei und Kunstgeschichte in Berlin. Im Krieg war er Offizier, danach setzte er seine Studien in München fort. 1926 zog er wieder nach Berlin, arbeitete zuerst als Zeichner für die „BZ am Mittag", photographierte dann für „Tempo" und die „Berliner Morgenpost" und machte sich schließlich selbständig. Die ersten Photoreporter wurden gut bezahlt. 300 Mark gab es für eine Seite – und vier Seiten waren für eine Reportage üblich.

Der Arbeitsstil unterschied sich damals wesentlich von dem heutigen. Das hing auch mit der technischen Ausrüstung zusammen. 1924 war die Leica auf den Markt gekommen, die erste Kleinbildkamera mit dem Rollfilmformat 24 x 36 mm. Allerdings verfügte sie noch nicht über so lichtstarke Objektive, daß sie Innenaufnahmen ohne Kunstlicht erlaubten. Doch genau darauf kam es den Reportern an. Sie wollten unauffällig arbeiten, die Kamera vergessen lassen. Deshalb bevorzugten Reporter wie Felix H. Man die „Ermanox" der Dresdner Firma Ernemann, eine Plattenkamera mit dem Format 4 ½ x 6 cm und dem Ernostar-Objektiv mit der damals sensationellen Brennweite 1 : 2 (später sogar 1 : 1,8). Trotzdem waren innen immer noch Belichtungszeiten von einer halben bis einer ganzen Sekunde und deshalb ein Stativ notwendig.

Außerdem benutzte Felix H. Man – vorwiegend bei Außenaufnahmen – noch die „Nettel-Contessa", eine Plattenkamera 6 x 9 cm mit der Lichtstärke 1 : 2,8. Erst 1932 bei seinen großen Auslandsreportagen ging er zur Leica über.

Die Arbeit mit der Plattenkamera verlangte vom Photographen besondere Fähigkeiten. Er konnte nicht – wie heute weithin üblich – dreißig, vierzig, fünfzig Photos „schießen" und dann später das beste aussuchen, er mußte, weil er nur über einen kleinen Plattenvorrat verfügte, bei jeder Aufnahme genau überlegen, auf den richtigen Augenblick warten. Das erforderte – im Gegensatz zum distanzierten Herunterphotographieren heute – ein direktes Beteiligtsein.

Die Geschichte, über die berichtet werden sollte, war allemal wichtiger als die persönliche Allüre des Photographen. Deshalb haben die Reporter der ausgehenden zwanziger Jahre keinen „persönlichen Stil" entwikkelt. Jedes Thema wurde auf die ihm angemessene Weise dargestellt. Und sieht man einmal von der frühen Spezialisierung Salomons auf berühmte Zeitgenossen und wichtige Konferenzen ab, so war jeder Reporter für jedes Sujet gleich gut.

Bei Felix H. Man findet man denn auch Alltagsgeschichten wie den Querschnitt durch ein Berliner Haus oder über die Situation der Weber in Schlesien, direkt neben Prominentenfotos. Er machte Gesellschaftsreportagen oder Politikerporträts – wie jene berühmte Serie über Mussolini 1931. Später wandte er sich bevorzugt den bildenden Künstlern zu.

Nach dem Krieg, den er in London verbrachte, begann er Lithographien zu sammeln. Er schrieb über die Geschichte dieser Druckkunst, edierte Graphikmappen und berichtete, nachdem er 1972 nach Rom umgezogen war, von dort regelmäßig über kulturelle Ereignisse für die WELT. Mit Photographieren hat er aber nie aufgehört.

Der stattliche Band, der jetzt zu seinem 90. Geburtstag erschienen ist, „Photographien aus 70 Jahren", läßt unübersehbar erkennen, was den Zeitgenossen Ende der zwanziger Jahre noch gar nicht bewußt war: Felix H. Man ist einer der großen Pioniere des modernen Photojournalismus.

PETER DITTMAR

Felix H. Man, „Photographien aus 70 Jahren", Schirmer/Mosel, München, 288 S., 280 Photographien, 49,80 Mark.

Tschechows „Kirschgarten" unter J. Flimm

Unglück der Freiheit

Es hat in letzter Zeit immer wieder Versuche gegeben, Tschechows Dramen aktueller zu inszenieren, ihre elegische Heiterkeit ins Groteske hinein zu verschärfen. Jürgen Flimm stellte jetzt in Köln eine neue Variante in dieser Richtung vor: Tschechows „Kirschgarten" als fast surreales Gesellschaftsspiel, als Tango der ungedeckten Gefühle.

Rolf Glittenbergs Bühnenbild läßt sofort keinen Zweifel daran, daß hier der alten These zuleibe gerückt wird, noch einmal wolle man aufatmen „in der Atmosphäre der Phantasie, sich für immer verabschieden vom alten, Sühneopfer fordernden Leben" (Stanislawski). Glittenbergs Bühne ist ein riesiger rosafarbener Raum, fast ohne Möbel, manchmal mit einer Art Torbogen verengt, aber immer eine unendlich anmutende Leere. Man kann sich von vornherein des Gefühls nicht erwehren, daß die Kirschbäume schon längst abgeholzt sind und nicht erst am Ende geopfert werden, um Geschäfte mit dem Grundbesitz zu betreiben.

Tschechows Stück selbst ist ja schon arm an Handlung. Die Gutsbesitzer-Familie, die ihrem Bankrott mehr oder weniger lustig entgegenlebt und der Versteigerung des Gutes mit dem Feiern eines Festes „begegnet", bezieht ihre Konturen aus der Folie dessen, was einmal war. In den Kirschbäumen symbolisiert sich das glorreiche Gestern, und im Abholzen der Bäume bekommt der Verlust ein Gesicht. Was aber, wenn die Kirschbäume eigentlich schon nicht mehr da sind?

Bei Flimm fühlt man sich immer wie in Buñuels Film „Der diskrete Charme der Bourgeoisie". Eine lärmende Gesellschaft, die nirgends ankommt, weil sie nicht weiß, wo sie hinwill. Die Menschen stehen auf der Bühne herum, sozusagen im Abendkleid auf der Landstraße. Unangemessen, bezugslos, absurd. Sie reden miteinander, als stammten sie aus einem Stück von Botho Strauß: Ihre eigenen Erfindungen, ihre Neurosen sind der einzige Seinsgrund, auf den sie sich immer wieder beziehen. Ob sie nun dezent elegant wie die Gutsbesitzerin Ljubow (Ingrid Andree) oder stutzerhaft wie der reiche Kaufmann Lopachin (Ignaz Kirchner) daherkommen – alles ist nur Verkleidung (Kostüme: Marianne Glittenberg), ist nur Drapierung einer wesenlosen Innerlichkeit.

Das führt zu hinreißenden Szenen, weil Flimm eine sehr ritualfreudige Phantasie hat und die Künstlichkeit dieser Rituale bis zum I-Tüpfelchen genau zelebriert. Wenn die mögliche Rettung des Gutes erörtert wird, glaubt man bei einer Ausstellungseröffnung zu sein. Lachen perlt durch den Raum. Sektflaschen kreisen. Man steht sich die Füße wund. Man spricht über die Probleme, als spräche man über Modefragen. Dem steht eigentlich nur die Ljubow-Tochter Anja (Emanuela von Frankenberg) entgegen. Aber auch sie ist nicht mehr als eine Blüte im Sumpf. Flimm inszeniert wohl vor allem von dem Ausspruch eines früheren Leibeigenen her, die Freiheit sei ein Unglück. Man weiß nichts mit ihr anzufangen. Aber das dehnt sich letzten Endes immer wieder zur Langeweile, weil es im luftleeren Raum steht. Das fanden auch viele Zuschauer, die den Regisseur mit Buhs belohnten.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Nur Blüten im Sumpf: Emanuela v. Frankenberg (links) und Ilse Ritter in Jürgen Flimms Kölner Inszenierung des „Kirschgarten"
FOTO: STEFAN ODRY

Essen: Dieter Fortes „Labyrinth der Träume"

Neun Morde des Vampirs

„Pause nach dem 55. Bild", liest man entsetzt im Programmheft – und ahnt, warum Düsseldorf abwinkte. Nach Essen muß man also fahren, um zu betrachten, was Dieter Forte da auf die Bühne gebracht hat. „Das Labyrinth der Träume oder Wie man den Kopf vom Körper trennt".

Das Thema ist aber „düsseldorfisch" geblieben. Es geht um den „Vampir von Düsseldorf", den 1931 wegen neunfachen Mordes hingerichteten Peter Kürten, den Forte unbedingt mit Adolf Hitler vergleichen möchte.

Beide seien „Mensch und Tier", läßt er verkünden, und er entwickelt, angeregt von den „Carceri" Piranesi, die „Theorie vom Labyrinth", in dem einst der Minotaurus gefangen war, auch er Mensch und Tier. Spirale und Mäander, auch das Kreuz seien Abkömmlinge jenes Labyrinths, erst recht das Hakenkreuz. Im Zentrum sitzt das Monster eingekerkert, der über alle Kultur und Zivilisation triumphierende King Kong.

Was hat nun Hitler mit Kürten gemein? Beide waren „eingekerkert": Hitler im Männerheim, Kürten im Gefängnis wegen „Übernachtens im Freien". Und beide seien von Kindheit an mit dem Kerker bedroht worden. Kürtens Vater drohte dem ängstlichen Kind mit dem Keller, Hitlers Vater mit der Gefangenschaft im Beamtenberuf. Trivialpsychologie, die sich nicht zum Drama ordnen will.

Statt dessen werden wieder einmal Lesefrüchte ausgebreitet. Briefe von Kürten, Fakten zu Hitler – von der „Inzucht-Hochburg" Braunau bis zu Richard Wagner. Und zum Überdruß Zitate: Goebbels, Göring, Himmler, Heß, Heydrich.

Fortes Sammelwut ist nicht ohne Methode. Indem er Wirklichkeit und Träume ineinander mischt, beglaubigtes Material und Fiktion, Tatsachen und absurde Auswüchse perverser Phantasie, entsteht wahrhaftig ein beklemmender Irrgarten. Aber das alles hat einen Nachteil: Es ist so untheatralisch wie nur möglich.

Regisseur Olaf Tschierschke, der einst schon in Münster die Denkspiele von Frank Geerk in Dramaturgie umsetzten mußte, strampelt sich nun in Essen mit dem qualligen Text Fortes ab. Und wie schon in Münster, zieht er sich auch hier wieder ehrenvoll aus der Affäre.

Nebelschwaden gibt es da und Licht, Drehtüren ins Nichts, Kerkergitter und runde Käfige, Schleier und Tücher – Raumfluchten und Spiegelkabinette. Am Ende erblickt man gar Böcklins „Toteninsel" auf gläserner Vorhangscheibe. Spiegel hört man klirren, die Geräuschwelt eines Bahnhofs klingt auf, der Marschtritt der Nation dröhnt, dazwischen hört man, von Dieter Schönbach zusammengestellt und collagiert, Musik – wenig Wagner, wenig Märsche, statt dessen Haydn, Liszt, Tango und Fox, Ligeti.

Die schweren Mängel des Unstücks kann die eindringliche Inszenierung aber natürlich nicht vergessen machen. Längen stellen sich ein, die auch das geduldigste Publikum ermüden lassen. Erschöpft geht man davon – und wünscht sich, die etwas läppische Schlußszene könnte die Wahrheit sagen: daß nicht nur das Stück, sondern auch, was es darstellt, ein Traum gewesen sei.

KATHRIN BERGMANN

KULTURNOTIZEN

„20 Jahre Kunst in Frankreich" heißt eine Ausstellung in der Staatlichen Kunsthalle Berlin.

Eine isländische Kulturwoche wurde in der Berliner Akademie der Künste eröffnet.

Einen Besucherrekord von 150 000 Menschen verzeichnet die Berliner Nationalgalerie anläßlich der soeben zu Ende gegangenen „Picasso"-Ausstellung.

Pina Bausch und ihr Tanztheater sind mit dem italienischen „Premie Ubu" ausgezeichnet worden.

Der Pianist Carl Seemann ist 73jährig in Freiburg gestorben.

Eine 3000 Jahre alte Sternwarte ist in den armenischen Bergen entdeckt worden.

Die Kestner-Gesellschaft eröffnet am 9. Dezember die Ausstellung „Sandro Chia, Bilder 1976–1983".

JOURNAL

VW-Stiftung fördert Scholem-Bibliothek

dpa, Hannover

Für die Erschließung und Katalogisierung der Bibliothek des 1982 verstorbenen jüdischen Denkers und Religionswissenschaftlers Professor Gershom Scholem hat die Stiftung Volkswagenwerk der Jüdischen National- und Universitätsbibliothek der Hebräischen Universität in Jerusalem 340 000 Mark zur Verfügung gestellt. Mit rund 23 000 Bänden gilt diese Bibliothek als der Welt größte Quellen- und Büchersammlung auf dem Gebiet jüdischer Mystik und Kabbalah. Die Sammlung umfaßt alle Quellen und Werke aus diesen Bereichen, die im Druck erschienen sind, und Hunderte von Handschriftkopien aus Bibliotheken in aller Welt. Scholem hinterließ diesen einmaligen Bestand der Jüdischen National- und Universitätsbibliothek in Jerusalem.

Kein Museum für Joseph Conrad

J. G. G. Köln

Das Elternhaus von Karol Szymanowski in Kirowgrad (damals Jelisawetgrad) in der Ukraine soll von den jetzigen Bewohnern geräumt und in ein Szymanowski-Museum umgewandelt werden. Wie polnische Musik- und Literaturkritiker auf einer Tagung mit sowjetischen Kollegen in Moskau erfahren haben, geht dies auf eine Initiative sowohl polnischer Kreise als auch der deutsch-sowjetischen Musikerfamilie Neuhaus zurück. Der Pianist Harry Neuhaus war ein Onkel und der Lehrer von Szymanowski. Ohne Erfolg blieb jedoch eine polnische Initiative, das Geburtshaus von Joseph Conrad-Korzeniowski in Berditschew, ebenfalls in der Ukraine, in ein Museum umzuwandeln.

Budapester Festival mit neuen Zielen

dpa, Budapest

Das vom 16. bis zum 24. März zum vierten Mal stattfindende „Budapester Frühlingsfestival" erhält eine neue Zielrichtung. Während bei den bisherigen drei Festspielen in erster Linie die ungarische Kunst auf allen Gebieten präsentiert wurde, soll das Festival in Zukunft durch stärkere ausländische Teilnahme mit dem „Prager Frühling" und den „Wiener Festwochen" in einen künstlerischen Wettstreit treten und anspruchsvolles ausländisches Publikum zu einem Besuch in die Donau-Metropole locken. In zehn Tagen werden in über 200 Festival-Veranstaltungen die Besucher auch bedeutende ausländische Künstler zu sehen und zu hören bekommen. So das Wiener „Volkstheater" und das Königlich Schwedische Theater. In den letzten Märztagen werden alle Budapester Theater, Galerien, aber auch die meisten Kirchen und sogar die Sporthallen in den Dienst des Festivals gestellt.

Preis für Filmkunst an Billy Wilder

dpa, Wien

Der mit rund 30 000 Mark dotierte österreichische Staatspreis für Filmkunst ist an den amerikanischen Regisseur österreichischer Abstammung, Billy Wilder, vergeben worden. Der Preis soll in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres übergeben werden. Der Große Österreichische Staatspreis für Filmkunst wird für ein filmisches Lebenswerk in unregelmäßigen Abständen verliehen. Bisherige Preisträger sind der aus Tirol stammende Regisseur Axel Corti und der in den USA tätig gewesene Experimental-Filmer und jetzige Direktor des Wiener Filmmuseums, Peter Kubelka.

Expressionistische Skulpturen

DW. Los Angeles

Die erste umfassende Ausstellung über die expressionistische Skulptur in Deutschland zeigt das Los Angeles County Museum of Art bis zum 22. Januar. Sie umfaßt 125 Plastiken und 25 Bildhauerzeichnungen, die aus siebzig öffentlichen und privaten Kollektionen ausgeliehen wurden. Anschließend geht diese Übersicht nach Washington (4. 4. bis 17. 6.). Vom 7. Juli bis zum 26. August wird sie in Köln zu sehen sein.

Streit um neue Bibelübersetzung

dpa, New York

Die 9,5 Millionen Mitglieder starke Vereinigte Methodistenkirche in den USA hat ihren 34 000 Gemeinden empfohlen, eine neue, umstrittene Bibelübersetzung in der Adventszeit einzuführen. Die katholische Kirche und zahlreiche protestantische Kirchen in den USA und Kanada weigern sich, die unter Aufsicht des Nationalen Kirchenrats in den USA entstandenen neuen Bibeltexte zum Gebrauch in ihren Gottesdiensten zuzulassen. In der neuen Übersetzung wird Gott nicht mehr als ein männliches Wesen charakterisiert, sondern geschlechtsneutral als „The Sovereign One" (etwa: das höchste Wesen) bezeichnet. Gottes-Bezeichnungen wie „er", „König" oder „Herr" werden vermieden. Für Christus werden statt der herkömmlichen Bezeichnungen „Sein Sohn", der „Der Menschensohn" neue Begriffe wie „das menschliche Wesen" und „das Kind" eingeführt.

Kliniken machen „Erziehung“ zum Geschäft

PETER LAUCK, **Los Angeles**

Eine ganze Reihe von Modeerscheinungen wurden in den letzten Jahren im amerikanischen Sonnenstaat Kalifornien geboren und traten von hier aus den Siegeszug um die ganze Welt an. Ein neuer Trend, allerdings weniger erfreulich, ist zumindest in den USA dabei, Schule zu machen. Immer mehr „Problemkinder“ werden eher wie Geisteskranke denn als Schwererziehbare behandelt und in Kliniken untergebracht. Wegen der unübersehbaren kommerziellen Hintergründe sprechen Kritiker schon vom „kid business“ – dem Kindergeschäft.

In den USA wird regelrecht für solche Kliniken geworben. In Fernsehspots und Zeitungsanzeigen, in bunten Prospekten auf Hochglanzpapier erklären Psychiater, daß man jungen Menschen Hilfe geben müsse, bevor es zu ausgewachsenen Psychosen komme. Ein Sprecher der Jugendbehörde von Los Angeles fürchtet: „Hier droht der letzte Ausweg langsam zur Gewohnheit zu werden.“ Andere Stimmen behaupten, solche Programme ersetzten für die, die es sich leisten könnten, die alten Erziehungsanstalten. Eine Klinik nehme den Eltern das Odium des Versagens.

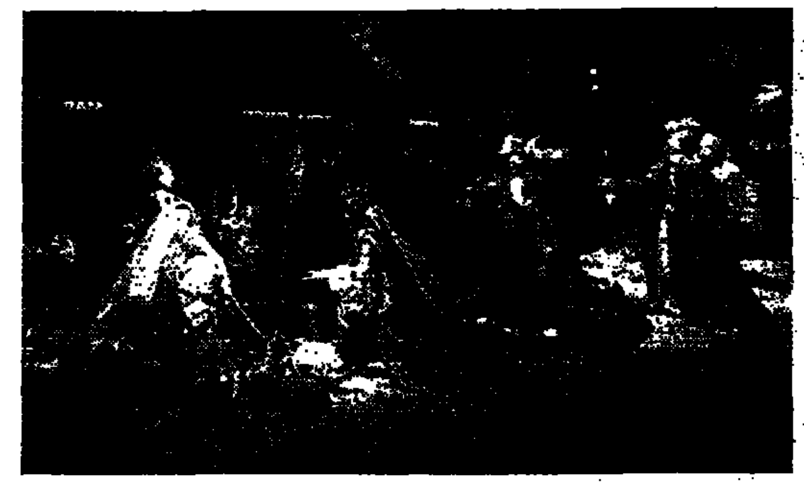
Von dieser Entwicklung auf den Plan gerufene Soziologen sehen die Gründe aber auch in einer zunehmenden Zahl von zerrütteten Familien. Immer mehr Scheidungen würden eben mehr Problemkinder produzieren. Zum anderen spiele auch die Praxis der Krankenkassen eine Rolle.

Karol Warren und Patricia Guttridge, zwei Soziologinnen von der Universität Südkalifornien, sahen sich kürzlich in vier Kliniken in und um Los Angeles um. Dabei hätten sie festgestellt, daß nur jeder fünfte der 1119 jugendlichen Patienten an einer Krankheit wie etwa Schizophrenie litt. Runde 70 Prozent seien wegen asozialen Verhaltens, Störungen der Persönlichkeit und ähnlichen „Auffälligkeiten“ behandelt worden. „Oft“, so erklärte Karol Warren, „versuchten die Eltern auf diesem Weg einfach ihren Pflichten zu entkommen. Und häufig fanden wir heraus, daß das Kind in der Klinik nur den eifersüchtigen neuen Ehepartner beruhigen sollte.“

Längst aber haben sich des Problems die in den USA allgegenwärtigen Bürgerrechtsorganisationen angenommen. Sie wollen in oberster Instanz zunächst einmal klären lassen, wann und weshalb Eltern ihre Kinder überhaupt in psychiatrische Kliniken bringen dürfen. „Das System hat schon besorgniserregende Ausmaße angenommen“, warnt Ira Archartt, Spezialistin für Jugenddelinquenz an der Universität von Minnesota, „und die Krankenversicherungen sind nicht unschuldig daran.“ Den Kindern, die auf die schiefe Bahn gerieten, weil etwas in ihrem Elternhaus nicht stimme, könne in noch so schön gelegenen psychiatrischen Kliniken kaum geholfen werden und, so Ira Schwartz: „Ihre Bürgerrechte bleiben dabei auf der Strecke ...“



An eine alte Tradition erinnerte man sich beim „Oberpollinger“ in München. Statt die Schaufenster wie einen überdimensionalen Gabentisch zu dekorieren, bat man bayerische Puppenkünstler, die Weihnachtsgeschichte nachzustellen. FOTOS: CLAUS HAMPEL



Eine alte Geschichte hinter Glas

PETER SCHMALZ, **München**

Was eigentlich ist ein Schaufenster wert, das nichts zeigt von den schönen Sachen, die im Innern des Hauses auf Käufer harren? In dem sich etwa zu Ostern nichts als ausgestopfte Hasen mit bunten Eiern lümmeln, wenn drinnen Sommerkleider verkauft werden sollen? Zu dieser Frage werden bald exakte Zahlen vorliegen, wenn ein Münchner Kaufhaus Bilanz zieht nach vier vorweihnachtlichen Wochen, in denen es weniger auf das Läuten der Weihnachtsglokken als auf das Klingeln der Kassen ankommt.

Das Haus in der Münchner Fußgängerzone, eine der umsatzträchtigsten Meilen Europas, hat sich in diesem Jahr an eine Kleinigkeit erinnert, die so leicht vergessen wird im Kaufrausch während der hektischen Wochen vor dem Fest. Man hat sich erinnert an den Grund, warum Ende Dezember so viele schöne Dinge unterm Christbaum liegen, und zwei bayerische Puppenkünstler gebeten, die Weihnachtsgeschichte nachzustellen. Und so mußten am vergangenen Wochenende Pelze und Abendkleider, Negligés und Beinkleider die Fenster räumen für Schäfer und Könige, Bauern und die Heilige Familie.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ziert ausgerechnet in der umsatzträchtigen Adventszeit kein einziges Preisschild die Schaufenster dieses Kaufhauses. Dafür gibt's für Kunden kostenlos ein kleines Heft mit einem Text, der nur noch wenigen geläufig ist: Es ist die Weihnachtsgeschichte nach Originaltexten der Evangelisten Lukas und Matthäus, gegliedert nach den neun Bildern in den Schaufenstern.

„Als Jesus zur Zeit des Königs Herodes in Bethlehem in Judäa geboren worden war, kamen Weise aus dem Morgenland nach Jerusalem und fragten: Wo ist der neugeborene König der Juden?“ steht geschrieben zum Schaufenster sieben. Weil aber ein Warenhaus-Chef eher in der Buchführung zu Hause ist als in den Worten der Evangelisten, klopfte das Haus, das zu den traditionsreichsten der bayerischen Landeshauptstadt gehört, beim nahen bischöflichen Ordinariat an und bat um kundigen Rat. Und siehe da, die Kirche fand Gefallen an diesem Ansinnen und schrieb bibelfest die authentische Weihnachtsgeschichte.

Gewissensnöte plagen die Geistlichkeit ob dieser Bindung von Kirche und Kommerz nicht. Im Gegenteil, der Münchner Prälat Curt Genewein, zuständig für die kirchliche PR-Arbeit, sieht hierin eine gute Chance, „daran zu erinnern, daß es an Weihnachten nicht nur ums Geschenk geht“. Und er spricht von einer Zeit vor der Naziherrschaft, als die Schaufenster zur Adventszeit fast ausnahmslos mit Weihnachtsmotiven geschmückt waren. Den neuen Machthabern war dies aber dennoch ein Dorn im Auge, weshalb sie die religiösen Bilder verboten. „Deshalb ist diese Münchner Initiative auch ein Stück Wiedergutmachung für jene Zeit, an die wir nur mit Schrecken zurückdenken“, meint Prälat Genewein. „Ich hoffe aber, diese Aktion wird nicht die einzige und letzte bleiben.“

Im Ausland hielt sich der Weihnachtsbrauch ohnehin bis in unsere Zeit, wenngleich nicht immer zur ungetrübten Freude der Kirche. „Mit Abscheu“ erinnert sich der Prälat an ein Schaufenster in Zürich, wo Jesus und seine Eltern umgeben waren von feiner Unterwäsche ...

Londoner Goldraub: Ist die Beute längst im Ausland?

AP, **London**

Die britische Kriminalpolizei hatte gestern offenbar noch keine Spur von der Bande, die am Samstag aus einem Lagerhaus am Londoner Flughafen Heathrow Goldbarren und Diamanten im Wert von mehr als hundert Millionen Mark geraubt hat. Der mit der Leitung der Ermittlungen beauftragte Commander Frank Cater von Scotland Yard befürchtet, daß die Bande die 6800 Goldbarren bereits eingeschmolzen oder aber außer Landes geschafft haben könnte. Die Beute hat ein Gewicht von mehr als drei Tonnen. Der Coup im Lagerhaus des Unternehmens Brinks-Mat stellt den größten Raubzug in der britischen Kriminalgeschichte dar. Von den mit Wollmützen maskierten Räubern gibt es nach Angaben Caters nur skizzenhafte Beschreibungen. Cater, der an der Spitze der Sonderabteilung von Scotland Yard für die Aufklärung solcher Verbrechen steht, sucht nach Augenzeugen, die vielleicht beobachtet haben, wie das Gold abtransportiert wurde. Die bei dem Raub überwältigten Wachleute in dem Lagerhaus haben nach Angaben der Polizei nur drei der Banditen gesehen. Bei ihnen soll es sich um 30 bis 40 Jahre alte Männer gehandelt haben. Für die Polizei ist dieser Coup typisch für den „neuen Schlag“ von Räubern, die in London ihr Unwesen treiben. Mit dem neuesten Goldraub ist den Banditen in diesem Jahr bereits die Rekordsumme von 240 Millionen Mark in die Hände gefallen.

Geheimnisvoller Diebstahl

SAD, **Paris**

In der vergangenen Woche wurde in Saint Vrain, südlich von Paris, aus einem Citroën kofferweise Geheimmaterial gestohlen. Das enthüllte gestern die Pariser Tageszeitung „Le Figaro“. Angeblich gehören zur Beute 50 Mikro-Computer, die für das neueste französische Kampfflugzeug „Mirage 2000“ bestimmt waren.

Copacabana verseucht?

dpa, **Rio de Janeiro**

An Rios berühmtem Strand „Copacabana“ ist das Baden streckenweise gesundheitsgefährdend geworden. Am Südabschnitt der Copacabana sowie an mehreren anderen Stellen wurden in einem Liter Wasser mehr als tausend Kolibakterien gefunden. Badenden drohen an diesen Stellen Hepatitis sowie Haut- und Darmkrankheiten.

Hochwasser an den Küsten

dpa, **Hamburg**

Die schweren Herbststürme, die am Wochenende über Westeuropa tobten, flauen nur langsam ab. Über Bayern wurden in der Nacht zu gestern immer noch Sturmböen mit mehr als 100 km/h gemessen. An der schleswig-holsteinischen Ostküste gab es Hochwasser. Zahlreiche Straßen und Hafenanlagen wurden überschwemmt. Die meisten Hafenfähren stellten ihren Betieb ein.

Kronzucker: Festnahme

dpa, **Rom**

Gestern wurde in Turin der 44jährige Sarde Virgilio Fiore festgenommen. Er gilt als einer der mutmaßlichen Entführer der beiden Töchter des Fernsehjournalisten Dieter Kronzukker. Fiore hatte umgerechnet 650 000 Mark bei sich. Die Banknoten sollen jedoch aus einer anderen Entführung stammen.

Neue Wahlmöglichkeit

SAD, **Evansville**

Vier Jahre Haft oder genauso lang keinen Tropfen Alkohol. Vor diese Wahl stellt Richter William H. Miller in Evansville die Autofahrer, die sich vor ihm wegen Trunkenheit am Steuer verantworten müssen. Die Angeklagten müssen sich ferner verpflichten, das Medikament „Antabus“ einzunehmen, das auf Alkohol extrem unverträglich reagiert.

LEUTE HEUTE

Gastspiel

Ein zweimonatiges Gastspiel als Chefredakteurin gab Prinzessin **Caroline von Monaco** bei der französischen Modezeitschrift **„Vogue“**. Für Bilder und Texte von 40 Seiten der Dezemberausgabe war Caroline allein verantwortlich. Auch auf dem Titelblatt des exklusiven Journals erscheint die fotogene Prinzessin. Sie ließ sich dafür eigens in New York von **Andy Warhol** ablichten.

Siegeszug

Er wolle nun die USA erobern, antwortete **Julio Iglesias** einem amerikanischen Reporter auf die Frage, warum er trotz 70 Millionen verkaufter Schallplatten noch weitersinge. Nach erfolgreichen Auftritten an der Ostküste der Staaten war auch sein letztes Konzert im Spielerparadies Atlantic City, der Hauptstadt von New Jersey, restlos ausverkauft.

Spektakulärer Fang

Der französischen Kriminalpolizei glückte ein spektakulärer Fang: Auf einem Campingplatz konnte sie den Unterweltkönig von Marseille, **Gaetan Zampa**, (46) festnehmen. Der Mann, der seit zwanzig Jahren die Unterwelt der Hafenstadt regiert, und seit langem international gesucht wurde, soll in den letzten fünf Monaten 13 Morde in Marseille verübt haben.

Rasende Premieren im Weltall

Von 2000 Kandidaten konnte Ulf Merbold als einziger seinen Traum verwirklichen

WILL/DW. **Cap Canaveral**

Gleich für zwei Premieren ist der Stuttgarter Physiker Ulf Merbold (42) gut, wenn er an Bord von Columbia mit 26 700 Stundenkilometern durch den Weltraum rast: Er ist der erste Weltraumflieger aus der Bundesrepublik Deutschland und zugleich der erste Nichtamerikaner in einem US-Raumschiff. Dabei blieb der Start gestern wegen einer Schlechtwetterfront über Cap Canaveral lange ungewiß.

Merbold, der trotz seines schwäbischen Dialekts, eigentlich Thüringer ist und aus dem verträumten Städtchen Greiz stammt, mußte sich einer ungewöhnlich harten Auslese stellen, bis sich für ihn dieser „Traum einer Karriere“ erfüllte. Nach dem Motto „einer kam durch“ blieb er übrig – aus einer Schar von 2000 Bewerbern, die sich zusammen mit ihm auf eine Anzeige der Esa – Europas Gegenstück zur Nasa – beworben hatten. Zum Schluß, als mehr als 99 Prozent der Kandidaten schon ausgeschieden waren, blieb die Wahl zwischen ihm und dem holländischen Pyhsiker Wubbo Ockels. Nach welchen Gesichtspunkten nun er und nicht der Holländer für diesen Start ausgewählt wurde, wissen beide nicht.

Während des 216stündigen und elfminütigen Fluges seines Konkurrenten übernimmt der Holländer am Boden in Mission Control Houston die Aufgabe eines Verbindungsmannes – mit der verbrieften Aussicht, bei einem späteren Flug selbst zum Zug zu kommen.

72 Experimente warten derweil auf den Deutschen während dieser Weltraum-Tournee, die unter anderem zur Klärung solcher Fragen dienen:

- Ist das Leben auf der Erde möglicherweise durch Einzeller entstanden, die nach dem Urknall auf unseren Planeten geschleudert wurden?
- Wie gefährlich sind Ionen (Mikrostaubteilchen) für Menschen in Weltraumstationen der Zukunft?



„Traumkarriere“: Ulf Merbold

Seit April '82 hat Merbold in Huntsville im US-Bundestaat Alabama, wo Wernher von Braun einst die Mondrakete „Saturn“ entwickelte, trainiert – für die Familie eine drastische Umstellung der bisherigen Lebensgewohnheiten. Angst habe sie nicht um ihren Mann, beteuert Birgit Merbold, die Ehefrau und ehemalige Lehrerin. „Ich weiß ja, daß Nasa und Esa die Sicherheit über alles stellen.“ Und für die beiden Kinder, die achtjährige Susanne und den vierjährigen Hannes, ist der „Traum“ des Vaters eher Alltägliches. „Die kennen unsere vielen Diskussionen um den Flug“, erläutert der Vater, der dann aber doch hinzufügt, irgendwie sei es schon erschreckend, wie selbstverständlich sie das alles ansähen.

Der Mann, der sich schon früh zur Fliegerei hingezogen fühlte, „ohne je im Traum an eine Karriere wie diese“ gedacht zu haben, setzte sich 1960 nach dem Abitur aus der „DDR“ ab. Es ärgert ihn noch heute, daß diese Prüfung im Westen nicht anerkannt wurde. So mußte er das Abitur nachmachen. Danach folgten Studium der Physik, Promotion zum Dr. rer nat und Anstellung am Materialforschungsinstitut des Max-Planck-Instituts – alles in Stuttgart. Hier las er auch die Anzeige der Esa, in der Wissenschaftsastronauten oder „Nutzlast-Experten“, wie es damals hieß, gesucht wurden.

Zu diesem Zeitpunkt war er längst begeisterter Flieger. Er liebt den Blick aus der Vogelperspektive. Das aber ist so ziemlich alles, was der dunkelhaarige sportliche Typ dem Außenstehenden an Einblicken gewährt. Persönlich macht er, der sich politisch noch ohne Widerspruch als linksliberal einstufen läßt, wenig von sich her. (SAD)

Zwölf Deutsche unter den Toten von Madrid

ROLF GÖRTZ/AFP, **Madrid**

In einer kleinen Kapelle zwischen den Abfertigungsschaltern und den Warteräumen des Madrider Flughafens hielt der Erzbischof von Madrid gestern vor Angehörigen der Opfer der Flugzeugkatastrophe vom Sonntag einen Totengottesdienst. Neben dem spanischen Außenminister Moran nahmen drei weitere Kabinettsmitglieder teil. Unter den nach offiziellen Angaben 183 Toten befinden sich mindestens zwölf Deutsche. Bestätigt wurden bisher nur die Namen Alisch, Breithaupt, Hackbart, das Ehepaar Platzek und Frau Siglind. Sie stehen auf der Liste der Passagiere, die aus Frankfurt kamen und in Paris die kolumbianische Unglücksmaschine bestiegen.

„Siete – quatro – siete ... “ – Immer wieder hatte Carmen Navas die Typenbezeichnung der Boeing gestammelt, als sie gleich nach dem Unglück hustend und völlig verstört in die dunkle Nacht rannte, hinter sich die brennenden Reste der zerborstenen Boeing 747. Im Krankenhaus, wohin eine Polizeistreife sie brachte, erklärte sie erst der Königin von Spanien und dann ihrem aus München eingeflogenen deutschen Ehemann Garlich ihre Geschichte. Beide wollten in Caracas, Carmens Heimat, Weihnachten feiern.

Als ein „Wunder, daß wir nie begreifen werden“ schilderte ebenfalls im Krankenhaus der Franzose Patrick Meyer seine Rettung: „Wir waren alle angeschnallt, plötzlich ein Gefühl wie bei einer Landung, nur anders als auf Steinen. Drei Sekunden später noch einmal ein Aufsetzen und alles explodierte. Ich erinnere mich nur, daß ich irgendwie durch die Luft flog, fühlte mich getroffen wie von vielen Geschossen, im Gesicht, an den Armen und Beinen. Und dann nichts mehr. Als ich zu mir kam, glaubte ich an einen furchtbaren Alptraum. Aber es war Wirklichkeit.“ Er sah sich von Flammen umgeben, von Teilen der Maschine, das Blech, die Tragfläche, ein Motor. „Und dann das Wunder: Ich stolperte und fand plötzlich meine Frau; sie stand da, die Kinder an der Hand.“ Die Familie hatte am Notausgang gesessen.

Die Aussagen der Überlebenden stimmen in einem Punkt überein: Man sah einen Brand an einem der rechten Triebwerke, spürte eine Explosion in der rechten Tragfläche. Der weitere Verlauf des Unglücks scheint soweit geklärt. Fachleute glauben, daß der Jumbo-Pilot auf irgend etwas – wahrscheinlich auf den Brand oder eine kleine Bö – zu stark reagiert haben muß. So streifte die Maschine einen kleinen Hügel.

Im Luftwaffenkrankenhaus von Madrid liegt Peter Steinmann, wahrscheinlich der einzige der deutschen Passagiere, der überlebte. Beamte der deutschen Botschaft erklärten, der aus Darmstadt stammende junge Mann sei noch nicht außer Lebensgefahr.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: An der Westflanke eines Tiefs über Weißrußland strömt Kaltluft in den Norden und Osten Deutschlands, in den Westen wird vorübergehend durch ein Randtief über der Nordsee mildere Luft gelenkt.

Vorhersage für Dienstag:

Osthälfte Deutschlands: Überwiegend stark bewölkt und zeitweise Schneeschauer, Höchsttemperaturen 4 Grad, nachts um 0 Grad und stellenweise am Boden leichter Frost.

Westhälfte Deutschlands: Stark bewölkt und regnerisch, oberhalb von 500 m meist als Schnee, dort Höchsttemperaturen um 2, sonst nahe 7 Grad, nachts Abkühlung auf 3 bis 0 Grad.

Weitere Aussichten:

Auch im Westen Temperaturrückgang, im Norden Auflockerungen und trocken, in der Mitte und im Süden in Schnee übergehende Niederschläge.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	4°	Kairo	24°
Bonn	8°	Kopenh.	1°
Dresden	3°	Las Palmas	23°
Essen	7°	London	10°
Frankfurt	10°	Madrid	14°
Hamburg	2°	Mailand	10°
List/Sylt	1°	Mallorca	17°
München	7°	Moskau	2°
Stuttgart	8°	Nizza	21°
Algier	19°	Oslo	–4°
Amsterdam	8°	Paris	11°
Athen	17°	Prag	5°
Barcelona	17°	Rom	14°
Brüssel	10°	Stockholm	–3°
Budapest	9°	Tel Aviv	22°
Bukarest	5°	Tunis	15°
Helsinki	–7°	Wien	9°
Istanbul	15°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 8.02 Uhr, Untergang: 16.18 Uhr, **Mondaufgang:** 2.40 Uhr, Untergang: 14.45 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Indiens Eunuchen bitten UNO um Hilfe

dpa, **Neu-Delhi**

In ihrem Kampf um „sexuelle Demokratie“ haben die Hijras, Indiens Eunuchen, jetzt UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar um Unterstützung gebeten. Das „Dritte Geschlecht“ habe Anspruch auf dieselben Rechte, die anderen Minderheiten weltweit zugestanden würden, schreibt die Dachorganisation indischer Eunuchen, „Pradesh Hijra Samiti“, an Perez. Die Vereinten Nationen sollten helfen, in Delhi eine Welt-Eunuchenkonferenz zu organisieren, auf der das Millionen zählende „Dritte Geschlecht“ seine Sorgen und Nöte zum Ausdruck bringen und sich über die indischen Grenzen hinaus organisieren könnte. Die Eunuchen seien über Jahrhunderte hinweg mißachtet und verfolgt worden, nun wollten sie endlich um einen Platz an der Sonne kämpfen.

In einem anderen Brief an die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi fordert die Eunuchen-Gemeinde, deren Zahl in Indien auf mehr als 1,5 Millionen geschätzt wird, die Gleichstellung mit anderen Minderheiten des Landes. So verlangen die Hijras vor allem Chancengleichheit in Schulen und bei der Ausbildung, weil die meisten von ihnen Analphabeten seien. Darüber hinaus verlangt der „Pradesh Hijra Samiti“ die Sicherung von Arbeitsplätzen, Sitze im Parlament und den Vermerk des besonderen Status in den Ausweisen. Wichtig ist für die Organisation auch die Aufnahme ihrer Mitglieder in die Sozialversicherung.

Die Hijras leben meist in Gemeinden mit mehreren hundert Mitgliedern. In den Gruppen herrscht eine strenge hierarchische Ordnung, und das Zusammenleben regeln eigene Gesetze. Die Behörden greifen selbst bei Straftaten nur selten ein.

Zu den Eunuchen stoßen vor allem junge Inder mit homosexueller Veranlagung. Von der Gesellschaft und ihren Familien verstoßen und oft grausam verfolgt, ist der Weg ins gesellschaftliche Abseits und der Abstieg in einschlägige Kreise vorgezeichnet. Sie werden zu Strichjungen.

Da aber selbst in diesem Milieu männliche Prostituierte wenig Achtung genießen, gilt es als erstrebenswert, echter Eunuch zu werden. Dieser Status sichert den jungen Ausgestoßenen wenigstens in der Eunuchengemeinde einen Platz. Deshalb lassen sich viele Strichjungen kastrieren oder sogar amputieren. Von schauerlichen Ritualen begleitet, wird diese Operation mit primitivsten Mitteln ausgeführt und endet oft genug tödlich. Überlebt der Patient aber und verheilen die Wunden, ist aus dem Mann eine Hijra geworden. Der Eunuch nimmt einen weiblichen Namen an und wird vorerst einmal von Homosexuellen als Partner bevorzugt.

In Indien ist für einen Eunuchen die Prostitution jedoch nicht die einzige Erwerbsquelle. In elegante Saris gekleidet und grell geschminkt, tauchen die Hijras in Grüppchen stets dort auf, wo ein Baby geboren wurde oder eine Hochzeit gefeiert wird. Nur mit kräftigen Geld- und Sachspenden sind sie bei solchen Gelegenheiten davon abzuhalten, die Röcke zu heben und ihre Verstümmelungen zu zeigen und das Neugeborene, die Eltern, die Familien oder das Brautpaar mit Flüchen zu überschütten. Hat sich ein Gastgeber auf diese Art freigekauft, komplimentiert er die ungebetenen Besucher aber auch schnell wieder hinaus.

ZU GUTER LETZT

Auf New Yorks Straßen ist ein nagelneuer Rolls-Royce mit den Buchstaben „r u n v u s“ auf dem Zulassungsschild unterwegs. Das heißt, aus dem Phonetischen übersetzt, „Are you envious“, zu deutsch „Sind Sie neidisch?“

Tanaka-Frage trübt positive Bilanz der Regierung Nakasone



JAPAN

Regierungschef Nakasone ist es gelungen, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten klimatisch erheblich zu verbessern, wenn auch das Begehren Washingtons bleibt, Tokio möge mehr für seine eigene Verteidigung tun und für eine Verringerung des japanischen Aktivsaldos im bilateralen Handel Sorge tragen. Auch wirtschaftspolitisch vermochte der Premier mit dem Abbau des Haushaltsdefizits und der Staatsschulden positive Akzente zu setzen. So wäre seine Wiederwahl bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 18. Dezember wohl nur eine Formsache, wenn er sich nicht gegenüber dem zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Ex-Premier so ambivalent verhielte. Das stieß auf heftige Kritik, vor allem im eigenen Lager.

Die Regierung Nakasone war am 24. November ein Jahr am Ruder. Ihre Bilanz bietet sich im Vergleich zu den vorausgehenden Kabinetten als durchaus passabel an. Dennoch kann es nicht als sicher gelten, daß der Ministerpräsident nach den am 18. Dezember erwarteten Unterhauswahlen an der Spitze der Regierung bleiben wird.

Als das Bezirksgericht in Tokio den ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka Mitte Oktober zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilte, begannen die Oppositionsparteien alle Parlamentssitzungen zu boykottieren. Sie forderten – ohne Erfolg –, daß die Volksvertretung über eine Resolution abstimme, die den Ex-Premier zur sofortigen Aufgabe seines Mandats aufforderte.

Da Tanaka sich weigerte, auf seinen Sitz zu verzichten und andere Versuche fehlschlugen, zu einem normalen Ablauf der Parlamentsarbeit zurückzukehren, willigte Nakasone widerstrebend in vorgezogene Wahlen ein. Die Legislaturperiode des Unterhauses wäre andernfalls noch bis Mitte 1984 gelaufen.

Unter den Erfolgen, die der Ministerpräsident bisher für sich buchen konnte, ist vor allem die Verabschiedung einer Verwaltungsreform, die – durch Änderungen zwar abgeschwächt – die Auswüchse einer wuchernden Bürokratie beschneidet. Als schwere Hypothek für Nakasone bleibt dagegen die Tanaka-Affäre. Das Gerichtsurteil gegen den Ex-Premier hat bisher in der regierenden Liberaldemokratischen Parte (LDP) keinen Prozeß der Selbstreinigung ausgelöst. Im Kabinett haben immer noch die Getreuen Tanakas den größten Einfluß.

Kritiker werfen dem Ministerpräsidenten seinen mangelnden Einsatz für politische Sauberkeit vor. Sogar die regierungsfreundliche „Japan Times" schrieb vor kurzem: „Das ausweichende Verhalten Nakasones in der Tanaka-Frage verrät einen Mangel an Mut und Integrität, der eines politischen Führers unwürdig ist."

Auf dem Felde der Außenpolitik buchte der Regierungschef seinen größten Erfolg mit der entscheidenden Klimaverbesserung zu den Vereinigten Staaten. Dabei war sein sehr persönlicher diplomatischer Stil ausschlaggebend, der ein betont freundschaftliches Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten Reagan herstellte.

Die Festigung der Beziehungen blieb aber mehr auf das Atmosphärische beschränkt, denn in den großen Streitfragen zwischen beiden Ländern hat sich auch unter Nakasone keine Lösung abgezeichnet. Washington drängt nach wie vor darauf, daß Japan einen wesentlich größeren Teil seiner Verteidigungslasten selber übernehmen müßte. Und das erdrückende Aktivsaldo im Handel mit den USA ist während der letzten Jahre noch mehr angeschwollen.

Nakasones Worte erweckten den Eindruck, daß Tokio entschlossener als bisher größere politische und militärische Verantwortung übernehmen werde. Es bleibt aber fraglich, ob der Ministerpräsident, als Führer einer Minderheitsgruppe in der LDP und unabhängig von den beiden größten Fraktionen in der Regierungspartei, wirklich heiße Eisen wie Verfassungsänderungen anfassen kann, die eine Wende in der Verteidigungspolitik einleiten könnten.

Ein kürzlich erschienener Untersuchungsbericht der amerikanischen „Heritage Foundation", die der Regierung Reagan nahesteht, stellte bei dem 241 000 Mann zählenden Freiwilligenheer Japans bedenkliche Schwachstellen fest: Der Bereitschaftsstand der Truppe sei „extrem niedrig". Die Befehls- und Kontrollstruktur der Streitkräfte sei zu dezentralisiert. Für den Kriegsfall müsse das Durchhaltevermögen angezweifelt werden. Die strategische und taktische Nachrichtenapparatur sei ungenügend und mache Japan gegenüber einem Überraschungsangriff äußerst verletzlich.

Repräsentative Umfragen der japanischen Medien haben nach der Verurteilung Tanakas ein Sinken der Popularitätskurve Nakasones und seiner Regierung ermittelt. Nach dem Besuch von Präsident Reagan in Tokio stieg die Wertschätzung für das Kabinett zwar wieder etwas, blieb mit einer Zustimmungsrate von 43 Prozent aber noch verhältnismäßig niedrig. Während der Ministerpräsident im Ausland mehr Anerkennung als sein Vorgänger erhält, ist er in Japan immer noch einer der umstrittensten Politiker.

Die Kritiker Nakasones werfen ihm insbesondere vor, daß er zu sehr unter Kontrolle des Ex-Premiers Tanaka stehe. Die „Tanaka-Armee" im liberaldemokratischen Lager ist mit 65 Abgeordneten die größte Fraktion *in der Regierungspartei* und die Hauptstütze des Ministerpräsidenten, dessen eigene Fraktion nur die viertgrößte in der Partei ist. Eine Neustrukturierung der LDP, die ein loses Bündnis verschiedener konservativer Gruppierungen darstellt, erscheint allerdings vor dem endgültigen Abtritt der beiden früheren Regierungschefs Tanaka und Fukuda kaum möglich.

So geht die Liberaldemokratische Partei in einen Wahlkampf, in der die Opposition mit den griffigen Anti-Tanaka-Argumenten antritt und die Erregungen über das Urteil gegen den Ex-Premier noch wenig abgeebbt ist. Erhebungen der letzten Zeit ergaben, daß sich vier Fünftel dafür aussprachen, Tanaka solle seinen Parlamentssitz aufgeben und aus der Politik ausscheiden.

Sprecher der Liberaldemokratischen Partei befürchten, daß die Fraktionsstärke der LDP im Unterhaus um etwa 20 Sitze sinken wird. Damit bliebe immer noch die absolute Mehrheit erhalten, doch wäre es dann nicht mehr möglich, die Kontrolle über alle Ausschüsse zu behalten. Bei Verlusten in dieser Größenordnung ist auch mit einem erneuten Aufflammen der innerparteilichen Machtkämpfe zu rechnen.

Der ehemalige Ministerpräsident Fukuda, ein scharfer Gegner der Tanaka-Nakasone-Allianz, erklärte schon, bei Verlusten der LDP von mehr als 16 Mandaten müsse Nakasone die Konsequenzen ziehen und das Regierungsamt einem neuen Mann frei machen. Im Falle spürbarer Rückschläge bei den Wahlen könnte das politische Überleben Nakasones von dem Verhalten seines Vorgängers Suzuki abhängen, der über die zweitgrößte Fraktion der LDP verfügt. Suzuki ist in letzter Zeit auf vorsichtige Distanz zu Nakasone gegangen.

Auf einen Blick

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Kaiserlich Japanische Botschaft, Bundeskanzlerplatz, Bonn-Center HI-701, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28 / 50 01

Generalkonsulate: Wachtelstr. 8, 1000 Berlin 33, Tel. 0 30 / 8 32 70 26. Immermannstr. 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 / 35 33 11.

Badestr. 44, 2000 Hamburg 13, Tel. 0 40 / 44 13 96.

Wehrlestr. 13, 8000 München 80, Tel. 0 89 / 98 57 06.

Japanische Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf e. V., Schadowstr. 39, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 36 90 01.

Deutsch-Japanisches Wirtschaftsförderungsbüro, Oststr. 110, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 35 80 48.

Japan External Trade Organisation („Jetro"):
Königsallee 58, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 / 8 07 02.

Roßmarkt 17, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11 / 28 32 15.

Colonnaden 72, 2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 34 17 63.

Japanische Fremdenverkehrszentrale, Biebergasse 6–10, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11 / 29 27 92.

Japan Airlines, Kaiserstr. 79, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11 / 23 00 56.

IN JAPAN

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 5–10,4-chome Minami Azabu, Minatoku, Tokyo, Tel. 0 08 13 / 4 73 - 01 51.

Generalkonsulat Osaka-Kobe, Goko-dori 8-chome 1-6, Chuoku, Kokusai Kaikan, Kobe-Shi 651, Tel. 00 81 78 / 2 32 - 12-12.

Honorarkonsulate:
Fukuoka- c/o Saibu Gas Kabushiki Kaisha, Kego 2-chome 13-20, Chuo-ku, Fukuoda-Shi 810-91, Tel. 00 81 92 /7 31 - 22 11.

Nagoya- c/o Chubu Denryoku K. K., Toshin-cho 1, Higashi-ku, Nagoya-Shi 461, Tel. 00 81 52 / 9 51 - 82 11.

Sapporo- c/o Hokkaido Electric Power Co., 2-Banchi, Odori Higashi 1-chome Chuo-ku, Sapporo, Tel. 00 81 52 / 9 51 - 82 11.

Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (Zainichi Doitsu Shoko Kaigisho), Akasaka Tokyo Udg. 10F, Nagata-cho 2-14-3, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel. 0 08 13 / 5 81 -98 81.

Japan National Tourist Organisation, 6-6, Yurakucho 1-chome, Chiyoda-ku, Tokyo, Tel. 0 08 13 / - 0 35 - 02 14 61.

Lufthansa, Tokyo Club Bldg. 2–6, Kasumigasaki 3-chome, Chiyoda-ku, Tokyo, Tel. 0 08 13 / 0 35 - 80 21 21.

UdSSR
CHINA
HOKKAIDO
Sapporo
NORDKOREA
JAPAN
Sendai
Japanisches Meer
HONDO
Tokio
Yokohama
SÜDKOREA
Nagoya
Osaka
Kobe
Hiroshima
Pazifik
SHIKOKU
Nagasaki
KYUSHU
200 km
DIE WELT

Mit Millimetern ins All

Japan hat in diesem Jahr aus eigener Kraft den Sprung in den Weltraum geschafft. Nachdem 1977 der erste Versuchssatellit „Sakura" mit einer amerikanischen Rakete gestartet worden war, wurde am 4. Februar der Nachrichten-Satellit CS-2a mit der japanischen Rakete N-11 auf eine stationäre Umlaufbahn in 36 000 Kilometer Entfernung von der Erde befördert. Im August folgte der zweite Nachrichten-Satellit dieser Serie.

Im Vergleich zu den amerikanischen Nachrichten-Satelliten und den von den Europäern geplanten sind die japanischen recht klein: Der CS-2a wiegt nur 350 Kilogramm. Doch die Japaner schafften einen technischen Durchbruch in der „Quasi-Millimeter-Technologie", die im Bereich unter den Mikrowellen liegt. Jeder Satellit hat sechs „Quasi-Millimeter"-Umsetzer, die je 480 Telefongespräche vermitteln können, und je zwei Mikrowellen-Umsetzer mit einer Kapazität von je 192 Verbindungen.

Die japanische Weltraumindustrie entstand in enger Kooperation mit den amerikanischen Unternehmen General Electric, RCA, Ford Aerospace und Hughes. Seit Anfang der siebziger Jahre wurden mit US-Hilfe insgesamt 22 Satelliten für wissenschaftliche, meteorologische und Kommunikationszwecke in den Weltraum geschossen.

Schon im Jahre 1968 wurde die japanische Weltraum-Kommission gebildet; ihre Arbeit nahm aber erst 1978 mit Empfehlungen an den Ministerpräsidenten konkrete Formen an. Es handelt sich um ein Programm für die japanische Weltraumfahrt in einer Zeitspanne von fünfzehn Jahren. An Bord des amerikanischen Space Shuttle soll 1988 ein Japaner mitfliegen.

G. K.

TOKIO / Abschied von der Kindlichkeit als Leitbild weiblicher Mode

Nach der Phase der Neugier hat die Japanerin nun selbstbewußt eigenen Stil gefunden

Bereits morgens, wenn ich im altmodischen deutschen Trainingsanzug „um das Viereck" jogge, werde ich daran erinnert, daß Tokio heute Weltstadt der Mode ist. Mein Weg führt mich an sieben Designern vorbei, darunter so klangvollen wie Jun Ashida, der wohl als einer der Begründer der Haute Couture Japans gelten kann, und Yoshie Inaba, die mit ihrer Marke Bigi sportliche junge Leute anzieht.

Dabei muß die westliche Frau, die in Tokio zu leben beginnt, erst einmal persönlich eine modische Frustration hinter sich bringen: Findet man überhaupt etwas für die eigene Größe, so stellt man fest, daß die Proportionen „nicht stimmen", daß die japanischen Farben oder Farbzusammenstellungen einer Blondine nicht unbedingt stehen; und hat man dann doch den Mut zum Kauf, erlebt man eine Preisüberraschung, denn gute japanische Mode ist teuer.

Aus diesem „modischen Schock" wurde ich allerdings rasch aufgerüttelt: das Feuerwerk einer Kenzo-Modenschau ließ keinen Zweifel daran, daß Japaner eine interessante, originelle, ja einzigartige Mode zu machen in der Lage sind, und daß sie wahrhaftig wissen, wie sie sie zu präsentieren haben.

Feuerwerk einer Kenzo-Modenschau

Inzwischen muß ich nur durch die Omotesando, die Ginza oder Daikaniyama bummeln, um zu wissen, ich befinde mich mitten in einem der kreativsten Modezentren der Welt. Denn die jungen Leute Tokios tragen mit Stolz die Modeideen ihrer Designer.

Nicht nur im industriellen, auch im modischen Bereich formuliert sich in Japan ein neues Selbstbewußtsein: „In keinem anderen Land gibt es so viele schöne Menschen wie in Japan", sagt Yoshie Inaba und sieht allein darin Grund genug, Japan als Modeleitbild für die Welt zu sehen. Und Hanae Mori meint, nach einer Phase der Neugier auf Mode aus dem Westen sei die japanische Frau nun selbstbewußt und reif, suche im Angebot nach einem eigenen Stil und nach Qualität.

Dieses Selbstbewußtsein ist neu: ganz offensichtlich galt der „Prophet im eigenen Lande" in früheren Jahren nicht so viel. Kenzo Takada mußte erst in Paris Erfolg haben, um in der eigenen Heimat anerkannt zu werden.

Erst vor zirka 100 Jahren – während der Meiji-Periode – öffnete sich Japan der westlichen Welt und damit auch den Einflüssen der westlichen Mode. Bis dahin ist der Kimono das Kleid der japanischen Frau; und von ihm sagt Hanae Mori, die große Dame der japanischen Haute Couture, er sei keine *Mode*, denn er ändere sich nicht, sei vielmehr mit seinen genauen Vorschriften für Gelegenheiten, Alter, Stand typisch für Erstarrtes, Bleibendes. *Mode* dagegen sei im Fluß, vergänglich und immer Ausdruck eines Zeitgeistes.

Das Interesse für Mode erwachte in Japan erst nach dem zweiten Weltkrieg; Hanae Mori steht typisch dafür. Sie ging in den frühen fünfziger Jahren nach Paris – um zu schauen, wie sie sagt – und sie fand die Kleider dort schön und elegant, aber eher konservativ, nicht originell, nicht besonders genug. Sie ging nach New York, und dort wurde ihr klar, daß nur Einzigartigkeit in der *Mode* für die kommenden Jahre Erfolg versprechen würde.

Diese Einzigartigkeit fand sie in einer Kombination aus westlichem Styling und japanischem Stoff-Design. Ihr Weg ging über Paris und New York zurück nach Tokio, und die Anerkennung im Westen brachte ihr auch die im eigenen Land.

Jun Ashida, der auch als Pionier der japanischen Mode gelten kann, hat eine andere typisch japanische Erfolgsstory; er ging nicht außer Landes, aber er wurde der Designer der Prinzessin Michiko. Erst im Jahre 1976 ging er mit einer Collection – erfolgreich – nach Paris. Auch er setzte auf den Einfluß des Orients im Design; in Japan selbst setzt er sich mit der sich ändernden Rolle der Frau auseinander, mit seinem strengeren Stil versucht er, sozialen Strömungen gerecht zu werden: eine Frau, die sich z. B. auch wieder scheiden läßt, ist für Ashida eine Frau mit einem sich neu entwickelnden Selbstbewußtsein.

Die Idee, auch die japanische Frau für „erwachsen" zu halten, brachte Mitsuhiro Matsuda aus Paris mit nach Tokio zurück. Er lernte sein „Handwerk" in Tokio, ging dann mit Kenzo Takada zusammen in den frühen sechziger Jahren nach Paris; Kenzo blieb dort, Matsuda eilte nach einem halben Jahr zurück nach Tokio. Er fühlte sich nicht wohl in Paris, brachte aber von dort den Eindruck mit, daß die Europäerin erwachsener und intellektueller wirke als die Japanerin.

Naturmaterial als Hauch von Feminismus

In der Tag galt und gilt wohl teilweise noch heute der Japanerin Mädchenhaftigkeit, gar Kindlichkeit als weibliches Leitbild. Ich selbst bin immer wieder überrascht, wenn auch eine ältere japanische Dame mit zwitschernder Stimme und deutlicher Vorliebe für Rüschen und Schleifen eben diese Mädchenhaftigkeit zum Ausdruck bringen will.

Matsuda suchte und fand die erwachsene japanische Frau, für die er unter der Marke Nicole eine entsprechende Mode macht. Und im Westen verkauft er mittlerweile seine Mode unter seinem japanischen Namen mit Erfolg.

Kansai Yamamoto gehört zu den Großen, die in den späten sechziger Jahren bekannt und anerkannt wurden. Er brachte außerdem einen neuen Akzent in die Modewelt: Die Modenschau war nicht länger nur eine Vorstellung von Mode, sie wurde mit dem Auftritt eines bekannten japanischen Rock-Sängers, der auf einem Motorrad mitten in die modische Darstellung hineinsauste, Grund zum Aufschrei achtzehnjähriger Mädchen, die die farbige, von japanischer Tradition beeinflußte Mode mit Begeisterung übernahmen.

Und nun die neue Welle, die besonders von drei Namen in Bewegung gesetzt wurde: Yoshji Yamamoto, Rei Kawakubo und Issey Miyake, deren Namen durch die Weltpresse gehen und deren Modeideen als spektakulär gelten.

Ein wichtiger Schritt war der von Yamamoto zur Naturmaterialie, die er in seinen Kleidern mit einem Hauch von Feminismus versah.

Issey Miyake und Rei Kawakubo gingen noch weiter: sie lehnten betont die weibliche Linie, die Darstellung des Körpers ab, sie warfen ihre dunklen Naturmaterialien in großen Falten über den Körper, schnitten Löcher hinein, auch an Stellen, an denen sie nicht unbedingt nötig waren, und gürteten das Ganze an irgendeiner Stelle zu einer Art Gewand – und nicht nur von Ferne erinnerten die Gestalten an einen Samurai oder einen Kabukischauspieler.

Miyake, der Künstler und Philosoph unter den Designern, führte die Modenschau endgültig in eine neue Ära: in einem einmaligen Schauspiel, in dem lebendige Mannequins zwischen Plastiktorsos idealer Körper auftraten, eine Multivisionschau aus vielen Videogeräten strömte, wurden die Zuschauer mit dem vertraut gemacht, was Miyake will: Nicht einfach einen „Look" schaffen, sondern „einen anderen Weg zu leben und zu denken, und damit andere Designer maßgeblich zu beeinflussen".

Hanae Mori beantwortet die Frage nach den Käuferinnen ihrer Mode wie die ihrer Designer-Kollegen in erstaunlich „nüchterner" Weise: Die junge Japanerin, die ihr eigenes Geld verdient und noch zu Hause lebt, gibt dieses Geld für Mode aus. Sobald sie heiratet und Kinder bekommt – und noch immer ist der Sohn Wunsch Nummer eins jeder Japanerin – Kinder, deren Kleidung und insbesondere Erziehung das Familienbudget ganz erheblich belastet, ist für die Frau die modische Zeit vorbei; die neue Zeit läßt es nicht mehr zu, viel Geld für abenteuerliche Kleider auszugeben.

In diesen Tagen wird man in Tokio ein großes Modeereignis zu sehen bekommen: The five best 84. Zwei Modeschöpfer aus England, Claude Montana und Vivienne Westwood, Calvin Klein aus New York, der Italiener Gianfranco Ferre und last not least Hanae Mori werden ihre Ideen der Presse und einem zweifellos sehr interessierten Publikum zeigen.

Japan hat einmal von dem Westen modisch gelernt, heute gibt es eine eigene Mode mit traditionellen Stilelementen und originellen Ideen an die westliche Welt zurück.

GISELA STENGEL-GÜTTNER

EXPORTE / Mehr denn je ein zweischneidiges Schwert

Ein Volk, das exportieren muß, um zu leben, sieht sich nicht als Bedrohung

Die Regierung Nakasone, seit einem Jahr im Amt, steuert einen konservativen – fast passiven – wirtschaftspolitischen Kurs. Vorrang hat das Bemühen, die hohe Staatsverschuldung abzubauen. Erst nach starkem Druck der Amerikaner und Europäer, die auf eine Verminderung der japanischen Exportüberschüsse drängen, beschloß Tokio Mitte Oktober einige Maßnahmen, die eine Zunahme der inländischen Nachfrage herbeiführen sollen.

Die wichtigsten Punkte dieses Pakets sind zusätzliche Staatsausgaben in Höhe von 21 Milliarden Mark für öffentliche Bauvorhaben während des restlichen Fiskaljahres, eine Ermäßigung der Einkommensteuer von 13 *Mrd.* Mark und die Senkung des Diskontsatzes der Bank von Japan von 5,5 auf 5 Prozent.

Ministerpräsident Nakasone setzt große Hoffnung auf eine Verwaltungsreform, die das Parlament kürzlich verabschiedete. Er erwartet, daß sie wesentlich zum Abbau der chronischen Haushaltsdefizite und der Staatsschulden beitragen wird. Bezüglich einer größeren Öffnung des japanischen Markts für ausländische Produkte – ein weiteres Hauptanliegen der USA und der EG – entschloß sich Nakasone zu einigen kleineren Schritten, die allerdings über das hinausgingen, was seine Vorgänger bisher getan hatten.

3,4 oder 3,6 Prozent Wachstum vermutet

Die Einwohnerzahl Japans wird Anfang nächsten Jahres 120 Millionen erreichen. Das Bruttosozialprodukt, das 1982 um real 3 Prozent gestiegen war, lag im 1. Halbjahr 1983 im Durchschnitt real um 2,3 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit und behielt auch in den Herbstmonaten eine allmähliche Aufwärtskurve bei.

Die Regierung rechnet für dieses Jahr mit einem realen Wachstum von 3,4 Prozent. Ein bekanntes privates japanisches Forschungsinstitut für Nationalökonomie erwartet einen etwas höheren Wert von 3,6 Prozent. Im Vergleich zu anderen Industriestaaten würde Japan damit günstig abschneiden.

Die wirtschaftliche Entwicklung Japans 1983 war vor allem wegen des Exportaufschwungs, einer wieder zunehmenden Investitionsnachfrage bei den Großunternehmen, besserer Kapazitätsauslastung der meisten Betriebe und stabiler Preise durch einen gemäßigten Aufwärtstrend gekennzeichnet. Die Verbraucherpreise lagen im Oktober nur um 1,4 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Index der industriellen Produktion lag im September um 3 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat, der Index der Fertigwarenlager um 1,4 Prozent niedriger.

Die Pläne der Großunternehmen für Anlageinvestitionen im laufenden Fiskaljahr sehen nach einer Untersuchung des Undustrie- und Handelsministeriums eine Zunahme von 3,5 Prozent vor. Die staatlichen Investitionsaufwendungen, die bis Mitte des Jahres stagnierten, haben seit dem Herbst wieder leicht zugenommen. In der Privatindustrie sind das Leasinggeschäft (in diesem Fiskaljahr 21 Prozent mehr), die Elektronikindustrie (17 Prozent mehr) und der Elektromaschinenbau (16 Prozent mehr) besonders investierfreudig.

Eine Schwachstelle der japanischen Konjunktur 1983 war die andauernde Flaute beim Privatkonsum. Der Umsatz der Warenhäuser und Supermarkets spiegelte diese Entwicklung mit monatlich nur sehr geringeren Steigerungen wider. Dennoch ist die Verbreitungsdichte langlebiger Konsumgüter in den japanischen Haushalten während der letzten Jahre erneut beachtlich gestiegen. Für Personenwagen liegt sie jetzt bei 62 Prozent, für Farbfernseher bei 99 Prozent, für Klimageräte bei 50 Prozent und für Videorecorder bei 11 Prozent.

Das Stagnieren des Privatkonsums ist eine Folge der geringen Aufbesserung der Tariflöhne in diesem Jahr und der niedrigen Bonuszahlungen im Sommer. 1982 waren die Reallöhne nur um 1,7 Prozent gestiegen. Im September dieses Jahres lagen sie um 2,8 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die Zahl der Erwerbstätigen belief sich auf 59,5 Millionen, 2,2 Prozent mehr, und die der Arbeitslosen auf 1,57 Millionen, was nach japanischer Rechnung eine Arbeitslosenquote von 2,8 Prozent ergibt. Nach deutscher Rechnung kommt man eher auf 5 Prozent.

Die Arbeitsmoral der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten kann noch als hoch angesprochen werden. Unter der jüngeren Generation macht sich jedoch allmählich eine Einstellung bemerkbar, die nicht mehr die privaten Interessen denen des Unternehmens unterordnet. Die jüngeren Angestellten und Arbeiter sind selten bereit, über die festgelegten Arbeitszeiten hinaus für ihre Betriebe tätig zu sein.

Neue Friktionen für 1984 erwartet

Die alljährlich wiederkehrenden Handelsfriktionen mit anderen Industrienationen zeichnen sich 1984 besonders bedenklich ab. Die OECD sagt für Japan einen Handelsbilanzüberschuß von 78 Milliarden Mark für 1983 voraus. Im Vorjahr kam der Überschuß auf nur 47 Mrd. Mark. Allein vom April bis September dieses Jahres registrierte Japan einen Exportüberschuß von 33 Mrd. Mark.

Die Amerikaner sehen in der Unterbewertung des Yen einen der Hauptgründe für ihre anschwellenden Defizite im Handel mit Japan. Während des Besuchs von Präsident Reagan in Tokio in der 1. Novemberhälfte war die Währungsfrage eins der wichtigsten Gesprächsthemen. Nach amerikanischer Auffassung würde eine Parität von einem Dollar gleich 200 Yen angemessen sein, Mitte November stand der Wechselkurs aber bei 1:235. Devisenhändler in Tokio sehen gegenwärtig allerdings wenig Chancen, daß sich die japanische Währung sehr festigt. Dazu ist das Zinsgefälle zu den USA zu hoch und die weltpolitische Lage zu unsicher.

Die Japaner selbst sehen meist nicht ein, daß ihre Wirtschaftsmacht andere Industriestaaten bedrohen könnte. Auf ihren rohstoffarmen und entlegenen Inseln fühlen sie sich noch immer als ein Volk, das exportieren muß, um zu überleben. Sie weisen auch gern darauf hin, daß der Exportanteil an ihrem Bruttosozialprodukt erst bei 13 bis 15 Prozent liegt, während es in England 20 Prozent und in der Bundesrepublik Deutschland fast 27 Prozent sind.

FRED DE LA TROBE

TECHNOPOLIS / Stadt für Forscher

„Jetzt kann der Westen von uns etwas lernen"

Japan ist auf dem Wege, die USA und Europa auf dem Gebiet der Zukunfts-Technologien zu überholen. Sony-Chef Akio Morita verkündet bereits stolz: „Wir haben viel vom Westen gelernt. Aber jetzt kann der Westen von uns lernen. Das ist der japanische Genius."

Schlüsselwort für die japanische Anstrengung ist „Technopolis". Hinter diesem Begriff verbirgt sich der ganze Ehrgeiz Japans, die westliche Welt so zu überholen, daß sie weit, weit abgeschlagen bleibt.

„Technopolis" – das ist eine Denkfabrik-Stadt, eine Gedanken-Speicher-Stadt: Tausende von Wissenschaftlern wohnen in dieser riesigen Denkfabrik, tüfteln nur daran, den Vorsprung der Amerikaner oder Europäer auf irgendeinem Gebiet einzuholen und Japan die Rille des Vorreiters auf jedem Gebiet zu sichern.

20 solcher Städte sollen bis 1990 stehen. Eine ist bereits fertig: Tsukuba, die akademische Stadt, ein Konglomerat von Institutionen für Lehre, Forschung und Experimente. Die Stadt wurde 1963 geplant, 1968 begonnen und, 60 Kilometer nördlich von Tokio gelegen, vor einem Jahr von 30 000 (!) Forschern bezogen. Die Gesamtbaukosten betrugen zehn Milliarden Mark, Dimensionen, von denen man in Europa nicht einmal zu träumen wagt.

43 Akademien sind in Tsukuba untergebracht, 50 000 Forscher können hier nach der Planung arbeiten.

Bis 2000 eigene Systeme

Die Studien in der Forscher-Stadt spiegeln fast alle Gebiete der heutigen wissenschaftlichen und technischen Aktivitäten wider: Raumforschung, Hochenergie-Protonenbeschleuniger, Erdbebensimulator oder Meereswellen-Kraft-Studien. Ein landwirtschaftliches Institut ist mit der Entwicklung von revolutionären Methoden zur Verarbeitung und Konservierung von Früchten befaßt. Unter einer riesigen Glasglocke wird eine Vielzahl von tropischen Pflanzen gezüchtet, um zu erforschen, wie man die Ernten unter tropischen Bedingungen vermehren kann.

1985 soll in dieser Denkfabrik gigantischen Ausmaßes die STEXPO (Internationale Ausstellung für Wissenschaft und Technik) stattfinden.

Tsukuba ist ein – fertiges – Beispiel für den ehrgeizigen Plan, Vormacht in der Technologie 2000 zu werden. 19 weitere Städte werden folgen. Jeweils drei bis fünf Technologiebereiche sollen einer „Technopolis" zugeteilt werden, die dann artverwandte kommerzielle Forschungsinstitute dazubündelt. Geforscht wird in den Bereichen Computer und Mikrochips, Faseroptik, Pharma-Industrie und Medizinische Optik, Biotechnologie (Bioreaktoren, Zellkultivierung), neue Werkstoffe (Hochleistungskeramik, synthetische Membranen für neue Trenntechniken, künstliche Metalle. Hochleistungskunststoffe, neue Legierungen und neue Verbundwerkstoffe) und in den Bereichen Raum- und Luftfahrt.

20 Städte bis 1990

Japan will nach den Worten von Soichiro Suenaga, dem Vorsitzenden des Verbandes der Luft- und Raumfahrtindustrie, „das Gefälle zu den Industrien in den USA und Westeuropa abbauen. Wir verlassen uns bei den Bemühungen um neue Produktionstechniken, Konstruktion und Verkaufspotential auf staatlichen Schutz".

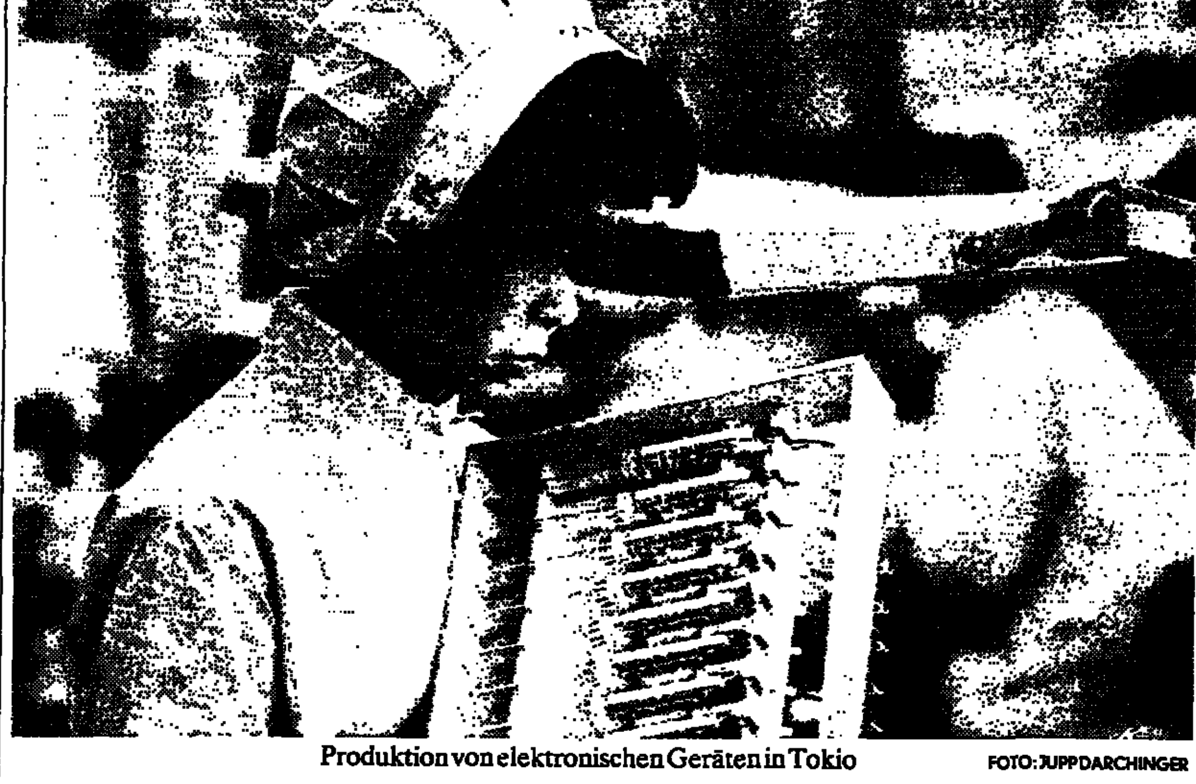
Japan will bis zum Jahre 2000 eigene Raketensysteme entwickelt haben, um selbst Satelliten aus eigener Produktion in den Weltraum befördern zu können.

Die Städte der Denker werden alle an schon bestehende Großstädte angebaut. Auf diese Weise muß keine neue Unterhaltungs-Infrastruktur geschaffen werden. Ebenfalls müssen ein Flugplatz und eine Eisenbahnstation in der Nähe sein. Die Forscher sollen nicht „vertrocknen".

Mit dem „Technopolis" Programm müssen Europa und die USA das Fürchten lernen. Japan ist im Begriff, vom Importeur von Know-how zum Exporteur aufzurücken. Schon jetzt hat Japan die USA und die Bundesrepublik Deutschland bei der Ausfuhr von technologisch fortgeschrittenen Erzeugnissen überholt.

Die USA kaufen sogar schon japanische Militärtechnologien. Mitte November wurde ein entsprechendes Lieferabkommen zwischen den USA und Japan in Tokio unterzeichnet.

ANTON MEHRER



Produktion von elektronischen Geräten in Tokio FOTO: JUPP DARCHINGER

INDUSTRIEANSIEDLUNG / Chemie und Maschinenbau geben ein Beispiel

Einladung zum Verkauf in Fernost

Japan als Absatzmarkt und Industriestandort gewinnt immer mehr an Bedeutung für europäische Unternehmen. Mit der Änderung des „Foreign Exchange Control Law" und des „Foreign Trade Control Law" genau vor einem Jahr sind ausländische Direktinvestitionen sehr erleichtert worden.

Nach einer Statistik des „Deutsch-Japanischen Wirtschaftsförderungsbüros" in Düsseldorf waren in Japan bis Ende Juli 1983 genau 33 Produktionsbetriebe mit maßgeblichem deutschen Kapital (Beteiligungen von jeweils mehr als 25 Prozent) tätig, die ein Grundkapital von 19,5 Milliarden Yen auf sich vereinigten und 5200 Mitarbeiter beschäftigten.

Dabei kann besonders die deutsche Chemie- und Maschinenindustrie auf ein traditionsreiches Japan-Engagement zurückblicken. In den 50er Jahren waren Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie der Elektrotechnik und des Maschinenbaus unter den ersten, die wieder nach Japan gingen.

Die drei deutschen Chemieunternehmen haben in Japan Minikonzerne aus 100prozentigen Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen mit einheimischen Partnern aufgebaut, die inzwischen (kumuliert) Umsätze von mehreren hundert Millionen Mark erzielen. In der Produktion von pharmazeutischen Erzeugnissen im japanischen Markt haben sich auch kleinere deutsche Pharmahersteller engagiert.

Deutsche Unternehmen produzieren in Japan inzwischen von Miederwaren über Haarkosmetik, von Schallplatten bis zu Transportbändern nahezu alles. Experten beurteilen den Industriestandort durchweg positiv und mit wachsenden Chancen für die nächsten Jahre.

Nach einer Untersuchung der amerikanischen Handelskammer in Japan ist z. B. die Rentabilität amerikanischer Fabrikationszweige in Japan am höchsten in der ganzen Welt. Die Rendite von 18 Prozent für den Zeitraum 1966 bis 1977 ist doppelt so hoch gewesen wie vergleichbar in Europa mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland. Dort lag sie im gleichen Zeitraum für US-Unternehmen bei 18 Prozent.

Wie wichtig den Japanern inzwischen Investitionen des Auslands geworden sind, unterstreicht die Tatsache, daß im November 1983 in Düsseldorf ein Seminar von der japanischen Industrieansiedlungsbehörde durchgeführt worden ist. Gleichzeitig wurden verstärkt Gespräche mit deutschen Unternehmen und Banken geführt. Appelliert wurde dabei an die deutschen Manager, nicht „nur eine Vertretung in Japan zu unterhalten, sondern ganze Verkaufsketten aufzubauen".

Vorgestellt wurden in Düsseldorf die einzelnen Förderungsprogramme für Industrieansiedlungen. So bieten die Zentralregierung und die einzelnen Regionen unterschiedliche Fördervergünstigungen je nach Standort und Branche an. Diese Programme enthalten durchweg zinsgünstige Kreditangebote. Neben den bereits bestehenden Programmen zur Regionalentwicklung wird auch das Projekt „Technopolis", Städte in denen Spitzentechnologie angesiedelt wird, besonders gefördert. Ausländische Unternehmen werden hier wie japanische Unternehmen auf einer gleichen Ebene ohne Unterschied behandelt.

Wer sich für einen Industriestandort in Japan interessiert, bekommt nicht nur in Deutschland über das Büro in Düsseldorf, sondern auch in Tokio im Wirtschaftsministerium kostenlose Beratung.

HANS MANN

GESCHÄFTE IN JAPAN / Geduld mitbringen

Ziel ist Sicherung von besseren Marktanteilen

„Die deutsche Wirtschaft läuft Gefahr, in Japan ihr Gesicht zu verlieren", meint Klaus-Dieter Fischer, Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, über den rund ein Drittel des gesamten Japan-Handels abgewickelt werden.

Fischer, zuständig für Asien insbesondere für die Japan-Kontakte, begründet seine kurze Formel so: „Einer der wesentlichen Gründe für die immer sichtbarer werdende Diskrepanz zwischen dem Erfolg japanischer Unternehmen auf den heimischen Märkten und dem deutscher Unternehmer auf japanischen Märkten liegt in der unterschiedlichen Unternehmensphilosophie und damit in den unterschiedlichen Handlungsweisen unserer fernöstlichen Partner begründet.

Während wir daran gewöhnt sind, Marktchancen jeweils vor dem Hintergrund der eigenen kurz- und mittelfristigen Gewinnerwartung zu beurteilen, ist die Meßlatte für den Unternehmenserfolg und damit für die Geschäftspolitik in Japan in der Regel die langfristige Sicherung beziehungsweise Ausweitung von Marktanteilen. Diese prinzipiell sehr unterschiedliche Denkweise ist Grund und eigentliche Triebfeder für erfolgreiche Aktivitäten. Sie führt dazu, daß Marktstrategien sehr langfristig angelegt und sehr intensiv vorbereitet werden."

Nicht der Gewinn

Für das Geschäft in Japan sind daher bestimmte „Stil- und Form"-Fragen, die sich von uns sehr unterscheiden, unbedingt zu beachten. Toshikazu Inuzuka, Manager der Mitsukoshi Ltd. in Tokio, formulierte dies in einem Vortrag vor der Handelskammer Hamburg kürzlich so: „Ich sage Ihnen jetzt, wie Ihre Absatzbemühungen in Japan mit Sicherheit fehlschlagen werden.

Für diesen Fall müssen sie das japanische Klima, die körperliche Gestalt der Japaner, die sozialen Lebensbedingungen in Japan und das Konsumentenimage völlig unbeachtet lassen. Sie werden", so meinte der japanische Manager weiter, „in Japan nur sehr selten mit einsamen Entscheidungen brillanter Geschäftsführer konfrontiert werden. Im allgemeinen wird es so sein, daß sie immer geduldig auf das Ergebnis eines sorgfältig und langatmig durchdiskutierten Grundentscheids warten müssen, an dem Mitarbeiter aller Schichten des Kundenbetriebs beteiligt sind.

Über allem steht der Grundsatz der Geduld. Nichts wäre für ein Geschäft schlimmer, als in Verhandlungen die Ruhe und Beherrschung zu verlieren."

Ein Amerikaner, Jeremy Darby, Präsident der Caldbeck Corp., sagt hierzu: „Japan ist kein Ort, an dem Sie über Nacht Geld machen können. Wenn man sich aber nach den ersten Enttäuschungen zurückgezogen hat, werden Sie niemals zurückkommen können – niemals!"

Vor allem Kontakte

Und Gunnar Kniberg, Präsident von Electrolux in Japan: „Sie müssen eine Menge Geduld aufbringen. Schnelle Ergebnisse sind nicht zu erwarten. Sie brauchen Zeit, viel Zeit."

Alle Aktivitäten müssen daher sehr langfristig geplant werden. Der japanische Verbraucher muß sehr intensiv studiert werden. Auf jeder Stufe der Geschäftskontakte muß ein gutes, persönliches Vertrauensklima herrschen. Tatsuhiko Ichihashi, Chairman of the Board der Brain Bank in Tokio, meint: „Japanische Firmen sind wesentlich weniger verkaufsorientiert, als man gemeinhin annimmt. Sie kalkulieren auch mit kleineren Gewinnen. Mann-zu-Mann-Kontakte sind daher enorm wichtig."

Ganz wichtig aber ist es zu wissen, mit wem man verhandelt. So weisen alle Japan-Kenner darauf hin, daß ausländische Geschäftsleute lernen müssen, bei Verhandlungen die eigentliche Absicht von dem formell Gesagten zu unterscheiden. Die Rolle von persönlichen Beziehungen ist daher immer eher zu über- als zu unterschätzen.

FRITZ MEISTER

JAPAN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg